



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Bayerischer Landkreistag zum Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung:

Top-down-Strategie auf den Schultern der Kommunen?

Der Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung birgt aus Sicht des Bayerischen Landkreistags gleichermaßen Licht und Schatten. Trotz zahlreicher fachlich begrüßenswerter Ansätze sei das Gesamtkonstrukt stark zentralistisch im Sinne einer Top-down-Strategie. Statt einer Kräftigung kommunaler Selbstgestaltung und finanzieller Stärkung der Kommunen würden zahlreiche weitere Förderprogramme, zentrale Steuerung und Projektfinanzierungen angekündigt, heißt es in einem Positionspapier.

Seit Jahren fordert der Kommunalverband eine dauerhafte und auskömmliche Finanzierung der kommunalen Aufgaben. Bisher schlugen sich die Landkreise mit immer wieder neuen Förderprogrammen und Anschubfinanzierungen herum, um am Ende mit den Kosten allein dazustehen. Stattdessen benötigten sie eine aufgabengerechte Grundfinanzierung. Diese Klammer der Koalitionsvertrag jedoch aus. Gleichwohl begrüßt der Bayerische Landkreistag die angekündigte Entbürokratisierung der kommunalen Förderprogramme. Bereits in der Vergangenheit seien in Berlin auf Kosten der Kommunen ständig neue Sozialleistungen verabschiedet worden. Aus Sicht des Landkreistagspräsidenten Christian Bernreiter macht der neue Koalitionsvertrag keine Ausnahme.



Christian Bernreiter.

Kostenträchtige Ampel-Vorhaben

„Die Ampel kündigt kosten-trächtige Vorhaben an, bei denen die Finanzierung nicht geklärt ist und kommunale Mehrbelastungen nicht wirksam ausgeschlossen werden. Das betrifft zum einen das Bürgergeld, das das Arbeitslosengeld II ablösen und zwei Jahre lang ohne Anrechnung von Vermögen jegliche Unterkunftskosten übernehmen soll. Die damit verbundenen Mehrkosten dürfen nicht auf die Kommunen abgewälzt werden. Auch bei der angekündigten Kindergrundsicherung bleiben die finanziellen Auswirkungen auf die Kommunen offen“, moniert der Verband. Ziel des Bundes müssten gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland sein. Hilfen in Mil-

liardenhöhe für wenige Länder passen nicht ins Bild. Bundesmittel sollten für Zukunftsaufgaben (z. B. Digitalisierung) und nicht zur Vergangenheits-

Positionspapier des Deutschen Städtetags:

Städte als Impulsgeber internationaler Politik

Weltweit leben immer mehr Menschen in Städten. Die zentralen Herausforderungen unserer Zeit wie der Klima- und Umweltschutz, die Corona-Pandemie, wirtschaftliche Prosperität oder Migration und Flucht sind globaler Art, müssen aber immer auch lokal beantwortet werden. Abkommen oder rechtliche Vorgaben, die auf der Ebene der Vereinten Nationen oder der EU getroffen werden, sind deshalb für die Städte von großer Bedeutung.

Die internationale Vernetzung und Interessenvertretung durch die Städte gewinnen daher an Bedeutung. Um internationale Entwicklungen mitgestalten zu können, müssen die Städte handlungsfähig sein – finanziell, administrativ und politisch. Die neue Publikation „Städte in der Welt – Impulsgeber internationaler Politik“ des Deutschen Städtetags ist ein Angebot an die Politik und die Verwaltung in den Städten, die eigene internationale Arbeit auszurichten und deren Mehrwert aufzuzeigen.

Weltweiter Austausch zwischen Fachleuten

In Anbetracht gemeinsamer Herausforderungen gewinnt der Erfahrungsaustausch von Fachabteilungen aus Städten welt-

desrat an. „Die Klima- und Energiewende ist nicht alleinige Aufgabe der Kommunen“, heißt es weiter. Bund und Länder müssten Aufgaben definieren und die notwendigen strukturellen und personellen und finanziellen Voraussetzungen schaffen. Dies könne im Bereich Energie u.a. durch eine gerechte Umsatzsteuerverteilung oder durch Etablierung neuer (unmittelbarer) Finanzströme aus der CO2-Bepreisung geschehen.

Kein Geld für Bundesbeschlüsse

Die Landkreise seien nicht bereit, für Bundesbeschlüsse für Landkreisaufgaben vorgesehenes Geld zu verwenden. Klimaschutz sei eine dauerhafte Aufgabe. Zuständigkeiten in den Kommunen, im Freistaat und im Bund müssten klar geregelt sein. Als „besorgniserregend“ werden starre Quoten, wie zur nicht technologieoffenen Flächenbereitstellung zum EE-Ausbau (2 % Windkraft), oder aber Gebäude-Renovierungsquoten bezeichnet. Die Gesamtziele müssten dringend bedarfsorientiert, technologieoffen und ausreichend flexibel ausgestaltet werden. Mit Blick auf das Thema Mobilität wird befürchtet, dass es zu einer „großen Umschichtung von Straßenbaumit-

(Fortsetzung auf Seite 4)



V.l.: Ralph Spiegler und Gerd Landsberg. Bild: Alexander Handschuh, DStGB

DStGB-Jahrespressekonferenz:

Zukunftsplan Deutschland

Zwingend notwendig ist nach Auffassung des Deutschen Städte- und Gemeindebunds die Umsetzung eines Zukunftsplans für Deutschland. Wie der Präsident des DStGB, Bürgermeister Ralph Spiegler (Nieder-Olm), und Geschäftsführer Dr. Gerd Landsberg bei der Bilanzpressekonferenz des Kommunalverbandes in Berlin betonten, „steht unser Land vor gewaltigen Herausforderungen, die jetzt in einem konkreten Zukunftsplan angegangen und bewältigt werden müssen“.

Teil des Zukunftsplans sei zunächst eine langfristige und nachhaltige Pandemie-strategie. „Leider ist Corona noch nicht vorbei. Mit der neuen Variante Omikron droht eine fünfte Welle. Die Impfstoffhersteller haben bereits angekündigt, im Frühjahr einen angepassten Impfstoff bereitzustellen. Das

bedeutet, dass nach dem Boostern auch noch eine vierte Impfung erforderlich sein wird“, erklärten Spiegler und Landsberg. Dies müsse organisatorisch vorbereitet werden.

Gegen Radikalisierung

„Wir brauchen zusätzliche Impfzentren, ausreichend Impfstoffe und müssen auch überlegen, ob die neuen Impfungen mit Blick auf Alter und Beruf priorisiert werden sollen.“ Mit Blick auf die Diskussionen um die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht erneuerte der DStGB seine Forderung nach einem zentralen Impfregister.

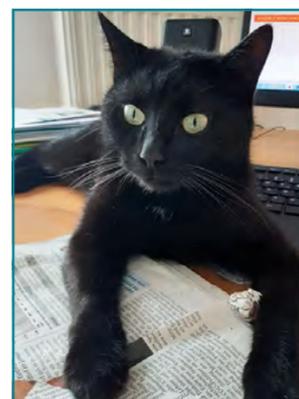
Entschieden wandten sich die Verbandsvertreter zudem gegen die „Radikalisierung der Corona-Proteste“. Diese treffe zunehmend auch kommunale Verantwortungsträger: „Mit großer Sorge sehen wir, dass politisch motivierte Bedrohungen, Belästigungen und auch tätliche Übergriffe gegen Politikerinnen und Politiker, aber auch gegen Rettungskräfte und Polizei sehr dramatisch zunehmen. Eine sehr kleine radikale Minderheit

in unserem Land glaubt, den Staat vorführen zu können. Höhepunkte sind regelmäßig Fackelumzüge und Veranstaltungen auch vor privaten Häusern von Entscheidungstragenden“, so Spiegler und Landsberg. Dies dürfe nicht hingenommen werden. Der Rechtsstaat müsse hier klare Kante zeigen.

Nachhaltige Finanzierung

Ein wichtiger Baustein eines Zukunftsplans für Deutschland ist für den Deutschen Städte- und Gemeindebund auch die deutliche Erhöhung der kommunalen Investitionen, insbesondere in den Bereichen Klimaschutz und Klimaschutz. Die Städte und Gemeinden stünden vor der Aufgabe, mehr in Hochwasserschutz und in Grün in den Kommunen zu investieren, einen Beitrag zur Verkehrswende durch Elektromobilität in ihren Fahrzeugflotten zu leisten, für bessere Schulen und mehr Kitas zu sorgen sowie eine zügige Umsetzung der Digitalisierung in den Verwaltungen anzugehen.

Spiegler und Landsberg zufolge brauchen alle diese Ziele eine nachhaltige Finanzierung: „Das Jahr 2021 haben die Städte (Fortsetzung auf Seite 4)



Die Logik der politischen Menschen erschließt sich Rathauskater Pino nicht. Den Einsatz von Gas und Atomkraft zur Energieerzeugung wollte man hierzulande zwar beenden; kauft den Strom aus ebendiesen Quellen jedoch nunmehr im Ausland. Mit dem Silvesterfeuerwerk verhält es sich ebenso. Verkauf in Deutschland verboten; Nutzung ausländischer Böller: massenhaft. Ob es nur am kleinen Katzenhirn liegt, dass man solche Gedankengänge nicht nachvollziehen kann? Seite 15

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische GemeindeZeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker und Kommunalpolitikerinnen.



Stefan Bosse. Bild: Stadt Kaufbeuren

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Bevölkerungswachstum in Bayern bis 2040	2
Kinderschutz in Bayern	2
Landtag: Lobbyregister gestartet	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: 2022: Alte Themen und neue Vorsätze 3	
Entwicklungszusammenarbeit	3 und 5
Bayerisches Familiengeld	4
Kommunale Energiethemen 5 - 9	
Abfall • Umwelt • Kommunale Verkehrsthemen	10 - 12
GaLaBau • Forst • Kommunalfahrzeuge	13
Aus den bayerischen Kommunen.	14 - 16

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann:

Bevölkerungswachstum bis 2040

Bayerns Einwohnerzahl steigt auf 13,66 Millionen
Deutliche Veränderung der Altersstruktur – Weiterhin regionale Unterschiede

Bayerns Bevölkerung befindet sich bis ins Jahr 2040 auf Wachstumskurs und wird gleichzeitig älter. Diese beiden wesentlichen Ergebnisse hat Bayerns Innenminister Joachim Herrmann bei der Vorstellung der neuen regionalisierten Bevölkerungsvorausbeurteilung des Bayerischen Landesamts für Statistik in Fürth bekanntgegeben.

Herrmann: „Bayerns Bevölkerung wird in den kommenden 20 Jahren voraussichtlich um fast vier Prozent auf rund 13,66 Millionen Menschen wachsen. Das bedeutet einen Zuwachs von rund 518.000 Menschen.“ Aber auch Bayerns Altersstruktur verändert sich deutlich: „Das Durchschnittsalter der Bevölkerung im Freistaat steigt in den kommenden zwei Jahrzehnten auf 45,5 Jahre. Die Altersgruppe über 65 wird auf 3,49 Millionen Menschen anwachsen, was einem Zuwachs von mehr als 28 Prozent entspricht. Damit würden im Jahr 2040 dann auf 100 potentiell Erwerbsfähige etwa 46 Personen im Rentenalter kommen. Bei einem Renteneintrittsalter von 67 Jahren sind es hingegen 40 Personen.“

Ländlicher Raum von Alterung besonders betroffen

Laut Herrmann wird insbesondere der ländliche Raum von der Alterung betroffen sein. Der Innenminister mahnt: „Für eine vorausschauende Politik ist die Frage nach der künftigen Altersentwicklung der Gesellschaft mit von grundlegender Bedeutung, nicht zuletzt um einem drohenden Fachkräftemangel vorzubeugen.“

Auch wenn die Zuwanderung aus dem Ausland 2020 Corona-bedingt deutlich niedriger ausfiel, hat das Virus langfristig voraussichtlich keine Auswirkungen auf die bisherigen Trends der Bevölkerungsentwicklung. Herrmann: „Bayern ist weiterhin so attraktiv, dass erheblich mehr Menschen nach

Bayern kommen als aus Bayern wegziehen.“ Diese Wanderungsgewinne erzielt der Freistaat gegenüber den anderen Bundesländern wie auch gegenüber dem Ausland. Besonders auffällig ist nach den Worten des bayerischen Innenministers, dass alle bayerischen Landkreise und kreisfreien Städte an den zu erwartenden Wanderungsgewinnen partizipieren können. Dass es trotzdem bis zum Jahr 2040 in

Familienministerin Carolina Trautner:

Kinderschutz in Bayern

„10 Jahre Bayerische Kinderschutzambulanz zeigen: Unser landesweites Kompetenzzentrum stärkt den Kinderschutz in Bayern nachhaltig. Wir werden sie deshalb auch weiter fördern und stärken“, so Bayerns Familienministerin Carolina Trautner. Sie übergab an die Bayerische Kinderschutzambulanz einen Förderbescheid über 2,4 Mio. Euro.

„Jeder Euro für den Kinderschutz ist gut investiertes Geld. Die Bayerische Kinderschutzambulanz ist dabei eine zentrale Säule unseres Bayerischen Gesamtkonzepts zum Kinderschutz. Ich bin beeindruckt, was

Bayerischer Landtag:

Lobbyregister gestartet

63 Interessenvertretungen haben sich bereits eingetragen

Das Bayerische Lobbyregistergesetz ist seit 1. Januar 2022 in Kraft und sieht einen legislativen und exekutiven Fußabdruck vor. Seit 16. Dezember können sich Interessenvertretungen registrieren. Landtagspräsidentin Ilse Aigner: „Der Start des Lobbyregisters des Bayerischen Landtags hätte nicht besser laufen können. Damit setzen wir neue Maßstäbe in Sachen Transparenz.“

63 Interessenvertretungen haben sich bereits im Lobbyregister des Bayerischen Landtags registriert. Die gesetzliche Grundlage dafür – das Bayerische Lobbyregistergesetz (BayLobbyRG) – ist seit 1. Januar 2022 in Kraft. Eine Eintragung war seit Mitte Dezember möglich.

Der Fränkische Weinbauverband e.V. hat sich als erste Interessenvertretung in das Lobbyregister des Bayerischen Landtags eingetragen und damit die Registernummer DEBYLT0001 erhalten. Inzwischen sind 63 Unternehmen, Verbände und Vereine im Lobbyregister einsehbar (Stand 5.1., 12:00 Uhr). Zahlreiche weitere Interessenvertretungen sind derzeit dabei, sich zu registrieren.

Transparenz ist entscheidend für die Glaubwürdigkeit

Landtagspräsidentin Ilse Aigner wertet das als großen Erfolg: „Transparenz ist entscheidend für die Glaubwürdigkeit von Politik – und sie funktioniert! Das zeigt der erfolgreiche Start unseres Lobbyregisters. Dass schon wenige Tage nach dem Inkrafttreten des Bayerischen Lobbyregistergesetzes so viele Interessenvertretungen registriert sind, macht deutlich, dass die Eintragung unkompliziert ist und von der Landtagsverwaltung ideal vorbereitet wurde. Mit unserem Lobbyregister schaffen wir so viel Transparenz wie möglich und gehen so weit wie kaum ein anderes Parlament in Deutschland.“

Das Bayerische Lobbyregistergesetz (BayLobbyRG) trat zum 1. Januar 2022 in Kraft, schon seit 16. Dezember 2021 war die Eintragung in das Register auf der Homepage des Bayerischen Landtags möglich.

manchen Regionen zu leichten Bevölkerungsrückgängen kommen wird, liege daran, dass die Geburten nicht ausreichen werden, um die Zahl der Todesfälle auszugleichen.

Größtes Plus in Oberbayern

Der größte Zuwachs der bayerischen Bevölkerung ist nach den Berechnungen der Statistiker für Oberbayern zu erwarten. Dort werde die Bevölkerung bis 2040 um knapp sieben Prozent zunehmen, dicht gefolgt von Schwaben mit einem Plus von 6,2 Prozent. „Ein deutliches Bevölkerungsplus erwar-

ten wir auch für Niederbayern (plus 5,3 Prozent). Aber auch Mittelfranken (plus 2,3 Prozent) und die Oberpfalz (plus 2,1 Prozent) werden einen leichten Zuwachs verzeichnen können. Mit leichten Bevölkerungsrückgängen ist hingegen in Oberfranken (minus 3,5 Prozent) und Unterfranken (minus 1,5 Prozent) zu rechnen“, so Herrmann.

Mit Blick auf die zu erwartende Altersstruktur und die Bevölkerungsentwicklung betonte Herrmann die Bedeutung gleichwertiger Lebensverhältnisse in der Stadt und auf dem Land. „Wir müssen die Ballungsräume entlasten und die ländlichen Räume gerade für junge Menschen durch gute Arbeitsplätze, eine verlässliche Infrastruktur und beste digitale Anbindung noch attraktiver machen. Damit beeinflussen wir die Entwicklung und die Altersstruktur dort positiv.“

dort jeden Tag geleistet wird! Denn es geht hier in jedem Verdachtsfall um die Frage, ob ein Kind von körperlicher oder sexualisierter Gewalt betroffen ist. Mit der Bayerischen Kinderschutzambulanz haben wir seit

2011 ein landesweites Kompetenzzentrum mit bundesweiter Vorbildfunktion. Sie ist ein Erfolgsmodell.“ Im Rahmen der vierten Förderphase wird die Expertise der Bayerischen Kinderschutzambulanz auch auf seelische Gewalt und Vernachlässigung ausgebaut werden.

Werden Ärztinnen und Ärzte mit Verletzungen von Kindern konfrontiert, deren Ursache unklar ist, so ist eine schnelle und vor allem richtige Einordnung dieser Verletzungen das Gebot der Stunde. Hier schafft die Bayerische Kinderschutzambulanz am Institut für Rechtsmedizin der LMU München als landesweites Kompetenzzentrum seit mittlerweile 10 Jahren Klarheit und gibt schnell und umfassend Hilfestellung. Ärztinnen und Ärzte sowie Fachkräfte der Jugendämter können sich in Kinderschutzfällen rund um die Uhr an das Team der Bayerischen Kinderschutzambulanz wenden – online, persönlich oder am Telefon.

Die Bayerische Kinderschutzambulanz prüft Verdachtsfälle, dokumentiert Verletzungen, sichert Beweise und stellt entsprechende Diagnosen. „Mit seiner Expertise trägt das Team der Bayerischen Kinderschutzambulanz wesentlich dazu bei, Kinder vor weiterer Gewalt zu schützen“, so Trautner.

Ärztinnen und Ärzte für individuelle Impfscheidung e.V.:

Keine allgemeine Impfpflicht gegen Covid-19

Am 10. Dezember 2021 haben der Deutsche Bundestag und der Bundesrat die Einführung einer einrichtungsbezogenen Impfpflicht gegen SARS-Cov-2 beschlossen. Derzeit wird die zeitnahe Einführung einer allgemeinen Impfpflicht gegen SARS-Cov-2 politisch diskutiert und vom Deutschen Ethikrat mehrheitlich befürwortet. Diesem Ansinnen steht der Verein „Ärztinnen und Ärzte für individuelle Impfscheidung“ (ÄFI) ablehnend gegenüber, wie er nun in einer Stellungnahme deutlich gemacht hat.

„Als Ärztinnen und Ärzte, die Impfungen grundsätzlich als Teil ihrer ärztlichen Vorsorgetätigkeit ansehen, ... anerkennen wir die bedrohliche Lage im jetzigen Stadium der Pandemie und sehen Impfstoffe als Teil einer Strategie, die der Dynamik einer sich ständig ändernden Situation gerecht werden muss. Die Einführung sowohl einer einrichtungsbezogenen als auch einer allgemeinen Impfpflicht gegen Covid-19 lehnen wir jedoch ab“, heißt es. Dafür werden folgende Gründe geltend gemacht:

1. Die Covid-19- Impfstoffe vermitteln keinen nachhaltigen Schutz davor, sich mit SARS-CoV-2 anzustecken („Eigenschutz“).
2. Die Covid-19-Impfstoffe vermitteln keinen zuverlässigen Schutz vor der An-

steckung anderer („Fremdschutz“).

3. Die Covid-19-Impfstoffe bewirken keinen nachhaltigen Gemeinschaftsschutz („Herdenimmunität“).
4. Die Nachhaltigkeit des Impfschutzes wird durch neue Virusvarianten unvermeidbar beeinträchtigt.
5. Die mit Covid-19-Impfstoffen verbundenen Risiken betreffen einzelne Bevölkerungsgruppen sehr unterschiedlich und sind noch nicht abschließend beurteilbar.
6. Die mit einer SARS-CoV-2-Infektion verbundenen Risiken sind innerhalb der Bevölkerung sehr unterschiedlich verteilt.
7. Ob eine Impfpflicht das Gesundheitssystem entlastet,

GZ

Akademie

Unser Online-Seminar-Angebot wird stetig ausgebaut. Unsere nächsten Termine stehen fest. Buchen Sie Ihr Ticket und seien Sie online live dabei!

Wie begegnet man Hass und Hetze (im Netz und im realen Leben)?

26. Januar 2022, 14:00 - 16:30 Uhr

Im Netz werden Menschen immer ungehemmter - und dieses Verhalten schwappt ins „normale“ Leben über. Politiker werden beschimpft, drangsalieren und psychisch schwer beschädigt. Wie geht man als engagierter Politiker, als anpackende Bürgermeisterin mit solchen Dingen um? Worauf sollte man achten und wie kann man sich vor Übergriffen schützen. Der Vortrag geht auf die menschlichen Seite dieser Probleme ein, zeigt aber auch, was Polizei und Personenschützer raten.

Referent: Gisela Goblirsch, PR-Competence

Anmeldung unter veranstaltungen@gemeindezeitung.de

Teilnahmegebühr: 145,- € zzgl. MwSt.

Große Projekte kommunizieren

21. März 2022, 14:00 - 15:30 Uhr

Es gibt Projekte, die eine Menge Geld kosten, die der Bürger aber gar nicht wirklich wahrnimmt. Der Tiefbau kann ein Lied davon singen. Wenn hier gearbeitet wird, dann erkennt der Bürger das am besten daran, dass seine Mobilität in irgendeiner Form gehemmt wird. Außerdem kostet das Ganze hohe Summen, die aus Sicht der Bürger „versickern“. Die wenigsten wissen, was eine funktionierende Infrastruktur wert ist. Also sollte man solche Projekte besonders gut kommunizieren. Der Vortrag gibt Hinweise, wie das gelingen kann und zeigt auch ein paar Beispiele zu diesem Thema.

Referent: Gisela Goblirsch, PR-Competence

Anmeldung unter veranstaltungen@gemeindezeitung.de

Teilnahmegebühr: 95,- € zzgl. MwSt.

Expertenrunde „Heimische Rohstoffe:

Gewinnung, Recycling, Entsorgung und Artenschutz“

24. März 2022, 14:00 - 16:30 Uhr

Wir alle brauchen heimische Rohstoffe wie Sand, Kies und Naturstein – täglich. Sie begleiten uns nicht nur bei baulichen Maßnahmen, sondern begegnen uns schon nach dem Aufstehen z.B. beim Zähneputzen oder der Tasse Kaffee danach. 150 Mio. Tonnen beträgt der Bedarf an Gesteinsrohstoffen in Bayern pro Jahr. Wir sind in Bayern und Deutschland in der glücklichen Lage, mit mineralischen Rohstoffen gesegnet zu sein und diese regional fördern zu können. Das macht uns unabhängig von Importen und schont die Umwelt durch kurze Transportwege.

Ohne Frage ist eine Rohstoffgewinnungsstätte zunächst ein Eingriff in die Landschaft – jedoch in vielerlei Hinsicht ein positiver. Kommunale Entscheider befinden sich hier oft im Spagat zwischen Bedenken der Bevölkerung und dem gesellschaftlichen Auftrag, unseren alltäglichen Bedarf zu decken. Hintergrundwissen und eine überzeugende Kommunikation sind gefragt – denn von vielen Aspekten der Rohstoffgewinnung vor Ort können Gemeinden und sogar die Natur profitieren.

Schon während der Gewinnung verwandelt sich die Grube oder der Steinbruch, z.B. von einer zuvor intensiv genutzten landwirtschaftlichen Fläche, in Überlebensräume für gefährdete Tier- und Pflanzenarten.

Explodierende Kosten und der Mangel an geeigneten Verfüllstandorten stellen Gemeinden bei der Entsorgung von Bodenaushub vor große Herausforderungen. Auch wenn Recycling von Bauschutt und nachhaltige Baustoffe künftig feste Bestandteile des Rohstoffmix sein werden, wird die Verfüllung von Gruben und Brüchen nach der Gewinnungsphase weiterhin eine wichtige Rolle spielen. Die vielfältigen Möglichkeiten der Flächennutzung nach der Gewinnung bergen für Gemeinden zudem gewinnbringende Chancen.

Gemeinsam mit dem Bayerischen Industrieverband Baustoffe, Steine und Erden hat die Bayerische Gemeindezeitung ein Programm entwickelt, das praxisnah die vielfältigen Fragestellungen rund um die Rohstoffgewinnung und die Entsorgung von Bodenaushub erklärt sowie Hintergrundwissen, Lösungen und Argumentationshilfen anbietet.

Bis 14.03.2022 können Sie Fragen an news@gemeindezeitung.de einsenden, die an die Referenten weitergeleitet werden.

Programm:

- Impulsvortrag heimische Rohstoffe: Bedarf, Flächen und Bedeutung: Dr. Bernhard Kling | Bayerischer Industrieverband Baustoffe, Steine und Erden e.V. (BIV)
- Erfahrungen mit Biotopen auf Zeit in Bayern: Dr. Andreas von Lindeiner | Landesbund für Vogelschutz in Bayern e.V. (LBV)
- Bodenaushub – die Sicht der Gemeinden: Direktor Stefan Graf | Bayerischer Gemeindetag
- Bodenaushub – Abfall oder Ressource? Holger Seit | Landesverband Bayerischer Bauinnungen (LBB)
- Effiziente Flächennutzung mit Rohstoffgewinnung: Pius Geiger | Wilhelm Geiger GmbH & Co. KG, Oberstdorf

Moderation Constanze von Hassel | Bayerische Gemeindezeitung

Anmeldung: veranstaltungen@gemeindezeitung.de

Teilnahmegebühr: kostenfrei

- ist wissenschaftlich fraglich.
8. Eine Impfpflicht greift zu tiefst in die Grund- und Menschenrechte ein.

Länder erfolgreich vormachen. Unter den sich ständig wandelnden Bedingungen kann sie keine Lösung sein.“ Sie werde ihre Wirkung verfehlen.

Zwangsmaßnahmen sind unverantwortlich

Fazit: „So notwendig es ist, die Pandemie entschlossen zu bekämpfen, so unverantwortlich ist es, Zwangsmaßnahmen zu ergreifen, für die es derzeit keine hinreichende wissenschaftliche Grundlage gibt“, betont der ÄFI. Eine Impfpflicht ist aus seiner Sicht „gerade nicht das notwendigermaßen agile und flexible Instrument eines Pandemiemanagements, wie es uns andere

Hilfreich seien dagegen „wirksame und von wissenschaftlicher Evidenz gestützte Alternativen“. Politikerinnen und Politiker werden dazu aufgerufen, mit Impfangeboten auf die Menschen aus Risikogruppen zuzugehen und risikoorientiert konkrete Maßnahmen zu ergreifen – „gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern und für diese“. Alle Quellen zur Stellungnahme sind auf www.individuelle-impfscheidung.de nachzulesen. **DK**

Wir gratulieren

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Christian Scheuerer
82441 Ohlstadt
am 15.1.

Bürgermeister
Herbert Tischhöfer
93155 Hemau
am 22.1.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Jens Zangenfeind
83734 Hausham
am 18.1.

Bürgermeister Michael Ernst
83487 Marktschellenberg
am 25.1.

Bürgermeister Christian Bolz
86947 Weil
am 26.1.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Daniel Mair
83112 Frasdorf
am 14.1.

Bürgermeisterin
Andrea Rothenbacher
97265 Hettstadt
am 15.1.

Landrat Dr. Oliver Bär
95032 Hof
am 25.1.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Herbert Strauch
83236 Übersee
am 18.1.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Serie „Kommunale Entwicklungszusammenarbeit anders denken“:

„Entwicklungszusammenarbeit: Je kleiner, desto besser“

Als Kulturschaffender steht Christian Springer als Kabarettist auf der Bühne. Er setzt sich mit dem Begriff ‚Kultur‘ in besonderer Weise auseinander, indem er beispielsweise Kabarettprogramme zu dieser Thematik schreibt. Parallel engagiert er sich seit Jahrzehnten im Nahen Osten und gründete 2012 den gemeinnützigen Verein Orienthelfer e.V.. Im Rahmen dieses Engagements setzt Springer auf eine Verbesserung der Zukunftsperspektiven im Nahen Osten durch Bildungsprojekte. Er plädiert zudem für eine starke kommunale Zusammenarbeit, weil er sowohl auf Spendengelder als auch politische Rahmenbedingungen angewiesen ist. Im Interview stellt der Künstler heraus, warum bestimmte Strukturen in der Entwicklungszusammenarbeit die Kooperation zwischen Partnern hemmen.

GZ: Wie setzen Sie in ihrer Rolle als Kabarettist und Gründer von Orienthelfer e.V. den interkulturellen Dialog zwischen deutschen Kommunen und den Partnern im Nahen Osten in der Praxis konkret um?

Christian Springer: Orienthelfer e.V. arbeitet eng mit dem Auswärtigen Amt und dem Bundesentwicklungsministerium zu-

auch die Prioritäten in den jeweiligen Ländern verschieden sind? Oder dass Länder im Globalen Süden beispielsweise versuchen, dem Westen in einer bestimmten Art nachzueifern?

Springer: Wenn es um Menschen geht, im politischen Kontext, ja natürlich. Aber ich sehe das in meiner Arbeit nicht so. Seit Ende der 1980er Jahre hal-

tik wird oftmals gefordert, kulturelle Einflussfaktoren stärker zu berücksichtigen. Können Sie das unterschreiben?

Springer: Ich bin ein strikter Gegner davon, die kulturellen Einflussfaktoren besonders zu betonen. Ich erkläre das am Beispiel Libanon: Jeder, der 35 Jahre alt ist im Libanon, hat als Fünfjähriger aktiv den Bürgerkrieg miterlebt. Der Bürgerkrieg ging nach 15 Jahren 1990 zu Ende und diese Gewalt- und Kriegserfahrung, dieses Trauma, das ist kollektiv und individuell spürbar im Libanon. Ich bin immer wieder mit Leuten unterwegs, die das nicht wissen, aber mir etwas über den Islam erzählen wollen und über die Unterschiede in der Kultur. Aber es wäre absolut notwendig, sich mit der Landeskompentenz auseinanderzusetzen und diese zu erwerben. Da spielt zu einem geringen Teil auch die Kultur eine Rolle. Das Wissen um die Kriegserfahrungen im jeweiligen Land ist aber weitaus wichtiger. Wenn ich das nicht habe, dann kann ich auch nicht über oder mit den Menschen sprechen. Denn der Krieg ist nicht etwas, was im Buch steht, sondern was Menschen und Kinder erlebt haben.

Überbegriff Augenhöhe

GZ: Dabei geht es dann aber auch um die Frage: Was macht denn Kultur aus? Geht es jetzt um Traditionen, um religiöse Riten oder geht es darum, dass man unter Kultur versteht, dass man sich bestmöglichst entfalten kann. Also dass man die Freiheit hat, seine eigenen Fähigkeiten zu nutzen.

Springer: Da bin ich gerne auf Ihrer Seite, da kommen wir der Sache nämlich näher. Denn der Überbegriff, der für meine Arbeit gilt, ist die Augenhöhe. Wir gehen viel zu wenig auf die Bedürfnisse vor Ort ein. Vielmehr gehen wir oft schon mit vorgefertigten Projektvorstellungen an die Sache heran und wollen diese nach unseren Vorstellungen umsetzen. Ob das vor Ort so benötigt, gewollt oder gebraucht wird, ist eine ganz andere Frage. Das liegt an der Struktur und der Bürokratie der Entwicklungszusammenarbeit. Oft kommt es dazu, dass Projekte gar nicht personell begleitet werden können, sondern ausschließlich über das Papier, was aber extrem wichtig wäre. Entwicklungszusammenarbeit – je kleiner sie wird, umso besser wird sie. Dafür lie-

te ich mich im Nahen Osten auf. Das ist eine Welt, in der es auch große christliche Minderheiten gibt, bis auf Jordanien. Das spielt natürlich eine Rolle. Man merkt das. Das Zusammenleben ist anders. Aber die echte Prägung der Menschen, die ist eine sehr direkte. Und das ist die Gewaltprägung. Es zählen sehr viele Länder dazu, die Kriegserlebnisse innerhalb der letzten drei Jahrzehnte erlebt haben. Das heißt, man muss sich in gewisser Weise zurückdenken in die Zeit von 1950 in Deutschland, um zu verstehen, was dort los ist. All diese Dinge prägen die Menschen sehr viel mehr als eine Religion. Und das hängt mit dem kolonialistischen Denken zusammen, indem wir in arabischen Ländern glauben, wir müssen jetzt über den Islam sprechen. Das ist komplett falsch, weil es an den Problemen vorbeigeht. Die Leute haben keinen Strom, die haben keinen Zugang zu Wasser sowie er nötig wäre.

GZ: In der Entwicklungspoli-



Verteilung von Büchern im Libanon

Bild: Christian Springer

sammen. Es geht in erster Linie darum, Kindern den Schulunterricht zu ermöglichen. Aber wir müssen zunächst klären: Was bedeutet „interkultureller Dialog“? Ich sage, dieser interkulturelle Dialog wird nicht benötigt, weil es keinen Handlungsbedarf gibt. Mir sind manche Verhaltensweisen deutscher Partner im Umgang mit Menschen fremder, als das Handeln der Leute vor Ort. Es gibt zum Beispiel in muslimischen Ländern einen anderen Kalender. Da sollte ich bei der Organisation von Schulprojekten wissen, an welchen Tagen muslimische Feiertage stattfinden. Ich versuche zudem in der Zusammenarbeit das nach wie vor existierende kolonialistische Denken aufzubrechen. Das ist die höchste Prämisse, die man in dieser Arbeit machen muss.

Koloniales Erbe aufbrechen

GZ: Wenn Sie jetzt das koloniale Erbe ansprechen – konnten Sie feststellen, dass dadurch

Bayerisches Familiengeld

Bereits 2,5 Milliarden Euro an Familien ausgezahlt

Vom Bayerischen Familiengeld haben bereits rund 651.000 Kinder im Freistaat profitiert. Bisher wurden rund 2,5 Milliarden Euro an die Familien ausgezahlt.

Dazu Bayerns Familienministerin Carolina Trautner: „Trotz der erheblichen finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie ist es uns gelungen, auch für 2022 einen soliden Sozialhaushalt aufzustellen. Mehr als die Hälfte der Mittel geben wir traditionell für den Familienbereich aus. Mit unserem Bayerischen Familiengeld leisten wir für Familien mit kleinen Kindern auch im neuen Jahr wertvolle Unterstützung. Damit entlasten wir die Familien unbürokratisch und direkt. Das freut mich sehr, da gerade Familien durch die Corona-Pandemie besonders belastet sind. Die bayerische Leistung ist unabhängig von Familienleistungen des Bundes und deutschlandweit einmalig.“

Im Haushalt 2022 sind für das Bayerische Familiengeld – vor-

behaltlich der Zustimmung des Bayerischen Landtags – rund 770 Millionen Euro vorgesehen. Eltern mit ein- und zweijährigen Kindern erhalten das Familiengeld seit September 2018. Sie werden mit 250 Euro pro Monat und Kind, ab dem dritten Kind mit 300 Euro monatlich, unterstützt. Das Familiengeld wird unabhängig vom Einkommen, der Erwerbstätigkeit und der Art der Betreuung gezahlt. Wer in Bayern bereits Elterngeld beantragt und bewilligt erhalten hat, muss keinen Antrag stellen. Der Elterngeldantrag gilt dann zugleich auch als Antrag auf Familiengeld. Fragen zum Familiengeld beantwortet die Landesbehörde Zentrum Bayern Familie und Soziales (ZBFS) unter der Nummer 0931 32 0909 29. □

GZ

KOLUMNE
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

willkommen im neuen Jahr 2022. Nicht nur die Bürger haben sich zahlreiche Vorsätze und Wünsche für das neue Jahr vorgenommen, sondern auch unsere bayerischen Kommunalpolitiker starten hoffnungsvoll mit vielen Zielen und politischen Vorstellungen ins neue Jahr.

Doch zeigt ein kurzer Blick zurück auf die vergangenen zwei Jahre, dass wir noch so viele Vorsätze planen und Wünsche haben können, letztendlich aber die ehren- und hauptamtlichen Mandatsträger immer wieder auf neue Entwicklungen und kurz-



Themen, die im Vergleich zu den Vorjahren im Grundsatz gleichbleiben: Finanzielle Sicherheit für Kommunen, Erhalt der flächendeckenden Gesundheits- und Pflegeversorgung, kommunaler Wohnungsbau, Nachhaltigkeitsziele und Klimaschutz, Entbürokratisierung von Förderprogrammen, Umsetzung des gesetzlichen Betreuungsanspruchs, Vitalisierung der Dorfzentren und Innenstädte, kommunale Entwicklungszusammenarbeit, neue Mobilitätswege für Stadt und Land sind nur ein kleiner Einblick in die kommunale Themenwelt, die unsere kommunale Arbeit im neuen Jahr begleiten werden.

Unsere bayerischen Kommunen sind diesen Aufgaben gewachsen. Diese sind zugleich nicht die alleinige Aufgabe der Verantwortlichen vor Ort. Die Unterstützung der anderen politischen Ebenen ist hierbei unabdingbar. So sieht es die KPV als Aufgabe, dies regelmäßig einzufordern, insbesondere bei der neuen Bundesregierung, aber auch bei unserer Bayerischen Staatsregierung sowie in Straßburg und Brüssel.

Gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden setzt die KPV unter anderem auf stabile kommunale Finanzen sowie auf die Weiterentwicklung von Lebensqualität und Attraktivität von Stadt und Land – besonders in den Sektoren der Gesundheit sowie der wirtschaftlichen Entwicklung. Hierfür steht die KPV als Vertreter von den vielen engagierten, zum großen Teil ehrenamtlich tätigen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern in Bayern. Diesem Anspruch werden wir auch im Jahr 2022 gerecht werden.

Mit kommunalpolitischen Grüßen

Ihr Stefan Rößle

Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

2022: Alte Themen und neue Vorsätze

fristige Herausforderungen reagieren müssen. Gerade die politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie haben dies eindrucksvoll bewiesen: Rückgang der kommunalen Steuereinnahmen, Demos vor den Rathäusern, leere Busse und vermehrte Angriffe auf Kommunalpolitiker. Für die KPV ist klar: Unsere Kommunen brauchen im neuen Jahr wieder mehr Raum und Kapazitäten, um mit den Bürgern gemeinsam zu gestalten und vor Ort investieren zu können. Die Corona-Pandemie hat auch die parteipolitische Arbeit vor Ort erschwert und das gesellschaftliche Zusammenspiel zwischen Bürger, Behörden und Politik grundsätzlich verändert.

Im Gegensatz hierzu stehen die zentralen

be ich auch diese Einbettung in die kommunalen Partnerschaften. Damit meine ich nicht Städteteams, sondern was Entwicklungsminister Dr. Gerd Müller ins Leben gerufen hat: diese kommunale Zusammenarbeit, die man unbedingt vorantreiben sollte.

GZ: Konnten Sie in Ihrer Zusammenarbeit auch feststellen, dass man Elemente der eigenen Kultur und der anderen Kultur irgendwie vereint hat?

Springer: Natürlich, das funktioniert blendend. Da gibt es sehr viele Beispiele. Es funktioniert immer auf einem Alltagsniveau am allerbesten. Bei Dingen, mit denen sich Menschen weltweit beschäftigen, wie kochen und spielen, beispielsweise Fußball – die Fußballbegeisterung der Kinder ist unfassbar.

GZ: Auf welche Bedürfnisse sollten Akteure in der Entwicklungszusammenarbeit denn besondere Rücksicht nehmen? Und muss dabei die Beachtung gewisser Grundwerte wie Freiheits-

denken vorausgesetzt werden?

Springer: Ich muss Menschen schützen und unterstützen, die einen Freiheitsbegriff im Kopf haben. Das ist ein bildungspolitischer Ansatz, der sehr wichtig geworden ist und das setzt eine Kompetenz für die Partnerregion voraus. Menschen haben am erfolgreichsten gearbeitet, wenn sie ein Gespür für das Werte- und Orientierungssystem hier und dort gehabt haben. Das zu vermitteln ist eine unabdingbare Aufgabe, aber sehr schwer, weil es Menschen mit und ohne Empathie gibt. Das Gespür beim Menschen kann man ganz schwer als einen zu bewertenden Ausbildungsstandard festlegen. Aber der Erfolg der Arbeit ist exakt daran zu messen. Denn es geht nicht drum, mit welchen Noten man aus der Universität herauskommt, sondern um das Gespür für Kinder und den Bildungssektor und wie ich mit Konflikten umgehe. Da sind wir ein komplettes Entwicklungsland, weil bei uns zu viele Karri-

eristen oben mitschwimmen und sich nicht dafür interessieren, dass die Entwicklungszusammenarbeit mit Menschen zu tun hat. Wichtig ist, dass wir immer ein Ziel vor Augen haben. Man wird auch Fehler machen, ich habe auch viele Fehler gemacht. Ich bin Kabarettist, ich habe nie gelernt in einem anderen Land Entwicklungszusammenarbeit zu machen. Aber wenn man lernt und Schritt für Schritt vorgeht, dann wird man gemeinsam Erfolg haben. Ihre Arbeit ist auch ein Baustein dessen. Ich bin sehr zukunftsfröh und optimistisch, dass sich da etwas tut, auch in Bezug auf das Fachpersonal in den Ministerien, die sehr viel Ahnung und dieses gewisse Gespür mitbringen.

Unsere Autorin Anja Guthardt behandelte im Rahmen ihrer Masterarbeit das Thema „Kommunale Entwicklungszusammenarbeit“ und erstellte im Anschluss die Serie „Kommunale Entwicklungszusammenarbeit anders denken“ für die GZ. □

Ich lese die GZ

» ... da ich auch nach 36 Jahren in kommunalen Mandaten der Kommunalpolitik immer noch leidenschaftlich verbunden bin. «

Dr. Siegfried Balleis

Alt-OB Erlangen und ehrenamtlicher Botschafter des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung für den Bereich kommunale Entwicklungszusammenarbeit



Zukunftsplan ...

(Fortsetzung von Seite 1)

und Gemeinden mit einem Defizit von über 9 Milliarden Euro abgeschlossen. Auch für 2022 müssen wir mit einem weiteren Defizit von über 10 Milliarden Euro rechnen, da durch die anhaltende Pandemie und die Störung der weltweiten Lieferketten sich die Wirtschaft nicht so schnell erholt wie erwartet. Wir fordern deshalb einen weiteren kommunalen Rettungsschirm für die Einnahmeausfälle der Kommunen, insbesondere im Bereich der Gewerbesteuer und der Einkommenssteuer.“

Finanzielle „freie Spitze“

Die Finanzausstattung der Kommunen müsse dauerhaft nicht nur die Erfüllung von Pflichtaufgaben, sondern auch freiwillige kommunale Selbstverwaltungsaufgaben ermöglichen. Dabei müsse es eine finanzielle „freie Spitze“ als wesentliche Säule des durch das Grundgesetz garantierten Rechts der kommunalen Selbstverwaltung geben. Neben der Notwendigkeit der Einrichtung verfassungskonformer und aufgabenaquater kommunaler Finanzausgleichssysteme sei es mit Blick auf eine auch strukturell auskömmliche Finanzierung der kommunalen

Ebene angezeigt, den gemeindlichen Anteil an der Umsatzsteuer zu erhöhen. Für den zusätzlichen Anteil ist es aus kommunaler Sicht angebracht, auf einen einwohnerbasierten Verteilungsschlüssel umzustellen.

Negative Nettoinvestitionsquote

Obwohl sich die kommunalen Ausgaben für Investitionen in den vergangenen Jahren deutlich erholt hatten, ist die Nettoinvestitionsquote seit nunmehr fast 20 Jahren negativ. Der Werteverzehr bei der kommunalen Infrastruktur ist also größer als die Investitionen. Folge ist ein entsprechend massiver kommunaler Investitionsrückstand von zuletzt 149 Milliarden Euro. Nimmt man nun noch die notwendigen zusätzlichen Zukunftsinvestitionen, unter anderem in den Bereichen Klima und Digitalisierung in den Blick, wird deutlich, dass tatsächlich die zwingende Notwendigkeit einer langfristigen kommunalen Investitionsoffensive, die von Bund und Ländern finanziell dauerhaft abgesichert werden muss, besteht.

Kommunen, aber auch die Bauwirtschaft, benötigten Planungssicherheit, um ihre Perso-

nalkapazitäten weiter auszubauen. Zumindest auf kommunaler Ebene sei schon heute zu beobachten, dass eigentlich notwendige Neueinstellungen in den Bauplanungsämtern aufgrund von finanziellen Unsicherheiten zurückgestellt werden müssen. Investitionspauschalen seien daher eine wichtige Maßnahme einer langfristigen und planbaren Förderung von Investitionen.

Überkomplexe Förderprogramme

Zunehmend wird die Verwaltungskraft der Städte und Gemeinden von der zuletzt immer häufiger zu beobachtenden „Atomisierung“ überkomplexer und komplizierter Förderprogramme überfordert, kritisiert der DStGB. Vor allem finanzschwache und kleine Kommunen würden dadurch bei der Möglichkeit Fördermittel zu akquirieren, benachteiligt. Die Stärkung der kommunalen Investitionsfähigkeit über die Förderung mit Infrastrukturpauschalen würde daher auch einen wichtigen Beitrag zur Erreichung gleichwertiger Lebensverhältnisse leisten.

Herkulesaufgabe Energiewende

Als Herkulesaufgabe, die in vergleichsweise kurzer Zeit nur mit großen Anstrengungen zu schaffen sein werde, betrachtet der DStGB die Energiewende. Dabei handle es sich um ein Projekt von immenser Bedeutung für die Zukunft des Landes. Das Gelingen der Energiewende sei der entscheidende Schlüssel, ob Deutschland tatsächlich die Klimaschutzziele erreichen wird.

Laut DStGB sind Kohle, Atomkraft und Gas trotz aller Bemühungen um eine Energiewende nach wie vor Deutschlands wichtigste Energieträger für die Stromproduktion. Im dritten Quartal des Jahres 2021 stammten nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes mehr als die Hälfte (56,9 Prozent) der gesamten erzeugten Strommenge von 118,4 Mrd. Kilowattstunden aus konventionellen Energiequellen. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (2020) habe sich damit der Anteil Bundesamtes sogar um 2,7 Prozent erhöht.

„Wenn Deutschland bis 2030 tatsächlich, wie von der Ampelkoalition geplant, 80 Prozent des Stroms aus Wind, Sonne und anderen erneuerbaren Energieträgern produzieren will, brauchen wir einen gewaltigen Kraftakt“, so Spiegler und Landsberg. Jährlich müssten dann bis zu 2.500 neue Windräder ans Netz gehen.

Gesetz zur Klimaschutzbeschleunigung

Um die ambitionierten Ziele zu erreichen, schlägt der Deutsche Städte- und Gemeindebund ein Klimaschutzbeschleunigungsgesetz vor. Bestandteile eines solchen Gesetzes sollen digitale Genehmigungsverfahren sein sowie der Verzicht auf naturschutzrechtliche Ausgleicherregelungen, wenn die geplante Maßnahme dem Klimaschutz oder der Klimaanpassung dient, darüber hinaus eine Verkürzung der Gerichtswege und Präklusions- und Stichtagsregelungen, um die Gerichtsverfahren zu beschleunigen. Zudem könnte auch ein 100.000-Dächer-Sofortprogramm für kommunale Liegenschaften zur Beschleunigung der Energiewende beitragen.

Kommunikationsstrategie

„Alle diese Maßnahmen müssen mit einer effektiven Kommunikationsstrategie verbunden werden. Gerade die Bereitschaft, auch persönlich beizutragen und mögliche Einschrän-

kungen zu akzeptieren, muss erhöht werden. Das Prinzip ‚Not in my backyard‘ nach der Auffassung ‚Ich bin für Umweltschutz, möchte aber die Windenergie nicht in Sichtweite haben und den neuen Schienenverkehr nicht hören‘, darf nicht länger Bestand haben“, forderten die Verbandsvertreter.

Neue Gemeinschaftsaufgabe

Aus Sicht des DStGB muss auch die Klimaanpassung in Städten und Gemeinden von Bund und Ländern gemeinsam mit den Kommunen konsequent vorangetrieben werden. „Hitze, Dürre, Brände werden uns in Zukunft noch stärker belasten und fordern völlig neue Konzepte. Es geht um die Sicherung der Lebensgrundlage der Menschen. Die verheerende Flutkatastrophe 2021 hat auf dramatische Weise gezeigt, dass wir nicht ausreichend vorbereitet sind. Wir schlagen deshalb vor, Klimaanpassung und Klimaschutz als neue Gemeinschaftsaufgabe in Art. 91a Grundgesetz zu verankern. Zu Recht ist dort der Küstenschutz bereits vorgesehen, Klimaanpassung und Klimaschutz gehören notwendig dazu und werden die gemeinsame Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen stärken“, unterstrichen Spiegler und Landsberg.

In Einklang gebracht werden müssen auch die Themenfelder Wohnen, Arbeit und Verkehr. Nach Vorstellung der Ampel-Koalition sollen künftig pro Jahr

Top-down-Strategie ...

(Fortsetzung von Seite 1)

teln hin zur Schiene kommt. Das würde gerade den ländlichen Raum massiv benachteiligen. Zumal dort Schienenverbindungen häufig unrentabel sind. Zudem wurde eine Ausweitung der Lkw-Maut zur Finanzierung der Mobilität angekündigt.“ Zusätzliche Mittel für die Schiene dürften nicht zu Lasten der Straßenbaumittel und damit zu Lasten der Berufspendler gehen. Verpflichtend geprüft werden sollte die angedachte Schienenanbindung bei neuen Gewerbe- und Industriegebieten. Diese Forderung erscheine in manchen ländlichen Regionen geradezu absurd, so der Kommunalverband.

Zu Lasten des ländlichen Raums

Als möglichst vollwertige Alternative zum motorisierten Individualverkehr will der Bund klimaneutralen ÖPNV mit einem flächendeckenden und qualitativ hochwertigen Angebot. Aus Sicht der bayerischen Landrätinnen und Landräte macht die Ampel keine Angaben darüber, wie dies finanziert werden soll. Macht der Bund Vorgaben, müsse er auch die nötigen Finanzmittel bereitstellen. Fehlanzeige auch in punkto Pendler- bzw. Entfernungspauschale. Andererseits finden sich laut Kommunalverband Aussagen zur Abschaffung von überflüssigen, unwirksamen sowie umwelt- und klimaschädlichen Subventionen und Ausgaben. Darunter könnte auch die zuletzt erhöhte Entfernungspauschale fallen. Gleichzeitig sei von der Abschaffung des Dieselpriivs die Rede. „Eine gleich hohe Besteuerung von Diesel und Benzin würde zu einem enormen Anstieg des Dieselpreises führen. Der Koalitionsvertrag geht in diesem Bereich zu Lasten des ländlichen Raums und damit der in der Verfassung verankerten Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse.“

Klare zeitliche Zielvorgaben fehlten wiederum bei den Ankündigungen der Ampel zum Glasfaser- und Mobilfunkaus-

bau. 400.000 neue Wohnungen entstehen, davon 100.000 öffentlich gefördert. Dafür sollen die finanzielle Unterstützung des Bundes für den sozialen Wohnungsbau fortgeführt und die Mittel erhöht werden. Geschlossen werden soll ein „Bündnis bezahlbarer Wohnraum“ mit allen wichtigen Akteuren. Ergänzend ist geplant, eine neue Wohngemeinnützigkeit mit steuerlicher Förderung und Investitionszulagen auf den Weg zu bringen und die bestehende Mietpreisbremse zu verlängern und zu verschärfen. In „angespannten Wohnungsmärkten“ dürfen die Mieten innerhalb von drei Jahren nur noch um 11 Prozent steigen, bislang waren es 15 Prozent.

Nach Ansicht des Deutschen Städte- und Gemeindebunds wäre eine einseitige Ausrichtung auf den Wohnungsneubau falsch. In ländlichen Regionen stünden bis zu 1,8 Millionen Wohnungen leer. Dieses Potenzial sei dringend zu nutzen. In diesem Zusammenhang sei die Förderung ländlicher Räume ein wichtiger Aspekt. Allerdings werden laut Verband die bisherigen Bundesfinanzhilfen in Höhe von jährlich 1 Milliarde Euro nicht ausreichen, um eine Trendwende am Wohnungsmarkt einzuleiten. Jedes Jahr fielen in Deutschland etwa 45.000 Wohnungen zusätzlich aus der Sozialbindung. Daher müssten die Mittel für die soziale Wohnraumförderung von Bund und Ländern auf mindestens 5 Milliarden Euro pro Jahr erhöht werden. **DK**

bau. Eine flächendeckende Versorgung sei eine wesentliche Voraussetzung für gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land. Die Bundesregierung dürfe dies nicht auf die lange Bank schieben. „Die Daten sollen laufen, nicht die Bürger“, lautet die Forderung hinsichtlich einer digitalfreundlichen Gesetzgebung. Der Koalitionsvertrag greift nach Auffassung des Landkreistags zahlreiche Forderungen auf, die der Bayerische Innovationsring im Juli 2021 an den Bund übermittelte. Die Ankündigungen im Koalitionsvertrag müssten aber noch mit Leben gefüllt werden. Nach Auffassung der bayerischen Landkreischefs müssen alle Gesetze einem Digitalisierungsscheck unterzogen werden. Mittels Generalklausel seien alle Digitalisierungshemmnisse abzuschaffen. Begrüßt werden die Unterstützung der Kommunen und die Umsetzung von Standards. Dies gilt u.a. für die Weiterentwicklung des Onlinezugangsgesetzes mit einer ausreichenden Folgefinanzierung, einer klaren Standardisierung und Vereinheitlichung von IT-Verfahren nach dem Einer-für-alle-Prinzip. Offen sei allerdings, was unter einer „ausreichenden“ Finanzierung zu verstehen ist und bis wann mit der angekündigten Standardisierung gerechnet werden kann.

Neues Berufsbild

Positiv bewertet der Landkreistag auch die beabsichtigte Schaffung eines neuen Berufsbilds „Community Health Nursing“. Das aus den angloamerikanischen Ländern bekannte Modell der primären, auf Pflegesituationen ausgerichteten Gesundheitsversorgung lehne sich an das früher in Deutschland bekannte Berufsbild der Gemeindegewerkschaft an, gehe aber mit seinem interdisziplinären Ansatz deutlich darüber hinaus. Längst überfällig sei „die Vereinfachung und Beschleunigung der notwendigen Gewinnung von ausländischen Fachkräften und die Anerkennung im

Ausland erworbener Berufsabschlüsse“. Der gesamte Bereich sei überreguliert. Insgesamt blieben die Vorschläge zur Langzeit-/Pflege aus fachlicher Sicht hinter den Erwartungen an den neuen Koalitionsvertrag zurück.

Die finanzielle Besserstellung der Pflegekräfte sei zwar eine wichtige Anerkennung während der Pandemie, mache den Beruf aber mittelfristig kaum attraktiver. Schließlich führe ein höherer Verdienst nicht selten zu einer Reduzierung der Arbeitszeit.

Seit jeher zwiespältig steht der Verband dem Gute-Kita-Gesetz und dessen Umsetzung in Bayern gegenüber. Durch eine nur auf drei Jahre angelegte Förderung sei nicht in echte Maßnahmen zur Qualitätssteigerung investiert worden, sondern mehrheitlich in Elternbeitragsreduzierungen. Die nun geplante Fortentwicklung in Richtung bundesweiter Qualitätsstandards, sei kritisch. Die Bundesmittel müssten verstetigt werden.

Mittel für Ausbau der Ganztagsbetreuung

Mit Vehemenz fordern die Landkreischefs eine auskömmliche und dynamische Finanzierung der Kommunen beim Ausbau der Ganztagsbetreuung als neue rechtsanspruchserfüllende Aufgabe. Im Freistaat gehe es um 120.000 bis 160.000 zusätzliche Plätze. Was im Koalitionsvertrag unter einer stärkeren „Ausgewogenheit der Finanzierung zwischen Ebenen des öffentlichen Haushalts“ zu verstehen ist, bleibe nebulös und klinge nicht nach einem Konnexitätsverständnis in Richtung Kommunen.

Stichwort Inklusive Kinder- und Jugendhilfe: Begrüßt wird die Verlautbarung, dass die notwendigen Anpassungen zur Umsetzung der inklusiven Jugendhilfe im SGB VIII bereits in dieser Legislaturperiode geregelt werden sollen. Die Formulierung „notwendige Anpassungen“ klinge jedoch nicht nach einem Vorhaben mit großen Veränderungen und auch nicht danach, dass dies als „neue“ Aufgabe der Kinder- und Jugendhilfe aufgefasst wird. Eine Beteiligung des Bundes im Rahmen eines Mehrbelastungsausgleichs sei nicht aus dem Koalitionsvertrag herauszulesen.

Bewältigung des Fachkräftemangels

Einen Beitrag zur Bewältigung des Fachkräftemangels könne die Zuwanderung qualifizierter Drittstaatsangehöriger darstellen. Dies setze gute Sprachkenntnisse voraus und sollte auch nicht auf Kosten der grundsätzlichen Sicherheit gehen. Die Aufenthaltserlaubnis auf Probe für Duldungsfälle, der Familiennachzug unter generellem Verzicht auf Sprachkenntnisse sowie die Möglichkeit der Identitätsklärung durch (lediglich) Abgabe einer Versicherung an Eides statt stünden dem entgegen. Auch der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit nach bereits fünf Jahren wird als kritisch angesehen.

Ein wichtiges Signal, auch angesichts wieder steigender Flüchtlingszahlen, sei die weitere Beteiligung des Bundes an den flüchtlingsbedingten Kosten der Länder und Kommunen. Allerdings müssten die Integrationsmittel umfänglicher direkt auf der kommunalen Ebene ankommen. Als dauerhaft wertet der Bayerische Landkreistag die Tendenz zur Abkehr von den Anker-Zentren. Zwar lasse sich zu Recht die Aufenthaltsdauer in diesen Einrichtungen kritisieren, jedoch könne hier mit beschleunigten Asylverfahren und einer konsequenteren Rückführung entgegengewirkt werden. **DK**

Städte als Impuls...

(Fortsetzung von Seite 1)

Dienstleistungen aus. Der internationale Fachaustausch zeigte eine Vielzahl unterschiedlicher Ansätze von einem formalisierten Strategieprozess in Nürnberg bis hin zu einer iterativen Smart City Entwicklung in Taipeh. Die Stadt Nürnberg und ihr palästinensischer Projektpartner Nablus vertieften den Austausch zur digitalen Transformation der Verwaltung in einer von Connective Cities unterstützten Expertenentsendung im Dezember 2019 nach Nablus.

Stichwort Kommunale Entwicklungspolitik: Die Förderung von Schulbauprojekten wird von Kommunen unter anderem im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative „1000 Schulen für unsere Welt“ des Deutschen Städtetages, des Deutschen Landkreistages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes unterstützt. Auf Initiative engagierter Bürger und mit Unterstützung des Kaufbeurer Oberbürgermeisters Stefan Bosse schloss sich die Stadt Kaufbeuren der Gemeinschaftsinitiative der kommunalen Spitzenverbände an. Per Ratsbeschluss warb die Stadt für Spenden zur Renovierung und Erweiterung der Samaki Primary School in Sanya Juu, Tansania. Durch den gemeinsamen Einsatz der Bürger, der Wirtschaft und der evangelischen Kirchengemeinde kamen die benötigten Spenden innerhalb weniger Monate zusammen. Die Renovierung und Erweiterung der Schule für ca. 200 Schülerinnen und Schüler wurde im Juli 2021 fertiggestellt.

Klar ist: Internationale städtische Arbeit bringt viele Mehrwerte. Gleichzeitig erfordert sie Zeit, Fingerspitzengefühl und eine ausreichende Finanzierung. Die finanzielle Unterstützung durch staatliche und nichtstaatliche Organisationen ermöglicht vielen Städten, diese Arbeit deutlich zu intensivieren. Um sie zu stärken, lassen sich fünf wesentliche Ansätze benennen:

1. Die Bedeutung internationaler städtischer Arbeit muss verstärkt anerkannt werden. Teile der Kommunalpolitik stehen der kommunalen Entwicklungspolitik noch skeptisch gegenüber. Das Verständnis für die außenpolitischen Belange der Städte muss weiter gestärkt werden.

Im Bereich Nachhaltigkeit erkennt die Bundesregierung die entscheidende Rolle und Expertise der Städte bereits an.

2. Die Städte sind bei der Bewältigung globaler Herausforderungen verstärkt einzubeziehen. Dies gilt für die Erarbeitung und Umsetzung konkreter Maßnahmen sowie für die Verabschiedung internationaler Abkommen. Vom regelmäßigen und kurzfristigen Austausch zwischen Städten und Bundesregierung können beide Seiten profitieren. Wird die Stimme der Städte bei relevanten Verhandlungen der Vereinten Nationen formell anerkannt, stärkt das die internationale Zusammenarbeit.

3. Ressortübergreifende Kooperationen innerhalb der Stadtverwaltung stärken die internationale Arbeit der Städte. Die internationale Arbeit der Städte ist für alle Dezernate, Ämter und Fachabteilungen relevant. Für ressortübergreifende Kooperationen bedarf es einer engen Abstimmung der beteiligten Akteure. Die internationalen Abteilungen können Aktivitäten ordnen und mit ihren Fachkompetenzen unterstützen – entscheidend aber bleibt stets das Engagement der Stadtpolitik.

4. Das Bekenntnis der Politik und Verwaltung zur internationalen Arbeit beruht im Idealfall auf einer mit Ratsbeschluss verankerten Gesamtstrategie. Die Einbindung der Zivilgesellschaft stärkt den örtlichen Zusammenhalt und den politischen Rückhalt für internationale Projekte. Die Zivilgesellschaft verfügt zudem über wertvolles Fachwissen und kann die Verwaltung entlasten.

5. Die Umsetzung internationaler Projekte und Kooperationen durch die Städte bedarf zusätzlicher Unterstützung und bürokratischer Erleichterungen. Um die Fülle an Aufgaben internationaler städtischer Arbeit zu bewältigen, ist unter anderem eine Personalverstärkung erforderlich. Dazu braucht es verstärkt finanzielle Förderung seitens des Bundes, der Länder und anderer Organisationen. Damit Förderprogramme einen möglichst großen Mehrwert entfalten, müssen Verwaltungsaufwand und inhaltliche Vorgaben reduziert werden. **DK**

Serie „Kommunale Entwicklungszusammenarbeit anders denken“:

„Hier geht es nicht um Greenwashing“

Schulen, 4.200 Einwohner und ein Krankenhaus sollen erstmalig mit Trinkwasser in Baringo County in Kenia versorgt werden. Dieses Ziel haben sich die Akteure im Rahmen der kommunalen Klimapartnerschaft zwischen der ostafrikanischen Region und der Stadt Gersthofen gesetzt. Im Interview mit der Bayerischen Gemeindezeitung richtet Bürgermeister Michael Wörle einen klaren Appell an die Staatsregierung und erläutert, wie der Aufbau kommunaler Partnerschaften in der Entwicklungszusammenarbeit unterstützt werden kann.

GZ: Als Erster Bürgermeister der Stadt Gersthofen haben Sie im Jahr 2019 als einzige Kommune in Bayern in der siebten Runde des Projekts „Kommunale Klimapartnerschaft“ teilgenommen. Was war der konkrete Auslöser für diesen Schritt?

Michael Wörle: Gerade Kommunen stellen mit ihrem Wissen und lokalen Netzwerken ein unendliches Potential für internationale Partnerschaften dar. Wenn jeder Gemeinde- oder Stadtrat in Bayern sich dieses Themas annähme, würden wir in einigen Jahren viele Probleme gemeinsam bearbeiten und auch lösen können. Die Stadt Gersthofen hat den großen Vorteil, dass mit der Region Baringo County in Kenia seit vielen Jahren eine enge Partnerschaft besteht. Da war es naheliegend, dass wir diese enge Freundschaft durch die Teilnahme an der 7. Phase der kommunalen Klimapartnerschaft weiter ausgebaut haben.

GZ: Mit dem Projekt „Kommunale Klimapartnerschaft“ der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) soll die fach-

liche Zusammenarbeit deutscher Städte, Gemeinden und Landkreise mit Kommunen aus Afrika, Lateinamerika und Asien in den Bereichen Klimaschutz gestärkt werden. Seit 2011 haben aber nur 78 kommunale Partnerschaften gemeinsame Handlungsprogramme zu diesen Themen erarbeitet. Wo liegt Ihrer Meinung nach der Grund dafür, dass Kommunen zögern?

Wörle: Für andere Kommunen, die zunächst ein Netzwerk aufbauen müssen, liegt die Einstiegshürde höher als beispielsweise bei uns. Dennoch sehe ich in der kommunalen Klimapartnerschaft für Städte und Gemeinden ein großes Potenzial und die Möglichkeit aktiv Klimaschutz in anderen Regionen zu fördern. Ich bin mir sicher, es gibt in ganz vielen Gemeinden zivilgesellschaftliche Kontakte zum Globalen Süden. Darauf lässt sich häufig zielführend aufbauen.

GZ: Die Stadt Gersthofen entsendet zusammen mit Kreis- und regionalen Unternehmen Mitarbeiter und Unterstützer,

um Ausbilder in Kenia zu schulen. Wie engagiert sich Gersthofen in der Region Baringo County und welche konkreten Ziele sollen im Rahmen dieses Engagements erreicht werden?

Schwerpunkte Trinkwasser und Jugendarbeitslosigkeit

Wörle: Die Stadt hat sich unter anderem für das Projekt Teach the Teacher stark gemacht, bei dem Fachkräfte aus der Region in Baringo County Lehrerinnen und Lehrer geschult haben. Gersthofen engagiert sich aber auch stark in anderen Bereichen. Schwerpunkte sind hier die Trinkwasserversorgung, die Aufforstung, der Erhalt der Biodiversität sowie die Definition von CO₂-Projekten. Diese Schwerpunkte gilt es in den nächsten Jahren umzusetzen. Große Probleme gibt es beispielhaft bei der Trinkwasserversorgung. 80 Prozent der Menschen in der Region Baringo County haben keinen direkten Zugang zu Trinkwasser – da gibt es viel zu tun. Auch in punkto der extrem hohen Jugendarbeitslosigkeit müssen wir durch die Schaffung wirtschaftlicher Perspektiven Angebote bieten. Zudem entwickeln wir verschiedenste Maßnahmen, um an den Zielen für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen zu arbeiten.

GZ: In der Entwicklungszusammenarbeit findet derzeit ein Paradigmenwechsel statt: Vor al-

lem das Gebot der ‚Kommunikation auf Augenhöhe‘ steht im Mittelpunkt der Zusammenarbeit. Wie setzen Sie das im Rahmen der Kommunalen Klimapartnerschaft um?

Wörle: Wichtig ist uns ein regelmäßiger Austausch und eine konkrete Zielsetzung, die mit den Partnern definiert, besprochen und gemeinsam beschlossen wird. Nur wenn man sich in diesen Punkten auf Augenhöhe begegnet, lassen sich Projekte auch erfolgreich umsetzen. Allein der Begriff Partnerschaft macht klar, dass es um weit mehr als nur Partnerschaft geht.

GZ: Was haben Sie seit Beginn der Partnerschaft im Jahr 2019 aus der Zusammenarbeit mitgenommen? Hat Sie persönlich der Austausch verändert oder haben Sie mit Vorurteilen gebrochen?

Wörle: Ich habe viel gelernt über die Kultur, die Denkweise und die politischen Strukturen in Kenia. Mit dem Besuch einer Delegation des Stadtrats in Kenia wurde uns allen klar, wie wichtig derartige Begegnungen sind. Das gegenseitige Verständnis sowie die enormen Chancen aus diesen Kontakten, sind seitdem in der Politik in Gersthofen verankert. Auch der Besuch unseres Jugendorchesters vor drei Jahren hat bei den Teilnehmern nachhaltige Spuren hinterlassen. Der persönliche Austausch schafft vielleicht auch die Grundlage zur Bekämpfung von Fluchtursachen. Allein die Chance hierfür sollte Grund genug sein, sich mit dem Thema intensiv zu beschäftigen.

GZ: Seit kurzem fördert der Freistaat kommunale Klimakooperationen. Welchen Appell richten Sie an die Staatsregierung



Eine Delegation aus Baringo County mit Michael Wörle, Erster Bürgermeister Stadt Gersthofen, beim Bürgerempfang 2019 Bild: Marcus Merk

bzw. den Bayerischen Landtag – wie müssen sich die Rahmenbedingungen ändern, damit bei den Kommunen die Bereitschaft zur Bildung von Partnerschaften mit dem Globalen Süden wächst?

Wörle: Es müssen Anreize für Städte und Kommunen geschaffen werden und ein Netzwerk, um Erfahrungen auszutauschen. Ein wichtiger Punkt ist zudem, dass die Staatsregierung für diese wichtigen Projekte ausreichend Gelder bereitstellt, bei der Kontaktaufnahme zu fernen Regionen hilft sowie den Kontakt zu einem Expertenetzwerk aufbaut. Ich sehe für Projekte wie dieses ein großes Potenzial, denn im Endeffekt profitieren beide Partner von einer kommunalen Klimapartnerschaft. Zudem müssen Bund und Land Türöffner sein, um für das zivilgesellschaftliche Engagement die politische Unterstützung im Globalen Süden zu bekommen. Ferner sollten Kommunen in die Lage versetzt werden, Fördergelder für gemeinsame Projekte in entsprechender Höhe beantragen zu können. Bund, Länder, Kommunen und Unternehmen aus dem Norden müssen mit dem jeweiligen Gegenpart im Globalen Süden zusammenarbeiten. Die Möglichkei-

ten CO₂-relevante Projekte schnell und wirtschaftlich im Globalen Süden zu realisieren, wird häufig ignoriert. Hier geht es nicht um Kompensation oder Greenwashing – sondern um schnelle, wirkungsvolle Maßnahmen für das Klima. Der Bund – aber auch der Freistaat müsste zeitnah Kommunen und Unternehmen an einen Tisch laden, um eine neue Strategie in der Zusammenarbeit mit dem Globalen Süden zu erarbeiten. Die Stärkung kommunaler Klimapartnerschaften stehen explizit im Koalitionsvertrag. Jetzt gilt es, dieses Ziel konsequent mit Leben zu füllen. **red**

Für die Umsetzung konkreter Maßnahmen aus den Handlungsprogrammen können Angebote der SKEW von Engagement Global genutzt werden: bspw. „Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte“ (Nakopa), „Förderprogramm für Kommunale Klimaschutz- und Klimaanpassungsprojekte“ (FKKP) oder Kleinprojektfonds: www.skew.engagement-global.de

GZ KOMMUNAL-ABC

ABC des Mobilfunknetzausbaus

Teil 3: Wie wird ein Mobilfunknetz geplant?

Täglich nutzen wir Smartphones und andere mobile Geräte und können uns ein Leben ohne mobile Kommunikation kaum mehr vorstellen. Die Technologie entwickelt sich schnell weiter und der steigende Datenverkehr macht den weiteren Ausbau der Infrastruktur erforderlich. Im ABC des Mobilfunknetzausbaus erläutern wir genauer, warum die Netze weiter ausgebaut werden, wie die kommunale Beteiligung beim Ausbau geregelt ist, wie ein Netz geplant wird, was 5G eigentlich ist und welche Auswirkung Mobilfunk auf die Gesundheit hat.

Welche Anforderungen an Mobilfunkstandorte gibt es?

Um mit Smartphones – insbesondere in Notfällen – erreichbar zu sein, bedarf es einer umfassenden Infrastruktur. Weil die Nachfrage nach einer qualitativ hochwertigen Netzversorgung steigt, müssen die Mobilfunkbetreiber ständig in ihre Netze investieren. Die Ermittlung von geeigneten Standorten für Basisstationen ist ein komplizierter und abstimmungsintensiver Vorgang. Hierbei gilt es, auf Basis einer sorgfältigen Funknetzplanung sowohl technische als auch rechtliche und wirtschaftliche Anforderungen zu berücksichtigen.

Die wichtigste Voraussetzung bei der Suche nach einem geeigneten Standort ist, dass der neue Mobilfunkstandort seine Versorgungsziele erreicht und sich in die bestehende Netzarchitektur einfügen lässt. Die Anforderungen an die Örtlichkeit lassen sich so zusammenfassen: Der Standort muss die baulichen Erfordernisse wie Höhe, Statik, Flächenbedarf, Zugang usw. erfüllen und dabei im gegebenen Kostenrahmen bleiben. Zusätzlich muss der Standort unter anderem baurechtliche und immissionsrechtliche Bestimmungen erfüllen. Nicht zuletzt muss auch der Eigentümer der geplanten Baumaßnahme zustimmen.

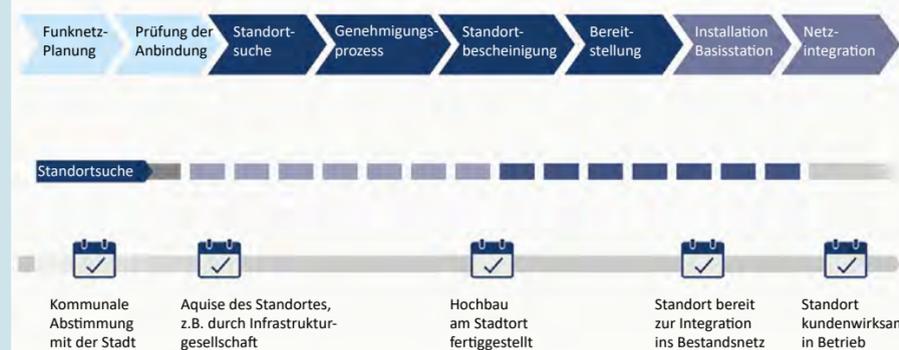
Im Regelfall plant und realisiert jeder Mobilfunknetzbetreiber sein eigenes Netz. Dies ist vom Kartellrecht vorgeschrieben und soll den Wettbewerb im Mobilfunkbereich sicherstellen. Passive Infrastruktur wie Antennenträger auf Dächern oder freistehende Masten werden oftmals beziehungsweise regelmäßig gemeinsam genutzt.

Wie funktioniert die Planung von Mobilfunknetzen?

Entscheidend bei der Planung von Mobilfunknetzen ist die Berechnung der Ausbreitung der elektromagnetischen Wellen, die die Grundlage der Funkübertragung sind. Im Ge-

gensatz zu Radio- und Fernsehsendern macht die Planung von großen Versorgungsgebieten keinen Sinn, da die Endgeräte mit ihren geringen Sendeleistungen die Distanz zur Station überbrücken können müssen. Wegen der engen geografischen Begrenzung der Funkzellen werden

Schritte beim Aufbau einer Mobilfunk-Basisstation



INFORMATIONSZENTRUM-MOBILFUNK.DE

die Antennen in vergleichsweise geringer Höhe angebracht. Daher ist es erforderlich, bei der Planung eines Standortes mit großer Genauigkeit vorzugehen.

Bei der Funknetzplanung sind darüber hinaus weitere Einflussgrößen zu berücksichtigen. Die Funksignale können durch natürliche Hindernisse oder Gebäude, aber auch durch Witterungseinflüsse abgeschwächt oder abgelenkt werden. Für den Bereich der mobilen Telekommunikation sind dafür Computermodelle entwickelt worden. Sie können die Funkausbreitung beispielsweise in Abhängigkeit von der Geländeform und der Bebauung simulieren und darstellen. Bei der Planung einer einzelnen Basisstation legen die Funknetzpla-

ner zunächst einen sogenannten Suchkreis fest. Dieser berücksichtigt die geografischen Bedingungen vor Ort.

Auch die zum Teil sehr unterschiedliche Auslastung eines Netzes muss für den Zeitraum eines Tages, einer Woche sowie eines Jahres berechnet werden. Dieser „Kapazitätsaspekt“ ist bereits bei Ortschaften mit einigen wenigen tausend Einwohnern oftmals entscheidend für die Frage nach der Anzahl der erforderlichen Standorte für eine zeitgemäße Versorgung, auch wenn bereits eine grundsätzliche Funkabdeckung vorhanden ist.

Was ist eine Standortbescheinigung?

Die vom Netzbetreiber bei der Bundesnetzagentur zu beantragende Standortbescheinigung dient der Sicherstellung des Immissionssschutzes

In Kooperation mit dem Informationszentrum Mobilfunk www.gemeindezeitung.de/ABC

und den Sendeanlagen freigehalten werden müssen. Diese und die Details zur Antennenkonfiguration werden in der Standortbescheinigung aufgeführt. Für Kommunen besteht die Möglichkeit, in einem passwortgeschützten Bereich der Bundesnetzagentur zusätzliche Informationen zu den installierten Funksystemen und den Sicherheitsabständen einzusehen.¹

Wie ist der Schutz der Bevölkerung geregelt?

Zum Schutz der Bevölkerung vor möglichen Gefahren durch elektromagnetische Felder hat der Gesetzgeber in Deutschland Grenzwerte festgelegt. Diese sind in der 26. Verordnung zum Bundes-Immissionschutzgesetz (26. BImSchV) gesetzlich verankert worden. Mit der 1997 in Kraft getretenen und 2013 novellierte Verordnung schuf Deutschland als erstes EU-Land rechtlich verbindliche Regelungen zur Begrenzung elektromagnetischer Felder.

Bei der Festlegung der in Deutschland gültigen Grenzwerte ist der Gesetzgeber den wissenschaftlichen Empfehlungen der Internationalen Strahlenschutzkommission (ICNIRP) gefolgt und beruft sich zusätzlich auf die Einschätzung der Strahlenschutzkommission des Bundes (SSK), sowie des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS). Die Verordnung verpflichtet die Mobilfunknetzbetreiber in Deutschland, die Grenzwerte an allen Orten, die zum dauerhaften oder vorübergehenden Aufenthalt von Menschen bestimmt sind, einzuhalten. Das gilt zum Beispiel für Wohnhäuser, aber auch für Schulen, Kindergärten, Spielplätze oder Krankenhäuser.

Die Bundesnetzagentur überprüft die Einhaltung in unregelmäßigen Abständen und ohne Ankündigung. Darüber hinaus führt die Bundesnetzagentur Immissionsmessungen durch. Die Ergebnisse aller Messungen samt Ortskoordinaten und Sicherheitsabständen der Mobilfunksendeanlagen sind in einer Standortdatenbank für die Öffentlichkeit frei zugänglich.² Die Daten zeigen, dass fast alle Anlagen, auch in den Städten, im zeitlichen Mittel die Grenzwerte nicht einmal zu 1% ausschöpfen.

Teil 4 des ABC des Mobilfunknetzausbaus erläutert die Evolution von LTE zu 5G und informiert wie der Glasfaserausbau mit der 5G-Versorgung zusammenhängt. **□**

Weitere Informationen unter:

www.kommunalinfo-mobilfunk.de und www.informationszentrum-mobilfunk.de

¹https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Sachgebiete/Telekommunikation/Unternehmen_Institutionen/EMF/EMF-Datenportal/emf_datentportal_node.html

²<https://emf3.bundesnetzagentur.de/>

Quelle: Informationszentrum Mobilfunk, Stand September 2020

VBEW-Geschäftsführer Detlef Fischer:

Umbau der Energieversorgung muss noch mehr Fahrt aufnehmen!

Erst 50 Prozent des Strombedarfs in Bayern werden durch Erneuerbare Energien gedeckt

Die Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien konnte in Bayern im Coronajahr 2020 auf einen Rekordwert von knapp 40 TWh gesteigert werden, gleichzeitig ging der Stromverbrauch im Vergleich zu den Vorjahren etwas zurück auf nun etwa 80 TWh. „Das bedeutet, dass rein rechnerisch jede zweite in Bayern verbrauchte Kilowattstunde (kWh) durch heimische Erneuerbare Energien gedeckt wird. Die bayerische Energiewende kommt voran, muss aber noch viel mehr an Fahrt aufnehmen, damit bis 2040 die Klimaneutralität geschafft ist“, so Detlef Fischer, Geschäftsführer des Verbands der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e. V. – VBEW.

Bei den einzelnen erneuerbaren Energieträgern (EE) zeigte sich nach den neuesten Zahlen des Bayerischen Landesamts für Statistik ein gemischtes Bild. Während die in Bayern sehr er-

folgreiche Photovoltaik (PV) und Biomasse weiter zulegen konnten, gab es bei der Wasserkraft und der Windkraft witterungsbedingt leichte Rückgänge. „Wir brauchen aber auch die Wind-

kraft in Bayern, um wetter- und jahreszeitbedingte Schwankungen in der Stromerzeugung bei der PV zumindest etwas ausgleichen zu können. Und der Ausbau der Wasserkraft ist besonders wichtig für eine bedarfsgerechte Stromversorgung“, mahnt Detlef Fischer, sich beim EE-Ausbau nicht allein auf die PV zu konzentrieren.

„Gesicherte Leistung“ gewinnt an Bedeutung

„Auf dem Weg zu einem 100 Prozent klimaneutralen Bayern warten noch weitere sehr große Herausforderungen auf die Stromversorgung, etwa beim Netzausbau oder der Speicherung von Elektrizität. Die bisherigen Ausbauzahlen sehen auf den ersten Blick rein rechnerisch sehr gut aus, wichtig ist aber nicht nur die Energiemenge in der Jahresbilanz“, erklärt Fischer im Hinblick auf die Versorgungssicherheit, die rund um die Uhr gewährleistet sein muss. So hat die Photovoltaik in den Monaten November

und Dezember 2021 so gut wie gar nicht zur Stromversorgung beigetragen. Bei den nicht fluktuierenden Erneuerbaren Wasserkraft, Biomasse und Geothermie tendiert die Jahresstromproduktion in den letzten Jahren lediglich seitwärts. Es fällt immer schwerer, bei diesen Energieträgern neue Potenziale zu heben. Nur mit einem Bau von Speichern und dem Einstieg in eine Wasserstoffwirtschaft kann vermieden werden, dass Überschussstrom aus Wind- und PV-Anlagen ungenutzt bleiben muss. Das Thema „Gesicherte Leistung“ wird – vor allem im Winter – in jedem Fall erheblich an Bedeutung gewinnen.

„Auch der Stromverbrauch wird wieder ansteigen“, erwartet der VBEW-Geschäftsführer, und sieht im Jahr 2020 aufgrund der Corona-Pandemie eine Ausnahme wieder wächst, bewegt sich der Strombedarf auf die alten Niveaus. Zusätzlich kommen dann die neuen Stromanwendungen wie Elektromobilität, Wärmepumpen und Digitalisierung hinzu, denn Klimaneutralität bedeutet auch eine Elektrifizierung im Verkehrs- und Wärmesektor. „Und niemand will sein neues Elektroauto nur dann laden, wenn gerade die Sonne scheint oder der Wind weht“, resümiert Detlef Fischer. □

DStGB-Positionspapier:

Kernforderungen bei der Konzessionsvergabe im Energiebereich

Die Vergabe von Energiekonzessionen ist rechtlich komplex, bindet erhebliche personelle Kapazitäten in den Städten und Gemeinden und ist häufig Gegenstand jahrelanger gerichtlicher Auseinandersetzungen. Deshalb hat der Deutsche Städte- und Gemeindebund gemeinsam mit der Rechtsanwaltskanzlei Becker Büttner Held (bbh) und dem Büro für Energiewirtschaft und technische Planung GmbH (BET) ein Positionspapier vorgelegt, in dem gesetzlicher Änderungsbedarf gegenüber einer neuen Bundesregierung geltend gemacht wird.

Damit die Gemeinden ihre örtliche Energiepolitik bestmöglich ausgestalten können, wird in den „Kernforderungen bei der Konzessionsvergabe im Energiebereich“ zunächst vorgeschlagen, das Konzessionsvergabeverfahren zu vereinfachen. Bei vielen Städten, besonders aber bei den kleineren Gemeinden, besteht ein großes Missverhältnis zwischen dem Aufwand des Konzessionsvergabeverfahrens und den Einnahmen aus der Konzessionsabgabe. Hierzu sollte die Bundesnetzagentur ein Konsultationsverfahren von Gemeinden, Energiewirtschaft und weiteren Stakeholdern durchführen.

Jahrelange Verzögerung der Netzübernahme verhindern

Damit der Streit über den Netzkaufpreis nicht zu einer jahrelangen Verzögerung der Netzübernahme und damit der Umsetzung der gemeindlichen Konzessionsentscheidung führt, sollte dem erfolgreichen Neukonzessionär laut Papier „das Recht eingeräumt werden, den Eigentumsübergang nach seiner Wahl auch im Wege eines Vorbehaltskaufs zu verlangen, wenn nicht innerhalb eines Jahres eine Einigung über den Kaufpreis erzielt wurde“. Flankierend könnte eine Verpflichtung der Bundesnetzagentur eingeführt werden, um im Streitfall auf Antrag einer Partei eine vorläufige, aber sofort vollziehbare Entscheidung über die Höhe des Vorbehaltskaufpreises bzw. des Anlagenumfanges zu treffen. Damit könnten zusätzliche Verzögerungen bei der Umsetzung der Netzübernahme begrenzt werden.

Um bei Rechtsstreitigkeiten über Konzessionsvergaben eine Zersplitterung der Rechtsprechung zum Konzessionsrecht zu vermeiden, wird zudem dafür plädiert, dass hierfür künftig das kartellvergaberechtliche Nachprüfungsverfahren vor den Vergabekammern zur Anwendung kommt.

Besonders mit Blick auf die CO₂-mindernde und damit umweltfreundliche Koppelung der Sektoren Strom, Wärme, Ver-

kehr im Sinne einer örtlichen Energiepolitik sei eine integrierte Netzplanung und -bewirtschaftung zentrales Anliegen, heißt es weiter. Kommunale bzw. regionale Energiekonzepte sicherten dies ab. Infolgedessen müsste sich dies stärker als bisher bei den zulässigen Kriterien für die Auswahl des Vertragspartners widerspiegeln, der Rechtsrahmen sei entsprechend anzupassen.

Auch sollte insoweit das Nebenleistungsverbot nach § 3 der Konzessionsabgabenverordnung (KAV) angepasst und klar gestellt werden, dass Unterstützungsleistungen der Konzessionäre bei der Aufstellung und Umsetzung kommunaler oder regionaler Energiekonzepte und die hierfür erforderliche Bereitstellung einer integrierten, spartenübergreifenden Netzplanung nicht durch das Nebenleistungsverbot erfasst werden.

Rechtssichere Regelungen treffen

Nicht zuletzt müssen laut Deutschem Städte- und Gemeindebund mit einer Reform der Konzessionsvergabe im Energiebereich auch rechtssichere Regelungen im Bereich der Wasserstoffnetze getroffen werden. Im Einzelnen sei nicht geregelt, ob das Vergabeverfahren für das einfache oder qualifizierte Wegerecht anzuwenden ist, weshalb die Unsicherheit bei den Gemeinden groß sei. Im Sinne der volkswirtschaftlich vorzugswürdigen Integration des Wasserstoffs in die vorhandene Gasnetzinfrastruktur sollten auch die Paragraphen 46 und 48 EnWG sowie alle weiteren diesbezüglichen Normen in der Weise angepasst werden, dass sich hieraus eine Parallelität zu den Gasnetzen ergibt.

Als erforderlichlich wird auch eine rechtssichere Regelung bei der Konzessionsabgabe im Bereich des Energieträgers Wasserstoff angesehen. Im Interesse des Konzessionsabgabenaufkommens bei den Gemeinden sollte sichergestellt werden, dass Wasserstofflieferungen konzessionsabgabenrechtlich als Tariflieferungen behandelt werden. DK

Versorgungssicherheit:

Starkes Duo für die Zukunft

Neue Gas-Hochdruck-Leitung verbindet Baden-Württemberg und Bayern

Die große Bedeutung von zukunftsfester Energieversorgung steht bei den Gasnetzbetreibern ganz oben auf der Agenda – sowohl auf dem Weg zur Klimaneutralität als auch für die langfristige, stabile und sichere Versorgung. Die Netze Südwest und schwaben netz reden nicht nur von großen Aufgaben, sie haben mit der Hochdruckleitung von Illertissen nach Dietenheim ihre Verantwortung für die Menschen in der Region bewiesen.

Die Aufgabe, für eine zukunftsfeste Energieversorgung für gut 50.000 Menschen in der Region um die Iller zu sorgen, machte diese Leitung notwendig. Die Netze Südwest haben es sich mit der Suche nach einem Partner nicht leicht gemacht. Schwaben netz mit starkem technischen Know-how erwies sich als idealer Partner, um dieses anspruchsvolle Projekt auf der bayerischen Seite umzusetzen. Die Hochdruck-Gasleitung wurde landschaftsökonomisch unter der Iller und dem Illerkanal eingezogen. Das Besondere an der Unterquerung war das ‚Meeting in the Middle-Verfahren‘ – die Bohrköpfe trafen sich unter der Iller an der Landesgrenze von beiden Seiten kommend. Und das über eine Länge von 550 Metern auf der Größe eines Bierdeckels. Die Netze Südwest haben gleichzeitig einen Netzkopplungspunkt direkt an der Landesgrenze auf baden-württembergischer Seite in Dietenheim realisiert, der im November erfolgreich unter Gas gesetzt wurde.

Wasserstoff-ready

Ziel der Verlegung ist die zukunftssichere Versorgung beider Regionen. Andreas Schick, Geschäftsführer der Netze Südwest, erklärt hierzu: „Die Anbindung ist ein entscheidender Baustein, um unsere Kundinnen und Kunden zukünftig mit Wasserstoff klimaneutral zu versorgen. So kann unser Netz ein Schlüsselement der Wärmewende werden. Wir danken der schwaben netz für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit.“ Wenn zukünftig Wasserstoff anstelle von Methan durch die neuen Leitungen strömt, bedeutet dies eine veränderte Beanspruchung des Materials. Da-

her wurde bei der Auswahl der Komponenten besonderer Wert auf die „Wasserstoff-Readiness“ gelegt – der neue Netzabschnitt ist bestmöglich auf die Wasserstoff-Transformation eingestellt.

Kooperation der Regionen

Auf allen Ebenen wurde kooperiert, auf der kommunalen, der überregionalen und bei den Netzbetreibern. Nur durch die vertrauensvolle Zusammenarbeit der beteiligten Experten konnte dieses komplexe Projekt zum Erfolg geführt werden.

„Wir verbinden nicht nur zwei Netze, wir verbinden Bayern und Baden-Württemberg an dieser Stelle“, bekräftigt Thomas Keil, Geschäftsführer schwaben netz gmbh. „Eine nachhaltige Energieversorgung der Zukunft darf keine Grenzen kennen, denn sie ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Das Projekt ist für uns eine Zukunftsinvestition. Durch dieses Rohr wird in naher Zukunft Wasserstoff fließen. Dafür sind wir bereit. Klimaschutz und verantwortungsvolle Energieversorgung schließen einander nicht aus.“

Technisches Großprojekt in bescheidenem Gewand

Zu sehen ist von diesem technischen Großprojekt ein bescheidenes Fertiggebäude, das an eine größere Fertigarage erinnert. Von der anspruchsvollen Ingenieurskunst unter der Iller und dem Illerkanal zeugt nurmehr ein Film (https://youtu.be/uGwVau1V_w). In der idyllischen Landschaft selbst wird die Leitungstrasse im nächsten Jahr nicht mehr sichtbar sein. Im Frühjahr werden die sorgsam Wiederherstellungsarbeiten der Oberflächen vervollständigt und abgeschlossen. □

HEWA und EAB:

Kooperation bei Solar-Projekt

Die HEWA GmbH will gemeinsam mit der Energieallianz Bayern GmbH ein Freiflächen-Photovoltaik-Projekt im Hersbrucker Stadtgebiet umsetzen.

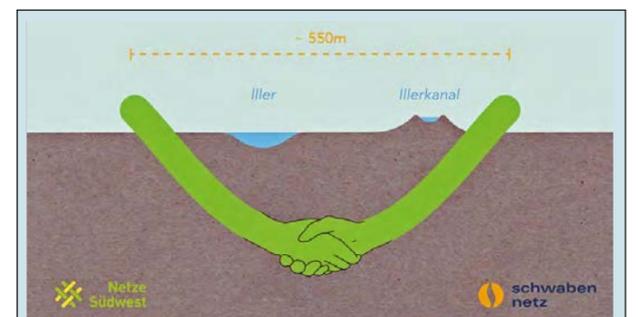
Klimaneutralität zu erreichen, bedeutet auch einen deutlichen Ausbau der Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien. Die HEWA GmbH, mit Sitz in Hersbruck, hat in ihrem Einzugsgebiet bereits zukunftsweisende Projekte umgesetzt und möchte die nächste Phase mit einem erfahrenen Projektpartner – Energieallianz Bayern GmbH & Co. KG aus Hallbergmoos – durchführen. Ein kommunal getragenes Unternehmen, das bereits seit 2009 im Bereich der Erneuerbaren Energien Projekte erfolgreich entwickelt, plant und umsetzt. Beide Unternehmen planen eine strategische Kooperation und sind bereits in der Konkretisierung eines möglichen, gemeinsamen Projektes für Photovoltaik.

Dazu Robert Ilg, 1. Bürgermeister der Stadt Hersbruck: „Selbstverständlich wissen wir um die teils konkurrierenden Zielsetzungen zwischen Landwirtschaft und Energieversorgung bei Freiflächen-PV-Anlagen. Gerade aus diesem Grund unterstützen wir den Ansatz unserer Stadtwerke, bei der Flächenauswahl und Gestaltung eines Projektes, eine ausgewogene Abwägung aller Interessen zu erreichen. Unsere bisherige Erfahrung und die erfolgreiche Ausrichtung der HEWA GmbH zeigen, dass dieser Interessensausgleich auch

gelingen kann.“

Die HEWA GmbH plant kurzfristig, neue PV-Anlagen mit der Energieallianz Bayern umzusetzen und Geschäftsführer Harald Kiesel beschreibt die Ausgangslage wie folgt: „Wir haben in den letzten zehn Jahren gemeinsam mit unseren Kunden, den Hersbrucker Bürgern, in Bezug auf die Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien bereits einiges erreicht. Für das ambitionierte Erreichen der Klimaneutralität bedarf es aber einer deutlichen Steigerung. Mit einem starken, erfahrenen und ebenfalls kommunalen Partner können wir solche Projekte erst sinnvoll angehen.“

„Als Energieallianz Bayern stehen wir für den Umbau der Energieversorgung in kommunaler Hand. Aus dieser Verantwortung heraus wollen wir vor Ort verträgliche und nachhaltige Energieprojekte umsetzen“, erklärt Ulrich Geis, Geschäftsführer der Energieallianz Bayern. „Durch die Kompetenz der lokalen HEWA und mit unserer Erfahrung als Betreiber von Erneuerbaren-Energien-Anlagen hoffen wir, das Potenzial der Freiflächen-Photovoltaik in Bayern weiter entwickeln zu können und so gemeinsam die Energiewende voranzutreiben.“ □



Magic Numbers

Als herausragende und in ganz Deutschland einmalige Teamleistung erwies sich die Großbaustelle der neuen Gas-Hochdruck-Leitung zwischen Bayern und Baden-Württemberg.

- zwei Netzbetreiber in Süddeutschland, Ländergrenzen überbrückend
- 1,5 Jahre Planung, 4 Monate Bauzeit
- Über 500 Menschen – SpezialistInnen aus ganz Europa – aus etwa 20 Firmen haben Hand in Hand zusammengearbeitet um die Energieversorgung der Zukunft heute zu bauen.
- 18.000 Stunden Arbeit auf den Baustellen
- SpezialistInnen, die gebraucht wurden: BohrmeisterInnen, röntgensichere RohrschweißerInnen, BiegemeisterInnen, Spülungsingenieurinnen, UltraschallprüferInnen
- Von Anfang an: Alle Leitungen können Wasserstoff!
- Damit Zukunft für alle gilt, bedenken beide Firmen bei jedem Neubau, jeder Reparatur und Instandsetzung die bevorstehende Einspeisung von Wasserstoff
- 5,8 Kilometer Stahlrohrleitung
- 260 Tonnen schwer mit 600 Schweißnähten.
- 6.100 Kubikmeter Erde wurden zudem bewegt
- Groß-Baustelle – landschaftsschonend
- Meeting in the Middle-Verfahren
- 50 Meter Länge; 40 Meter Tiefe
- 1x Naturschutzrechtliche Genehmigung
- 1x Denkmalschutzrechtliche Genehmigung
- 1x Kampfmitteluntersuchung mittels Luftbildauswertung
- 1x Archäologische Baubegleitung
- Querungen:

1 Bahnlinie Kempten-Neu-Ulm, 7 Gewässer, 5 Straßen

Das Besondere am Schluss

Die baubegleitende archäologische Erkundung auf gut 25.000 m² Fläche brachte ein vorgeschichtliches Urnengrab zum Vorschein. Es wurde sorgfältig als Bodendenkmal erfasst und der Wissenschaft zugänglich gemacht. □



Digitalisierung bringt Vorteile für Versorgungssicherheit und Ausbildung

Schwäbischer Netzbetreiber schwaben netz arbeitet mit VR-Brille

„Die Erfahrung oder präziser die Sicherheit durch Erfahrung, die langjährige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einfach haben, mühelos, quasi spielend an neue Kolleginnen und Kollegen oder an Auszubildende weiterzugeben – das ist das Ziel des digitalen Wissenstransfers“, umschreibt Johannes Eberhardt, Projektleiter schwaben netz die Aufgabe der VR-Brille im Gesamtkonzept Digitalisierung schwaben netz.

Sicherheit steht absolut an erster Stelle in einem Versorgungsunternehmen. Hier dienen klar formulierte, standardisierte Arbeitsprozesse bundesweit für einen DVGW-geprüften Standard. Auf diese Standards baut zusätzlich die Erfahrung auf des regionalen Netzbetreibers schwaben netz. Dieses Wissen gibt die erforderliche Sicherheit, jede neue Situation zu meistern. So stellt sich schwaben netz Zukunft vor – die VR-Brille ist ein wesentlicher Mosaikstein, um Konnektivität und Bildung zu zusammenzubringen.

Dauerhafter Prozess

Digitalisierung bei schwaben netz ist ein immerwährender und andauernder Prozess, genau wie die innerbetriebliche Weiterbildung. „Das Prinzip der VR-Brille auf unsere Azubi-Ausbildung zu übertragen oder bei der Einweisung von neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einzusetzen, lag sofort auf der Hand“, sagen Johannes Eberhardt und Christian Wagenpfeil, die beiden Projektleiter bei schwaben netz. Die VR-Brille erlaubt es, alle Ar-

beitsschritte in Gasstationen in einem virtuellen Raum zu simulieren. „Die jungen Leute sind sofort begeistert. Den Aufbau der Schulungseinheiten kennen sie aus dem Gaming“, erläutert Wagenpfeil, der zudem Ausbildungsleiter bei schwaben netz ist und selbst noch nicht solange der Spielekonsole entwachsen. „Die Vorteile von Serious Gaming sind in der Aus- und Weiterbildung längst eine feste Größe.“

Aus Fehlern lernen

Zudem können neue Mitarbeiter dadurch ihre „Einlernphasen“ verkürzen, Routinen aufbauen und Expertenwissen kann gebündelt angeboten werden. „Und die neuen Mitarbeiter können selbstständig immer sicherer werden, denn das

VR-Brillenprogramm „belohnt es, Fehler zu machen.“ „Hier werden Fehler geradezu eingefordert, um zu schauen, was geht“, erklärt Eberhardt. „Wie bei der Piloten-Ausbildung werden Szenarien angeboten, in denen die Lerninhalte vermittelt werden. Fehler sind sinnvoll, um zu lernen. Und mit der VR-Brille kann ich nichts beschädigen. Im Gegenteil, meine Fehler bringen mich weiter und machen mich am Ende sicherer.“

Gemeinschaftsprojekt der Thüga-Gruppe

schwaben netz gmbh ist als 100 % Tochter der erdgas schwaben Gruppe Teil der Thüga AG. Die Thüga bietet hier ein überregionales Netzwerk der Netzbetreiber an. Johannes Eberhardt und Christian Wagenpfeil sind in dem Fort- und Weiterbildungskreis Digitalisierung der Thüga-Gruppe engagiert. Das Thema Fachkräftemangel fordert von den Unternehmen neue Lösungswege. Hier, in diesem Rahmen, begann die Zusammenarbeit mit Jörg Albrecht von der Thüga Energienetze GmbH (THEN) Ende 2020. Zusammen mit Prof. Marcus Kurth und Prof. Carsten Schleyer von der Modellfabrik Bodensee wurden die heute eingesetzten Szenarien erschaffen.

Szenarien

schwaben netz startet mit zwei Szenarien. Die Szenarien auf der VR-Brille bei schwaben netz spielen die „Funktionsprüfung Hausdruckregler“ sowie die „Schienenumstellung in einer Gas-Druckregel- und Messanlage, kurz GDRMA“ seit Ende 2021 durch.

Die Ausbildung und Einarbeitung wird mit VR-Brillen sinnvoll ergänzt werden, da sich die Entwickler einig. Den Menschen als Lehrenden komplett ersetzen, wird sie nicht. „Hier ist noch viel zu tun, aber die Möglichkeiten des innovativen Ausbildungskonzepts sind sehr überzeugend“, so Eberhardt. Ist das nicht der Traum von uns allen – spielend lernen? Mit einem Mordsspaß?

Cornelia Benesch



V.l.: Johannes Eberhardt und Christian Wagenpfeil in einer Gasstation. Bild: Guido Königer

Regierung von Unterfranken:

Planungshilfe für Freiflächenphotovoltaikanlagen

Die Regierung von Unterfranken – höhere Landesplanungsbehörde – bietet in ihrem Internetauftritt eine Planungshilfe für Freiflächenphotovoltaikanlagen an. Anlass ist die stark gestiegene Nachfrage nach Flächen für große Photovoltaikanlagen in Unterfranken. Für die Städte und Gemeinden, aber auch für Projektträger zeigt auf der Basis von 4 Fachkarten eine Ergebniskarte in einem Ampelsystem auf, welche Flächen nicht geeignet (rot), bedingt geeignet (gelb) und bei welchen Flächen keine Raumwiederstände aus regionaler Sicht erkennbar sind (grün).

Wichtig: Die Gebietskulisse ist nicht rechtsverbindlich, sondern stellt Rauminformationen nach einheitlichen Kriterien systematisch dar. Die Analyse für einen ganzen Regierungsbezirk bedeutet eine regionale Perspektive. Für die Städte und Gemeinden kann das nur eine Annäherung sein. Sie sollten selbstverständlich für ihr Gebiet eigene Bewertungen vornehmen. Die Gebietskulisse soll aber Fehlplanungen und Konflikte in den Gemeinden frühzeitig vermeiden helfen. Sie liefert den Gemeinden belastbare Argumente für die optimale Standortfindung.

Die Entscheidung über ein Freiflächenphotovoltaikprojekt liegt bei der Gemeinde. Nur wenn sie einen entsprechenden Bebauungsplan aufstellt, ist der Weg frei für die Verwirklichung einer Freiflächen-PVA.

Die Planungshilfe, insbesondere die Auswahl der Kriterien z.B. aus den Bereichen Landwirtschaft, Natur- und Landschaftsschutz, aber auch Grundwasser-

schutz und Rohstoffsicherung ist in den Regionalen Planungsverbänden bereits mit allen Gemeinden diskutiert worden. Die Gemeinden und Landkreise haben die Initiative der Regierung von Unterfranken sehr begrüßt, da die Größenordnung der Projekte häufig schon weit über 50 ha (70 Fußballfelder!), in Einzelfällen auch über 100 ha beanspruchen. Da der Ausbau regenerativer Energien zügig vorangehen soll, um die Klimaschutzziele zu erreichen, ist auch in Zukunft mit mehr Projekten zu rechnen.

Ende 2020 gab es in Unterfranken 282 Freiflächen-PVA mit einer installierten Gesamtleistung von 526 MW.

Die Karten und den Erläuterungstext der Planungshilfe für Freiflächenphotovoltaikanlagen sind im Internet unter nachfolgender Adresse abrufbar (Regierung von Unterfranken/Aufgaben/Freiflächen-Photovoltaik-Planungshilfe): Freiflächen-Photovoltaik-Planungshilfe - Regierung von Unterfranken (bayern.de)

BDEW zu Gaskraftwerken in der EU-Taxonomie:

Richtiger Ansatz, aber mehr Flexibilität für Energiewende nötig

Die EU-Kommission hat den Entwurf für einen delegierten Rechtsakt zur EU-Taxonomie vorgelegt. Zu den dort vorgeschlagenen Anforderungen für den übergangsweisen Einsatz von Erdgas in neuen Gaskraftwerken hat sich Kerstin Andreae, Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung, geäußert.

„Um die Transformation der Strom- und Wärmeversorgung hin zur Klimaneutralität zu meistern, braucht es Investitionen in wasserstofffähige Gaskraftwerke und KWK-Anlagen. Denn klar ist: Um die Versorgungssicherheit trotz Kohle- und Atomausstiegs sicherzustellen, benötigen wir neue Kraftwerke, die in einer Übergangsphase noch mit Erdgas und dann mit Wasserstoff die gesicherte, regelbare Leistung in den Strom- und Wärmenetzen als Partner der Erneuerbaren Energien gewährleisten“, betont Andreae.

Übergänge in Richtung Klimaneutralität organisieren

Es gehe darum, Übergänge in Richtung Klimaneutralität zu organisieren. Deshalb verfolge die EU-Kommission grundsätzlich einen richtigen Ansatz, wenn sie Gaskraftwerke zur Strom- und Wärmeerzeugung unter Einhaltung strenger Kriterien als nachhaltig einstuft. Die zahlreichen Kriterien, die die EU-Kommission in ihrem diesbezüglichen Entwurf an neue Gaskraftwerke anlegt, seien jedoch in Summe nicht zielführend im Sinne der Energiewende.

„Es ist zwar richtig, dass die EU-Kommission strenge Kriterien für den Bau neuer Gaskraftwerke anlegt. Im aktuellen Entwurf des delegierten Rechtsaktes sind diese Kriterien aber zum Teil redundant und so ehrgeizig, dass sie in ihrer Gesamtheit kaum zu erfüllen sind. Um das Ziel zu erreichen, mit wasserstofffähigen Gaskraftwerken die Energiewende voranzutreiben und die Versorgungssicherheit jederzeit zu gewährleisten, sollte die Kommission ihre Anforderungen anpassen“, so Andreae weiter.

Komplexe Hürden

„Erfreulich ist, dass die EU-Kommission den BDEW-Ansatz eines Emissionsbudgets bezogen auf den Lebenszyklus des Kraftwerks aufgreift. Danach werden die Emissionsgrenzwerte nicht auf Gramm pro Kilowattstunde, sondern auf Kilogramm pro Kilowatt installierter Leistung

im Schnitt über die zwanzigjährige Laufzeit der Anlagen bezogen. Auf diese Weise lässt sich der Klimaschutz-Effekt des Einsatzes von Wasserstoff zum späteren Zeitpunkt besser abbilden. Allerdings ist der von der Kommission vorgeschlagene Wert von 550 kg/kWh nur mit einem sehr schnellen Anstieg der Wasserstoffanteile zu erreichen. Die im Entwurf vorgeschlagenen Vorgaben für die Wasserstoffverwendungsanteile mit Blick auf die Prognosen zum Hochlauf einer Wasserstoffwirtschaft in den kommenden Jahren sind nicht realistisch. Sie stellen zudem hinsichtlich Infrastruktur und Turbinen umfangreiche und komplexe Hürden dar. Der derzeit vorgesehene Einsatz von 30 Prozent Wasserstoff schon im Jahr 2026 wäre nur bei einem massiven Anstieg der Wasserstoff-Verfügbarkeit erreichbar, für den die Politik dann sehr schnell die richtigen Rahmenbedingungen setzen muss. Der von der EU-Kommission vorgesehene Wasserstoffeinsatz geht auch weit über das hinaus, was im Koalitionsvertrag vorgesehen ist“, fährt die Hauptgeschäftsführerin fort.

Maximale Flexibilität gewährleisten

„Auch das Erfordernis, dass nur solche Gaskraftwerke als nachhaltig gelten, die bestehende Kohle-Kraftwerke ersetzen, wird den Anforderungen der Energiewende nicht gerecht. In den kommenden Jahren werden wir aufgrund des steigenden Strombedarfs im Verkehr und im Wärmemarkt deutlich mehr Strom benötigen als heute. Die Verknüpfung des Neubaus von Gaskraftwerken mit der Abschaltung von Kohlekraftwerken ist deshalb nur dann praktikabel, wenn eine maximale Flexibilität gewährleistet wird. Das bedeutet, dass für den Erhalt der Versorgungssicherheit auch Modernisierungen bestehender Gaskraftwerke für den Wasserstoffbetrieb sowie der Ersatz der im Rahmen des Kohleausstiegs abgeschalteten Kohlekraftwerke erfasst werden müssen. Ebenso

sollten Gaskraftwerke zum Ersatz abgeschalteter Kohlekraftkapazitäten nicht zwangsläufig am selben Ort gebaut werden müssen.“

Kritisch werde auch die Vorgabe gesehen, dass eine unmittelbare Treibhausgasminimierung von 55 Prozent vom neuen Kraftwerk im Vergleich zum zu ersetzenden Kraftwerk erreicht werden muss. „Wenn beispielsweise ein modernes Steinkohlekraftwerk durch ein neues wasserstofffähiges Gaskraftwerk ersetzt wird, ist dieser Wert trotz erheblicher Emissionseinsparungen nicht erreichbar. Dieses Kriterium würde daher den notwendigen Zubau von Gaskraftwerken hemmen. Da es ohnehin redundant zum Kriterium der Grenzwertvorgaben ist, sollte es gestrichen werden“, unterstreicht Andreae.

Energie für heute und morgen

Mein GünstigStrom – 100 % aus Wasserkraft

Echt fair für Ihre Zukunft

erdgas-schwaben.de

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah

VKU, BDE und BDEW:

Positionierungen zum „Fit für 55“-Paket

Mit ihrem „Fit für 55“-Paket will die EU-Kommission die Energie- und Klimapolitik auf die neuen EU-Klimaschutzziele ausrichten. Konkret ist vorgesehen, den Treibhausgasausstoß im Vergleich zu 1990 bis 2030 um 55 Prozent zu verringern und bis zum Jahr 2050 Klimaneutralität zu erreichen. Die Vorschläge sind auch für kommunale Unternehmen von richtungsweisender Relevanz. VKU, BDE und BDEW haben sich nun zu allen relevanten Gesetzesvorschlägen positioniert und Kernbotschaften an die Entscheidungsträger übermittelt.

Der VKU hat den Prozess von Anfang an eng begleitet und sich aktiv in den Konsultationsprozess eingebracht. Unter anderem wurde ein Papier mit folgenden zentralen Forderungen erarbeitet:

- Es muss sichergestellt werden, dass ein realistisches, marktgerechtes und EU-weit integriertes CO₂-Preissystem entsteht.
- Technologieoffenheit und Flexibilität müssen bei der Auswahl der effizientesten Erzeugung- und Versorgungsoptionen sichergestellt werden.
- Kommunale Unternehmen sind sich ihrer Vorbildfunktion bei Energieeffizienz bewusst. Im Wettbewerb mit privaten Dritten dürfen sie nicht schlechter gestellt werden. Auch müssen auf Quartiersebene ganzheitliche Ansätze zur CO₂-Einsparung realisiert und der Fokus auf Einzelgebäude aufgehoben werden.
- Der Ausbau erneuerbarer Energien ist zentral, weshalb Planungs- und Genehmigungsprozesse verschlankt und beschleunigt werden müssen. Zugleich sollte jede anderweitig nachhaltig und treibhausgasneutral erzeugte Energie angeordnet und mit erneuerbaren Energien gleichgestellt werden.
- Das europäische Wettbewerbs- und Beihilferecht muss

eine zeitlich befristete Abwägung zugunsten des Klimaschutzes zulassen, um zügig Investitionen in saubere sowie energieeffiziente Technologien tätigen zu können, die zu einer schnelleren CO₂-Einsparung führen.

• Der Green Deal benötigt einen kohärenten Rechtsrahmen, in dem die energie-, klima- und umweltpolitischen Instrumente miteinander im Einklang stehen.

Der BDE Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft sieht im EU-Klimaschutzpaket „Fit für 55“ eine ambitionierte Agenda, für deren erfolgreiche Umsetzung alle Akteure ihren Beitrag leisten müssen. Dabei werde die Kreislaufwirtschaft eine entscheidende Rolle spielen.

Für Präsident Peter Kurth ist die Annahme der Stellungnahmen des Bundesrates zum EU-Klimaschutzpaket „ein folgerichtiger Schritt im Einsatz für mehr Klimaschutz in Deutschland“. Dieses Votum der Länderkammer ergänze die Vorhaben der neuen Bundesregierung, die Treibhausgasreduzierungen zu beschleunigen und eine Klimaneutralität fünf Jahre früher, also schon 2045, zu erreichen.

In Europa und Deutschland, in Bund und Ländern, stünden die Zeichen auf ambitionierten Klimaschutz. In der praktischen Umsetzung müsse die Kreislauf-

wirtschaft eine tragende Säule sein, um ihre positiven Effekte für den Klimaschutz voll zur Entfaltung zu bringen. Die entsprechenden Absichten im Koalitionsvertrag seien vielversprechend. „Jetzt wird es darauf ankommen, dass Bund und Länder Projekte der Kreislaufwirtschaft mit klugen politischen Rahmenbedingungen nachhaltig unterstützen. Denn es ist klar: Umfassender Klimaschutz ist ohne eine funktionierende Kreislaufwirtschaft nicht denkbar“, so Kurth.

Konkrete Maßnahmen und Instrumente

Auch der BDEW begrüßt, dass die Kommission mit dem „Fit für 55“-Paket nun konkrete Maßnahmen und Instrumente vorgelegt hat. Sowohl die Zielrichtung als auch die Gesamtarchitektur des Pakets seien unterstützenswert und gingen in die richtige Richtung. Dies betreffe unter anderem die ambitionierte Fortschreibung des bestehenden EU-Emissionshandels (EHS), ausgerichtet an den neuen EU-Klimazielen, und den Vorschlag für die Schaffung eines separaten EHS für Inverkehrbringer von Brennstoffen in den Bereichen Gebäude und Straßenverkehr, aber auch die Anhebung des Ambitionsniveaus in der Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED II), um den Ausbau der Erneuerbaren Energien in ganz Europa mit der erforderlichen Geschwindigkeit voranzutreiben. Auch die Umstellung auf einen leistungsbezogenen Ansatz für die Zielvorgaben zum Ausbau der Ladeinfrastruktur, basierend auf der

tatsächlichen Anzahl neu registrierter E-Fahrzeuge, wird positiv bewertet.

In einzelnen Aspekten gibt es nach Auffassung des BDEW freilich noch Verbesserungsbedarf. Von dem grundsätzlich positiven Bild des „Fit für 55“-Paket hebt sich nach Ansicht des BDEW der Vorschlag zur Neufassung der Energieeffizienz-Richtlinie (EED) ab: Die Verschärfung der Definitionen für energieeffiziente Fernwärmesysteme und hocheffiziente Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen (KWK) gefährde den zur Erreichung der Klimaziele im Gebäudesektor erforderlichen Ausbau der Fernwärmeversorgung sowie deren Dekarbonisierung. Aufgrund langer Projektrealisierungszeiträume seien sie innerhalb des von der Kommission vorgesehenen Zeitrahmens nicht zu erreichen.

Zudem dürfe das „energy efficiency first“-Prinzip nicht dazu führen, dass andere energiepolitische Ziele wie Versorgung- und Systemsicherheit, Bezahlbarkeit und die Integration Erneuerbarer Energien in die Energiesysteme in den Hintergrund treten. So gefährde das Vorhaben, die Verringerung der Netzerluste zum treibenden Kriterium für Netzplanung, -ausbau und -betrieb zu machen, die Vertiefung des Energiebinnenmarkts und damit die Erreichung der Klimaziele.

Klimafreundliche Projekte nicht entwerfen

Darüber hinaus dürften bereits von der Energiewirtschaft umgesetzte klimafreundliche Projekte im Sinne der Energiewende durch das „Fit für 55“-Paket nicht entwertet werden. Dies betreffe unter anderem Elektrolyse-Projekte, basierend auf der Nutzung von Erneuerbare-Energien-Bestandsanlagen, Biogasanlagen oder die Ladeinfrastruktur für Elektromobilität. Der Hochlauf neuer und der Umbau bestehender Technologien müssten erleichtert und nicht durch zusätzliche bürokratische Hürden erschwert werden. Hierzu sei eine Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren dringend notwendig. Zudem dürften die Kriterien für erneuerbaren Wasserstoff den Hochlauf einer europäischen Wasserstoffwirtschaft nicht ausbremsen, bevor überhaupt Fahrt aufnehmen kann.

Die Taxonomie-Verordnung und die EU-Beihilfevorschriften müssen laut BDEW Investitionen in die Energiewende ermöglichen und, wenn notwendig, angemessen unterstützen. Dazu zählen auch gasbasierte Energieerzeugungsanlagen und die entsprechende Infrastruktur, in der Übergangszeit auf Basis von Erdgas sowie auf dem Weg zur Klimaneutralität zunehmend unter Einbindung dekarbonisierter und erneuerbarer Gase.

Freiwillige Zusatzbeiträge der Mitgliedstaaten, wie beispielsweise das nationale Emissionshandelssystem Deutschlands für Gebäude und Verkehr, sollte in das „Fit für 55“-Paket integriert werden, ohne dass damit Nachteile für die jeweiligen Mitgliedstaaten entstehen.

In Brüssel haben der Ministerpräsident und das Europäische Parlament mit der Erarbeitung ihrer jeweiligen Standpunkte zu den Kommissionsvorschlägen begonnen. Es ist davon auszugehen, dass dieser Prozess noch einige Monate in Anspruch nehmen wird, bevor die Kompromissverhandlungen beginnen können. Nach derzeitigem Stand ist damit nicht vor Mitte 2022 zu rechnen. Auch die Kompromissverhandlungen können einige Monate, voraussichtlich bis 2023, andauern. **DK**



Zum Start der ersten WLAN-Leuchte trafen sich Bayerns Finanz- und Heimatminister Albert Füracker (Mitte), Bayernwerk-Vorstandsvorsitzender Dr. Egon Westphal (3.v.r.) sowie Vertreter der Stadt Parsberg und Vodafone am Technologiecampus in Parsberg.

Bild: Michael Bartels / Bayernwerk

Mit Licht surfen:

Bayernwerk bietet ab 2022 WLAN aus Straßenleuchten

Beleuchtet und vernetzt: Am neuen Technologiecampus Parsberg-Lupburg der OTH Regensburg können Studenten und Hochschulpersonal mit Hilfe der nahegelegenen Straßenbeleuchtung im Internet surfen. Möglich macht dies ein Set aus Router, Antenne und Batteriespeicher, das am Kopf einer zentral stehenden Straßenleuchte der Bayernwerk Netz GmbH (Bayernwerk) verbaut ist und den Zugang zum freien BayernWLAN ermöglicht.

Zur feierlichen Einweihung mit Bayerns Finanz- und Heimatminister Albert Füracker, Christian Buchberger von Vodafone Deutschland sowie Bayernwerk-Vorstand Dr. Egon Westphal ging die neue Straßenbeleuchtung nun erstmals „online“.

Manchmal liegen die smartesten Lösungen direkt vor der Haustür. So auch bei der neuen Entwicklung des Bayernwerks im oberpfälzischen Parsberg, die Konnektivität und Licht miteinander vereint: Eine LED-Straßenleuchte mit drahtlosem Internetzugang. So können Passanten am Technologiecampus an der Lupburger Straße kostenlos im frei zugänglichen BayernWLAN surfen, das über ein Router-Kit an einer Straßenleuchte bereitgestellt wird. Diese erste umgerüstete Straßenleuchte wurde am Donnerstag im Beisein der lokalen Politik von den drei Projektpartnern des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat, des Mobilfunkanbieters Vodafone Deutschland sowie des Energieunternehmens Bayernwerk eingeweiht.

Viel Licht für mehr Netz

„Die heutige Einweihung hat eine besondere Strahlkraft auf die intelligente Vernetzung in den Städten und Gemeinden Bayerns. Denn mit über 650.000 Straßenleuchten in unserem Netzgebiet können wir ihnen nun die ideale Infrastruktur für den schnellen Internetzugang vor Ort anbieten“, sagte Bayernwerk-Vorstand Dr. Egon Westphal. „Dadurch bringt das Bayernwerk die Entwicklung der „Smart City“ auch in der Kommune voran und setzt einen weiteren Baustein in der Energiezukunft Bayerns“, so der Vorstandsvorsitzende.

Finanz- und Heimatminister Albert Füracker: Der BayernWLAN-Hotspot am Technologie Campus Parsberg-Lupburg ist ein „Leuchtturmprojekt“ im wahren Sinne des Wortes! Der bayernweit erste BayernWLAN-Hotspot in einer Straßenlaterne startet nach erfolgreicher Pilotphase in den Regelbetrieb. Ich danke allen Beteiligten, die gemeinsam mit dem Freistaat dieses besondere Zusammenspiel aus Straßenbeleuchtung und unserem BayernWLAN

entwickelt und gelungen umgesetzt haben. Somit können wir ab Anfang 2022 allen Kommunen „BayernWLAN in Straßenlaternen“ als Standardangebot zur Verfügung stellen! Dank dieser neuen Möglichkeit können wir künftig noch viel mehr Menschen kostenfreies und sicheres Surfen im BayernWLAN bieten.“

Auf dem Weg zur digitalen Kommune

Ab Januar 2022 können sich interessierte Kommunen mit Fragen rund um das neue Angebot oder mit bereits konkreten Installationsanfragen an das Bayernwerk wenden. Durch die regional breit aufgestellte Flächenstruktur und die bereits bestehenden Straßenbeleuchtungsanlagen unterstützt das Bayernwerk dann effektiv bei der Standortauswahl, führt anschließend die technische Montage durch und wird auch im Falle einer Störung die Behebung übernehmen. Jedes WLAN-Kit besteht dabei aus Router, Batteriespeicher und Antennen. Die Netzanbindung erfolgt über LTE und ermöglicht die drahtlose Internetverbindung in einem Radius von circa 50 Metern um die Brennstelle.

„Wir wissen, dass öffentliche Plätze stärker besucht werden, wenn dort ein WLAN-Zugang besteht“, erläutert Daniel Pangerl, Lichtexperte beim Bayernwerk. Die Schnittstellen zwischen digitaler Welt und physischem Raum werden immer fließender und keine der beiden Umgebungen funktioniert isoliert. So sind Hotspots nicht nur Zugangspunkte für das Web sondern auch eine große Chance, den Einzelhandel in den Innenstädten zu beleben oder die Attraktivität touristischer Ziele in den Kommunen zu heben. Das Potential für die Kommunen ist durch das neue Angebot des Bayernwerks jedenfalls enorm.

Das „BayernWLAN“ ist eine Initiative des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat. Der Freistaat unterstützt die Kommunen bei der Einrichtung von BayernWLAN für örtliche und regionale Projekte mit jeweils bis zu 10.000 Euro. Mehr als 30.000 Hotspots sind aktuell in Betrieb und schaffen einen einfachen Internetzugang ohne Datenbegrenzung. **□**

Natürliches Dämmen:

Moosburg legt Förderprogramm auf

Ein Projekt mit Vorbildcharakter stellt das zum 1. Januar 2022 aufgelegte Moosburger Förderprogramm „Natürlich Dämmen“ dar, in dem die energetische Sanierung von Altbauten im Mittelpunkt steht. Nach Angaben der Stadtspitze gibt es nur sechs Städte in Deutschland, darunter ausschließlich größere Städte wie München, Hamburg oder Hannover, die ein derartiges Förderprogramm anbieten. Moosburg an der Isar mit seinen knapp 20.000 Einwohnern bildet hier eine Ausnahme. „Wir wollen, dass die Thematik ins Gespräch kommt und man beim Sanieren nicht nur an typische Dämmstoffe wie Glaswolle, Mineralwolle oder Styropor denkt“, erläutert 3. Bürgermeister Michael Stanglmaier.

Für die oberbayerische Stadt stellen Energieeinsparung und Klimaschutz eine zentrale umweltpolitische Aufgabe dar. Ziel des Förderprogramms „Natürlich Dämmen“ ist es, Gebäudeeigentümer durch einen nicht rückzahlbaren Zuschuss zu motivieren, energetische Sanierungsmaßnahmen mit nachwachsenden Roh-

stoffen umzusetzen. Pflanzlich basierte Dämmstoffe weisen nicht nur einen geringen Energieaufwand in der Herstellung, Entsorgung oder gar Wiederverwertung auf, sondern helfen zusätzlich, CO₂ zu speichern.

Laut dem Moosburger Klimaschutzkonzept haben die privaten Haushalte mit 66 Prozent ei-

nen Anteil von mehr als der Hälfte am Gesamtwärmeverbrauch. Im Durchschnitt kann man bei einem noch recht hohen Anteil an unsanierten Gebäuden von einer Aufteilung von 87 Prozent für Heizung und 13 Prozent für die Wassererwärmung ausgehen.

Betrachtet man sich die Potenziale zur Energieeinsparung, so liegen diese in der Modernisierung des Gebäudebestands, da in Moosburg über 70 Prozent der Gebäude vor Inkrafttreten der ersten Wärmeschutzverordnung 1978 erbaut worden sind. Somit haben sie einen relativ hohen Wärmebedarf, so dass hier durch eine Dämmung hohe energetische Einsparungen erreicht werden können. Insbesondere bei Altbauten kann so der Energieverbrauch spürbar gesenkt werden.

Förderfähig sind Dämmstoffe aus natürlichen Materialien, nachwachsenden Rohstoffen wie Holzfasern, Hanf, Flachs, Kork oder anderen natürlichen Baustoffen, die das Zertifikat „Blauer Engel“ oder „natureplus“ haben. Die Dämmstoffe müssen einen Mindestanteil von 80 Prozent an nachwachsenden Rohstoffen aufweisen.

Gefördert werden Außenwanddämmungen, Dämmungen des Daches, der obersten Geschossdecke und der Kellerdecke. Der Fördersatz beträgt fünf Euro pro Quadratmeter gedämmter Fläche, die maximale Fördersumme liegt bei 1.500 Euro pro Antragsteller und Gebäude. Voraussetzung ist, dass die Adresse des zu sanierenden Gebäudes sich in Moosburg befindet. Der Antrag muss sechs Monate nach Durchführung der Maßnahme gestellt sein. **DK**

Bayerische Wärmewochen

Zum ersten Mal nahm die Energieagentur Ebersberg-München in diesem Jahr an den Bayerischen Wärmewochen teil und blickt positiv auf die Veranstaltung zurück.

„Unter den gegebenen Umständen haben wir das Beste herausholen können“, sagt Ruth Jürgensen. Gemeinsam mit ihren Kollegen aus der Energieagentur und den Landratsämtern hat sie die Aktionen und Veranstaltungen geplant und organisiert.

„Dank zweier Exkursionen, eine zur Geothermie-Anlage in Grünwald und eine zum Nahwärmenetz in Moosach, konnten wir Einblicke in die Wärmeversorgung der Region ermöglichen, die man sonst selten bekommt“, sagt sie. Trotz der Unsicherheiten durch die Corona-Lage und die zwischenzeitliche Verschärfung der Auflagen seien die Füh-

rungen gut angenommen worden: „Unter anderen Umständen hätten wir natürlich gerne sehr große Gruppen durch die Anlagen geführt, aber unter den gegebenen Voraussetzungen waren die kleineren Gruppengrößen jeweils ideal“, betont Jürgensen.

Auch die Blitzberatungen wurden gut angenommen. Zwar musste man wegen der sich zuspitzenden Corona-Lage mitten in den zwei Aktionswochen auf eine Online-Beratung umsteigen, konnte aber neben den Standorten Unterföhring und Unterhaching vor allem im Ebersberger Büro einige Kunden begrüßen. **□**



Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger (Mitte) überreichte die Förderbescheide v.l.: an Lorenz Maier (Maier&Korduletsch, Vilshofen), Gerhard Leger (Leger GmbH, Memmingen), Dr. Tobias Brunner (Hy2B, Hofolding), Dieter Gerlach (Aschaffenburg), Dr. Matthias Keller (pepper motion) und Aschaffenburgs Oberbürgermeister Jürgen Herzing. Bild: StMWI/Elke Neureuther

Vier neue Wasserstofftankstellen in Bayern:

Signal für die Dekarbonisierung des Schwerlastverkehrs

Der Startschuss für den Aufbau einer Wasserstofftankstelleninfrastruktur für Nutzfahrzeuge und Kraftomnibusse ist gefallen: Bayerische Unternehmen, Konsortien und ein Stadtwerkebetrieb errichten mithilfe des bayerischen Förderprogramms im kommenden Jahr vier Wasserstofftankstellen im Freistaat, nämlich in Aschaffenburg, Memmingen, Hofolding und Vilshofen. Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger übergab die Förderurkunden an die Projektleiter.

„Die Dekarbonisierung des Schwerlast- und Nutzfahrzeugverkehrs kann mit Wasserstoffbrennstoffzellen wesentlich vorangetrieben werden. Jedoch stehen wir hier vor einem klassischen Henne-Ei-Problem: Bisher sind die Startbedingungen schwierig, weil Fahrzeughersteller auf Wasserstofftankstellen warten, potenzielle Tankstellenbetreiber aber sofort nach Inbetriebnahme Abnehmer brauchen. Jetzt geht es voran: Ich danke den Unternehmen und den Stadtwerken Aschaffenburg für ihren großen Einsatz, den Hochlauf der Wasserstoffmobilität zu beschleunigen“, erklärte der Staatsminister.

Das Förderprogramm Wasserstofftankstelleninfrastruktur ist am 1. Oktober 2020 gestartet. Vier der eingereichten Projektanträge stufte das Wirtschaftsministerium jetzt als förderwürdig ein:

In Planung: Wasserstofftankstellen in Augsburg und Kempten

Die G. Leger GmbH betreibt bereits eine konventionelle Tankstelle in Memmingen und plant, eine Wasserstofftankstelle in unmittelbarer Nähe zum Autobahnkreuz A7/A96 und zu einem Industriegebiet mit mehreren Speditionen zu errichten. „Unser Wasserstoff wird zu hundert Prozent grün sein, also mit erneuerbarer Energie hergestellt. Wir planen außerdem zwei weitere Wasserstofftankstellen in Augsburg und Kempten, und werden so dazu beitragen, CO₂ im Schwerlastverkehr zu reduzieren“, betonte Firmeninhaber Thomas Leger. Das Vorhaben wird mit rund 1,6 Millionen Euro gefördert.

Angebot und Nachfrage

Das Next Mobility Accelerator Konsortium der niederbayerischen Firmen Paul Nutzfahrzeuge, des Energiehändlers Maier&Korduletsch und der Shell Deutschland GmbH hat die Lösung für das Henne-Ei-Problem. „Wir wollen den Markthochlauf von Wasserstoff im Schwerlastverkehr anschieben. Unser Nachbarunterneh-

men Paul wird nächstes Jahr die ersten Nutzfahrzeuge mit Wasserstoffbrennstoffzelle bauen, die dann über unsere Tankstelle versorgt werden. Mit unserem Konsortium schaffen wir also gleichzeitig Angebot und Nachfrage für Wasserstoff als Antriebsenergie. Unser Ziel ist es, täglich über 50 Kunden an die Tankstelle zu bekommen“, stellte Lorenz Maier fest. Der Energiehändler Maier-Korduletsch in Vilshofen in der Nähe von Passau betreibt in der vierten Generation Tankstellen und Energiehandel. Der Aufbau der Tankstelle wird mit zwei Millionen Euro gefördert. Eine möglichst große und schnelle Marktakzeptanz wird dadurch sichergestellt, dass die H₂-Lkw den Kunden über ein „Pay-per-Use Modell“ angeboten werden.

Partnerschaft mit maximaler Wertschöpfung

Die technologische Grundlage für die künftigen Wasserstoff-Nutzfahrzeuge liefert die pepper motion GmbH in Denkendorf (Landkreis Eichstätt), führender Entwickler und Hersteller für elektrische Antriebssysteme zur Umrüstung von Bussen und Lkw. Das bayerische Unternehmen wird mit rund 4,1 Millionen Euro im Rahmen eines Energieforschungsprojekts gefördert, das die serienreife Entwicklung eines Wasserstoff-Brennstoffzellen-Antriebssystems auf Basis der aktuellsten Technologie für maximale Energieeffizienz und Langlebigkeit zum Ziel hat.

Die Partnerschaft der pepper motion mit Paul Nutzfahrzeuge beschleunigt die Entwicklung und Herstellung der Fahrzeuge mit neuester Antriebstechnologie auf Serienniveau und schafft im Rahmen der Wasserstoff-Technologieförderung des Freistaats eine maximale Wertschöpfung für Bayern.

Vorreiterrolle

Unter den Kommunen nimmt Aschaffenburg eine Vorreiterrolle beim Ausbau der Wasserstofftankstelleninfrastruktur ein. „Wenn man die Energieerzeugung voranbringen will, brauchen wir Wasserstoff. Die För-

derung der Tankstelle ist die Lösung für unsere vielen regionalen Unternehmen, die für ihre Nutzfahrzeuge Brennstoffzellenantrieb nutzen wollen. Die Tankstelle wird eine Signalwirkung in die Region haben. Außerdem wollen wir als Stadt unsere kommunale Mobilität, sei es im ÖPNV oder bei Müllfahrzeugen, so weit wie möglich auf Wasserstoff umstellen“, erklärt Stadtwerkeleiter Dieter Gerlach. Die Planungen sind bereits weit vorangeschritten. Ende 2022 soll die öffentliche Tankstelle, die mit rund 1,6 Millionen Euro gefördert wird, in Betrieb gehen.

Enge Zusammenarbeit mit BayWa AG

Als Betreibergesellschaft der grünen Wasserstoffmodellregion HyBayern wird die Hy2B Wasserstoff GmbH eine Wasserstofftankstelle auf dem Betriebsgrund des Verkehrsunternehmens Geldhauser in Hofolding bei München errichten. „Mit der Wasserstofftankstelle in Hofolding und der Bereitstellung von grünem Wasserstoff aus der Elektrolyse in Pfeffenhausen erbringt die Hy2B Wasserstoff einen wertvollen Beitrag zur Energie- und Verkehrswende“, sagte Geschäftsführer Dr. Tobias Brunner. Als Kunden sieht er in erster Linie den Öffentlichen Personennahverkehr, aber auch Nutzfahrzeugflotten. Die Tankstelle, die mit rund 1,8 Millionen Euro gefördert wird, soll bis 2023 fertiggestellt sein. Beim Betrieb soll eng mit der BayWa AG zusammengearbeitet werden.

Passgenaue Lösung

Mit der bereits im September übergebenen Förderurkunde für eine Wasserstofftankstelle in Wunsiedel gibt es jetzt fünf Projekte. „Bayern geht voran: Wir werden in naher Zukunft weitere Wasserstofftankstellen fördern“, bemerkte Staatsminister Aiwanger. Der Schwerlastverkehr wird in den nächsten zehn Jahren signifikant steigen. „Wasserstoff ist gerade für den Schwer- und Fernverkehr eine passgenaue Lösung, denn so werden große Reichweiten, schnelles Tanken und Emissionsfreiheit erreicht. Wir brauchen jetzt zusätzlich zu den Tankstellen die Produktion von H₂-Lkw. Damit können wir in Zukunft auch aktuelle Probleme wie die Blockabfertigung nach Tirol lösen“, unterstrich Aiwanger. □

Erneuerbare Energien als Teil der Notstromversorgung

Erster Feldversuch des Forschungsprojekts LINDA 2.0 im ODK-Wasserkraftwerk Leipheim

Im Frühjahr 2021 startete das Forschungsprojekt LINDA 2.0. Es baut auf den Ergebnissen und Konzepten des mit dem Bayerischen Energiepreis ausgezeichneten Vorgängerprojektes LINDA auf. Das Gesamtprojekt verfolgt das Ziel, Stromerzeugungsanlagen aus erneuerbaren Energien für die Notstromversorgung nutzbar zu machen. Nun fand im Wasserkraftwerk Leipheim der Obere Donau Kraftwerke AG (ODK) ein erster Feldversuch statt.

In einem simulierten Blackout-Szenario übernahm das Wasserkraftwerk die Stromversorgung des etwa 15 Kilometer entfernten Wasserwerks in Niederstotzingen. Die ODK hat mit dem Betreiber des Wasserwerks, dem Zweckverband Landeswasserversorgung, einem großen Fernwasserversorger in Baden-Württemberg, bereits vor längerem einen Vertrag zur umweltfreundlichen Notstromversorgung im Blackout-Fall abgeschlossen. Im Rahmen des LINDA 2.0-Projekts geschah nun die Umschaltung auf den Inselnetzbetrieb weitgehend automatisch, auch durch den Einsatz einer eigens entwickelten Software.

Das Wasserwerk Niederstotzingen dient der Trinkwasserversorgung und gehört damit zur kritischen Infrastruktur. Das Forschungsprojekt LINDA 2.0 läuft bis Anfang 2024. Es sind noch zwei weitere Feldversuche im Kraftwerk Leipheim geplant. Projektpartner sind neben LEW Wasserkraft und LEW Verteilnetz die Hochschule Augsburg, die TU München, die ODK, der Zweckverband Landeswasserversorgung Baden-Württemberg sowie Kima, ein Hersteller von Steuerungs- und Automatisierungslösungen.

Von LINDA zu LINDA 2.0

Was passiert, wenn der Strom ausfällt? Bis dato kommen bei Einrichtungen der kritischen Infrastruktur in der Regel Notstromaggregate zum Einsatz, die diese dann für einen begrenzten Zeitraum versorgen. Erneuerbare Energien kommen bei der Notstromversorgung bisher nicht zum Einsatz – die Anlagen gehen sofort vom Netz, sobald die Frequenz im Stromnetz einen zulässigen Bereich unter oder überschreitet. Das soll im Rahmen des Forschungsprojekts LINDA (Lokale Inselnetzversorgung und beschleunigter Netzwiederaufbau mit dezentralen Erzeugungsanlagen) geändert werden.

Im ersten LINDA-Projekt wurde zwischen 2015 bis 2018 ein Konzept entwickelt, wie Strom aus erneuerbaren Energien Teil der Notstromversorgung werden kann. In mehreren Feldversuchen wurde das Konzept er-

folgreich getestet: Wasserkraft, Photovoltaik und Biogasanlagen übernahmen für mehrere Stunden die Stromversorgung in Inselnetzen.

Die ersten LINDA-Feldversuche wurden mit hohem personellen Aufwand umgesetzt. Bei einem großflächigen Netzausfall steht jedoch so ein großes Team nicht kurzfristig zur Verfügung. Mit LINDA 2.0 sollen daher nun Prozesse so angelegt werden, auch durch Softwarelösungen, dass der Wechsel in den Inselnetzbetrieb weitgehend automatisiert ablaufen kann. Das Wasserkraftwerk Leipheim soll

Projektziele bis Anfang 2024

Ein erstes Teilziel von LINDA 2.0 wurde erreicht: Strom aus Wasserkraft konnte den für die Trinkwasserversorgung wichtigen Betrieb des Wasserwerks aufrechterhalten. Im weiteren Projektverlauf soll die Zahl, der über das Wasserkraftwerk im Inselnetz versorgten Verbraucher, weiter erhöht werden. Hierfür entwickeln die Projektpartner ein Prognosetool, das die Systemstabilität und die Leistungsreserven der Turbinen im Wasserkraftwerk Leipheim analysiert, um die Zuschaltmöglichkeiten für weitere Lasten besser bewerten zu können. Es soll bei zwei weiteren Feldversuchen 2022 und 2023 erprobt werden.

Das Bundeswirtschaftsministerium fördert das Forschungsvorhaben im Rahmen des Programms



Das Wasserkraftwerk Leipheim der Obere Donau Kraftwerke AG soll im Fall eines Blackouts ein Wasserwerk mit Notstrom versorgen. Bild: Bernd Feil / LEW

künftig bei einem Stromausfall also zeitnah und ohne zusätzliches Personal das Wasserkraftwerk Niederstotzingen versorgen können.

Feldversuch mit neu entwickelter Software

Beim ersten Feldversuch von LINDA 2.0 kam nun eine eigens entwickelte Software des Projektpartners KIMA Automatisierung zum Einsatz. Sie leitet die diensthabenden Mitarbeiter im Wasserkraftwerk und Wasserwerk so an, dass die Erzeugungsleistung auf den Verbrauch abgestimmt ist und das Inselnetz stabil läuft. Die Umschaltung in diesen Notstrombetrieb erfolgt automatisch, sobald ein Stromausfall festgestellt wird. □

FAHNEN KÖSSINGER

Alles für Städte und Gemeinden
Für den perfekten Auftritt Ihrer Kommune

www.fahnen-koessinger.de/shop • Telefon: 09451 9313-0
facebook.de/fahnenkoessinger @instagram.de/fahnenkoessinger

vbw-Kongress „Rohstoffversorgung langfristig sichern“:

VBS unterstreicht Bedeutung der Kreislaufwirtschaft

Im Rahmen des vbw-Kongresses „Rohstoffversorgung langfristig sichern“ hat der Verband der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e.V. (VBS) auf die Bedeutung der Kreislaufwirtschaft zur Rohstoffversorgung der Industrie sowie zum Klimaschutz hingewiesen. Eindeutig positiv werden die Pläne der neuen Bundesregierung zur Kreislaufwirtschaft bewertet.

Als Produktionsstandort vieler Industrien ist Bayern von Rohstoffimporten abhängig. Das Recycling kann wesentlich zur Rohstoffsicherung und durch den Einsatz der recycelten Rohstoffe in der Produktion zur Einsparung immenser Mengen Energie und CO2 beitragen. Um die ehrgeizigen Ziele im Bereich Klimaschutz erreichen zu können, bedarf es jedoch geänderter Rahmenbedingungen, um das Recycling weiter voranzubringen.

Rezyklatmärkte stärken

Bereits seit vielen Jahren hervorragend funktioniert nach Angaben des neuen VBS-Präsidenten Stefan Böhme das Schließen von Kreisläufen bei einzelnen Stoffströmen, wie zum Beispiel Altpapier oder Glas. Damit die Kreislaufwirtschaft auch für andere Stoffströme, allen voran bei Kunststoffen, weiter ausgebaut werden kann, müsse die Politik die Rezyklatmärkte effek-

tiv stärken – „am besten wie von der EU-Kommission und der neuen Ampelkoalition geplant, über Mindesteinsatzquoten von Rezyklaten“. Die EU hat bereits einen Mindestanteil von 25 % recyceltem Kunststoff in PET-Flaschen ab 2025 und von 30 % in allen Kunststoffflaschen ab 2030 beschlossen. Im Rahmen des Green Deal sind weitere Mindesteinsatzquoten, unter anderem für Verpackungen, Fahrzeuge, Baustoffe und Batterien, geplant.

Begrüßenswert ist aus Böhmes Sicht das klare Bekenntnis der neuen Bundesregierung zum Ausbau der Kreislaufwirtschaft: „Vieles von dem, was unser Bundesverband BDE und wir seit längerem fordern, findet sich im Ko-

alitionsvertrag: Ich denke hier vor allem an die ausdrückliche Forderung von recyclingfreundlichem Verpackungsdesign als Grundvoraussetzung, um Kreisläufe zu schließen, Mindestquoten für den Rezyklateinsatz, ein Recycling-Label, die Entwicklung von Qualitätsstandards für Rezyklate und das Eintreten für ein EU-weites Deponieverbot für Siedlungsabfälle. Auch der geplante digitale Produktpass ist absolut sinnvoll, um Recycling zu fördern.“

Unsichere Versorgung mit wichtigen Rohstoffen

Wie eine von der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. veröffentlichte Studie zeigt, ist die Versorgungssicherheit von mehr als 20 für die bayerische Wirtschaft wichtigen Rohstoffen als besonders kritisch einzuschätzen. Laut Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt „tragen die Konzentration auf wenige Abbaubetriebe und Abbauländer, industriepolitische Zielsetzungen einzelner Staaten oder instabile politische Verhältnisse zu einer unsicheren Rohstoffversorgung für unsere Wirtschaft bei“. Hinzu kämen die aktuellen Material- und Rohstoffengpässe, die zu massiven Preisanstiegen führen. „Dadurch stockt auch die Produktion unserer Unternehmen: Die Nachfrage kann nicht bedient werden, obwohl die Auftragsbücher voll sind“, so Brossardt.

Rückgrat der Wirtschaft

Aus Sicht der vbw gelte es, den verlässlichen und bezahlbaren Bezug von Rohstoffen außenpolitisch und in der unternehmerischen Planung dringend zu priorisieren: „Rohstoffe sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Das zeigt sich vor allem in Zeiten, in denen die Lieferketten stocken. Jetzt müssen wir verlässliche Versorgungsstrategien entwickeln und umsetzen. Denn viele wichtige Rohstoffe werden künftig noch relevanter. Schon jetzt bestehen Engpässe besonders bei stark nachgefragten Rohstoffen für Technologieprodukte. Ein Beispiel: Seltene Erden, die essenziell für die meisten Zukunftstechnologien sind“, betont Brossardt.

Fallbeispiele

Zukunftsfelder, in denen die Rohstoff-Nachfrage deutlich zunimmt, kennzeichnet die Studie in exemplarischen Fallbeispielen: So ist eine wachsende Batterieproduktion für Elektroautos notwendig; ähnliches gilt für Elektrolitium, die künftig Wasserstoff erzeugen sollen. „Deutschland startet in eine Dekade der Transformation. Dekarbonisierung und Digitalisierung sind dabei große wirtschaftliche Herausforderungen. Die dafür nötigen Technologien werden den Wettbewerb um viele Rohstoffe nochmals verschärfen. Das müssen wir berücksichtigen“, ergänzt Brossardt.

Angesichts der Studienergebnisse fordert die vbw vom Bund mehr Ambition für eine zukunfts-fähige, wettbewerbsfähige und nachhaltige Rohstoffversorgung. Dazu brauche es den Erhalt und die weitere Öffnung internationaler Märkte sowie gleichwertige Wettbewerbsbedingungen. Unternehmen müssten bei internationalen Rohstoffprojekten unterstützt werden. Brossardt zufolge ist es besonders wichtig, die Rohstoffeffizienz und -substitution durch Forschung voranzutreiben. Daneben müssten dringend mehr Sekundärrohstoffe durch zukunfts-feste Recyclingkonzepte gewonnen werden. Eine ganzheitliche Strategie der Bundesregierung für die Kreislaufwirtschaft könne hier für viel Potenzial sorgen. **DK**

bvse-Altstofftag in Köln:

Rezyklate sichern die Zukunft

„Rezyklate für die Kreislaufwirtschaft“ lautete das Motto des diesjährigen Altstofftags des bvse-Fachverbandes Kunststoffrecycling in Köln. Vor mehr als 200 Teilnehmern thematisierten Branchenexperten, Vertreter von NGOs, Analysten und Wissenschaftler unter anderem die rechtlichen und praktischen Herausforderungen sowie den Stand der Umsetzung zur Neuordnung der „Internationalen Verbringer“ mit entsprechenden Auswirkungen auf die Kunststoffmärkte.

Die Beiträge im zweiten Themenkomplex „Kunststoffrecycling ist Teil der Lösung“ luden die Teilnehmer dazu ein, weit über den Tellerrand von Kunststoffbashing hinaus auf den wertvollen Beitrag zu blicken, den die Branche auf Grundlage der Novellierungen des Verpackungsgesetzes leistet, um die ambitionierten Kreislaufwirtschafts- und Klimaziele zu erreichen. In einer moderierten Podiumsdiskussion gingen die eingeladenen Experten zudem auf mögliche Kursrichtungen ein, die sich für das Kunststoffrecycling in Deutschland nach der Wahl ergeben könnten.

Ganz im Zeichen eines Workshops, der sich mit Kunststoff von der Produktgestaltung über Mülltrennung und Recyclingverfahren bis hin zur Vermarktung von Regranulat befasste, stand der zweite Veranstaltungstag. Begleitet wurde der 23. Internationale Altstofftag von einer Produktausstellung mit Forum.

Wie bvse-Fachverbandsvorsitzender Dr. Dirk Textor betonte, hätten sich die Kunststoffmärkte selten so volatil präsentiert. Kam das Kunststoffrecycling zu Anfang der Corona-Krise extrem unter Druck, unter anderem auch deswegen, weil die Rohölpreise einbrachen und dies die Preise für Kunststoffneuelemente ebenfalls nach unten zog, änderte sich das Bild ab Oktober 2020.

Nachfrage wie selten zuvor

Textor zufolge mehrten sich die „Force-Majeure-Meldungen zur Verfügbarkeit von Kunststoffneuelementen“. Secontainer wurden knapp, die Transportkapazitäten zu Wasser und zu Lande verteuerten sich. Schließlich verschlimmerten die Havarie im Suezkanal im März 2021 und Ausfälle in chinesischen Ausfuhrläufen die Situation noch weiter – Kunststoffneuelemente fehlte. Auf einmal waren Rezyklate nachgefragt wie selten zuvor. An der guten Nachfrage hat sich laut Textor bis heute nichts geändert: „Die Kunststoffrecycler sind momentan vollständig ausverkauft.“

Damit sei aber auch deutlich geworden, dass die Unterstellung mancher Kunststoffverarbeiter, „dass wir nicht die nötigen Qualitäten produzieren“, in der Vergangenheit falsch war. Dies seien vorgeschobene Argumente gewesen. Textor zeigte sich davon überzeugt, dass die Kunststoffrecyclingbranche in der Lage ist, deutlich mehr Rezyklate zu produzieren. Zudem sei die kunststoffverarbeitende Industrie in der Lage, deutlich mehr Rezyklate zu verarbeiten. Sein Appell: „Rezyklate können und müssen jetzt und in Zukunft die Neuelemente ökologisch und ökonomisch vorteilhaft ergänzen.“

Recyclinggerechte Verpackungsgestaltung und intelligente Regelwerke, die Investitionsanreize setzen, sind die wichtigsten Voraussetzungen für die weitere Steigerung von Verwertungsquoten und einen hochwertigen Rezyklateinsatz. Dies machte Gun- da Rachut, Vorstand der Zentralen Stelle Verpackungsregister (ZSVR) deutlich. Die Bilanzierung der Verwertungsquote von Verpackungen aus dem Jahr 2020 le- se sich zunächst erfreulich, so Rachut: „In Summe wurden rund 5,8 Millionen Tonnen gebrauchte Verpackungen aus dem privaten Endverbrauch einer Verwertung zugeführt. Das ist eine Steigerung

von 8,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die werkstoffliche Verwertung lag mit 60,6 Prozent ebenfalls mit rund 2 Prozentpunkten über dem erreichten Vorjahresergebnis. Und auch die Werkstoffquote der Kunststoffe aus der Sammlung der gelben Säcke/Tonnen inklusive Fehlwürfe übertraf mit 60,5 Prozent die geforderte Zielvorgabe von 58 Prozent.“

Allerdings sei die Verwertungsquote bei den Kunststoffverpackungen mit über 100 Prozent ein klares Indiz für eine nach wie vor existierende Unterbeteiligung. Dies dürfe durch eine ergänzende Belastung von Kunststoffverpackungen nicht verstärkt werden.

Ein zunehmendes Problem für den funktionierenden Kreislauf im Verpackungsbereich stellt der neuerdings wachsende Anteil faserbasierter Verpackungen dar. Diese sind laut Rachut sowohl beim Papier- als auch beim Kunststoffrecycling ein Problem. „Die faserbasierten Verpackungen werden vom Hersteller oft als „Öko“ deklariert, sind sie aber nicht. Kunststoffbeschichtete Verpackungen sind bestenfalls begrenzt recyclingfähig, oft landen sie gar nicht in der Wertstoffsammlung.“

Für den Endverbraucher ist nicht erkennbar, in welches Gefäß er eine solche Packung entsorgen soll. Im Sortierprozess werden diese Mischverpackungen von den optischen Sortiersystemen nicht zwingend dem Material zugeordnet, das ein hohes Maß an Verwertung garantiert. In der Folge geht dem Kreislauf viel Material verloren. Darüber hinaus ist eine recyclinggerechte Gestaltung maßgeblich dafür, wie hochwertig Rezyklate aus dem Recyclingprozess für den späteren Einsatz wieder genutzt werden können. Je nach Farbintensität und aufgebrachtem Etikettenmaterial kann der Einsatz von Rezyklaten in neuen Produkten im günstigsten Fall über 90 Prozent betragen. Die hieraus entstehenden Recyclingprodukte sind bei entsprechendem Design wiederum zu 100 Prozent recyclingfähig.

Eine umfassendere Verbraucherinformation tue not, so Rachut, aber noch wichtiger sei das Umdenken der Hersteller, „denn ohne ein recyclinggerechtes Design gibt es auch kein ökologisches Verpackungsrecycling“. In dieser Situation stelle sich die Frage, wie eine ökonomische Lenkungswirkung hin zu einer künftig recyclinggerechten Gestaltung von Verpackungen sowie einer Steigerung des Rezyklateinsatzes ausgestaltet werden sollte. Dazu seien vier Lösungen bereits in der Diskussion. Neben einem Einzahlungsmodell für weniger gut recyclingfähige Verpackungen und einem Auszahlungsmodell für gut designte Lösungen könne auch eine privatrechtliche oder öffentlich-rechtliche Fondslösung oder Zertifikatslösung über den Rezyklateinsatz zum Tragen kommen. Alle Förderungsmaßnahmen seien jedoch hinsichtlich ihrer Praktikabilität und Durchführbarkeit zu evaluieren.

Mit Spannung erwartet werde der für das 2. Quartal 2022 von der EU-Kommission in Aussicht gestellte Arbeitsentwurf für eine überarbeitete Verpackungsregulierung. Dieser werde wahrscheinlich das französische Modell zum Vorbild haben, das in Deutschland nicht ganz einfach umzusetzen sei und voraussichtlich Adaptierungen am hiesigen Modell notwendig machen wird, erklärte Rachut abschließend. **DK**

Auszeichnung „KUMAS-Leitprojekt 2021“

Seit 1998 zeichnet der Förderverein KUMAS – Kompetenzzentrum für Umwelt e.V. vorbildliche Umweltprojekte aus. In diesem Jahr fiel die Wahl der Jury auf „Bündnis Klimaneutrales Allgäu 2030“, „Einsparung von Energie, Wasser und weiteren Ressourcen durch die Anpassung von Kernprozessen bei der BSH Hausgeräte GmbH“, „Entwicklung und Validierung eines wasserbasierten Schmierstoffs für Getriebeanwendungen“ sowie an die studentische Initiative Enactus Augsburg e. V. Das „KUMAS Leitprojekt 2021“ dient dem Erhalt und der Entwicklung des regionalen Umwelt-Know-hows.

Mit dem Bündnis klimaneutrales Allgäu 2030 (eza! Energie- und Umweltzentrum Allgäu) wird die Region zum Vorreiter beim Thema Klimaschutz. Die teilnehmenden Unternehmen, Kommunen und Institutionen verpflichten sich, freiwillig bis spätestens zum Jahr 2030 klimaneutral zu werden. Bislang sind 88 Partner dem Bündnis beigetreten. Der Schwerpunkt liegt zunächst auf der Reduktion der eigenen CO2-Emissionen durch mehr Energieeffizienz und den stärkeren Einsatz von erneuerbaren Energien vor Ort. Unvermeidbare Restemissionen werden durch die Förderung hochwertiger Projekte zur CO2-Einsparung in der Region, aber auch im Ausland kompensiert.

BSH Hausgeräte Dillingen

Bei der Produktion von Geschirrspülern am Standort Dillingen war für die BSH Hausgeräte GmbH in der Vergangenheit ein hoher Energie- und Frischwassereinsatz für die Herstellung von Bauteilen notwendig. Verantwortlich dafür waren die notwendigen Wasch- und Passivieranlagen. Durch die Optimierung von Kernprozessen, wie dem Schweißverfahren sowie

die Umstellung auf einen biologisch-abbaubaren Schmierstoff konnte der Passivier- und Waschprozess komplett entfallen. Dies führte zu einer erheblichen Reduktion des Strom- und Gasverbrauchs, der zudem mit einer signifikanten CO2-Einsparung einhergeht. Zusätzlich wurde dadurch der Frischwasserbedarf am Standort deutlich verringert und durch die Prozessoptimierungen eine deutliche Reduzierung von Schadstoffeinträgen in das Abwasser erreicht.

Schmierstoff für Getriebeanwendungen

Konventionelle Getriebschmierstoffe bestehen meist aus fossil basierten Ölen, sind nicht umweltverträglich und in brandkritischen Bereichen häufig bedenklich. Aus nachwachsenden Rohstoffen lassen sich jedoch Polymere in Pulverform gewinnen, die unter Zugabe von Wasser und Additiven als Schmierstoff verwendet werden können. Auf diese Weise wurde bereits ein marktgängiger Kühlschmierstoff für die Metallbearbeitung entwickelt. Mittels dieses Prinzips wird nicht nur CO2 gespart, sondern eine neuartige, umweltverträgliche und

nachhaltige Schmierstofftechnologie für Getriebeanwendungen entwickelt. Die Untersuchungen der Forschungsstelle für Zahnräder und Getriebesysteme (TU München) belegen die grundsätzliche Eignung von solch polymeren, wasserbasierten Getriebeölen und haben wichtige Erkenntnisse zu deren Einsatzgrenzen und Charakteristika erbracht.

Enactus Augsburg e.V.

Mit einem Sonderpreis wird die studentische Initiative Enactus Augsburg e.V. ausgezeichnet. „Enactus“ steht für „Entrepreneurial action for others creates a better world for us all“. Studenten wollen gesellschaftliche Probleme durch unternehmerisches Handeln lösen und sich dabei an den Sustainable Development Goals (SDGs) orientieren.

Drei Startup-Projekte hat der Verein bereits realisiert: „Natureschwärmer“ sind nachhaltige, wiederverwendbare Abschminkpads, die in Augsburg von den MutMacherMenschen, einer sozialen Produktivgenossenschaft gefertigt werden, „ZamBam-Guards“ sind in Sam- bia aus Bambus produzierte Fußballschienbeinschoner und „Light up your future“ entwickelte die Open-Source-Technologie des „Liter of Light“ zu einer Solarlampe weiter. Menschen in Äthiopien soll so die Möglichkeit gegeben werden, ohne Anbindung an die zentrale Stromversorgung Zugang zu Licht zu erhalten. **DK**

HEUTE BAUSCHUTT MORGEN BAUSTOFF

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN

Aktiver Klima- & Umweltschutz

Alte Baustoffe werden zu neuen Rohstoffen, z.B. für den kommunalen Straßen- und Tiefbau. Mehr Infos unter: baustoffrecycling-bayern.de

Baustoff Recycling Bayern e.V. Telefon: 089 / 20 80 39 - 414 Leopoldstraße 244 · 80807 München

VDV zum Koalitionsvertrag:

Die Richtung stimmt

„Die Richtung stimmt, jetzt kommt es auf die Geschwindigkeit an.“ Eine positive Bewertung des Koalitionsvertrags hat der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen vorgenommen. Laut VDV-Präsident Ingo Wortmann war das zentrale Thema der Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren noch nie so stark im Fokus wie im aktuellen Koalitionsvertrag. „Mit dem formulierten Ziel, die Verfahrensdauern zu halbieren und bereits im ersten Jahr der Legislatur die notwendigen Voraussetzungen für Vereinfachungen umzusetzen, gibt die neue Bundesregierung klare Vorgaben. Das ist absolut positiv, verpflichtet aber auch alle Akteure jetzt keine weitere Zeit zu verlieren.“

Vor allem im Kapitel Mobilität finden sich nach Auffassung des VDV zahlreiche wichtige Formulierungen für den ÖPNV, den Eisenbahnpersonen- und den Schienengüterverkehr. Wie Prof. Knut Ringat, VDV-Vizepräsident für die Verbände und Aufgabenträger, betont, „sind die angekündigte Erhöhung der Regionalisierungsmittel und die Zusage des Ausgleichs der pandemiebedingten Einnahmeausfälle im Nahverkehr auch für 2022 über die Maßen erfreulich und geben der Branche die nötige finanzielle Sicherheit, um weiter mit Hochdruck daran zu arbeiten, möglichst viele Fahrgäste nicht nur zurückzugewinnen, sondern auch neue Kundinnen und Kunden von unseren Produkten zu überzeugen. Wir haben nur noch etwas mehr als acht Jahre Zeit, um die Klimaschutzziele im Verkehrssektor zu erreichen. Dafür brauchen wir einen starken und zukunftsfähigen ÖPNV und Eisenbahnverkehr.“ Im neuen Koalitionsvertrag finden sich dazu zahlreiche positive Grundlagen, insbesondere auch bei den wichtigen Themen wie Digitalisierung, On-Demand und autonomes Fahren.

Erstmals bekennen sich Koalitionäre auf Bundesebene in ihrem

Koalitionsvertrag eindeutig dazu, mehr in die Schiene als in die Straße investieren zu wollen. Diese Aussage sei für die Branche ein wichtiges Signal, erläutert Veit Salzmann, VDV-Vizepräsident für die Eisenbahnen mit Personenverkehr: „Für den Eisenbahnpersonenverkehr schlagen die neuen Regierungsparteien damit ein weiteres Kapitel auf. Der Koalitionsvertrag enthält darüber hinaus für die Eisenbahnen viele positive Punkte, wie etwa die Priorisierung des Deutschlandtaktes, das Programm ‚Schnelle Kapazitätserweiterung‘ oder die Reaktivierung von Eisenbahnstrecken. Lückenhaft sind dagegen die Formulierungen bei der nötigen Finanzierung der nicht-bundeseigenen (NE) Eisenbahnen. Hier hätten wir uns ein klareres Bekenntnis für die Unterstützung gewünscht, denn letztlich sind die NE-Bahnen ein wesentlicher Betreiber von Infrastrukturen im deutschen Schienennetz.“

Bekenntnis zum Schienengüterverkehr

Joachim Berends, VDV-Vizepräsident für den Schienengüterverkehr, unterstützt dies und sieht für die Güterbahnen zudem eini-

ge positive Aussagen im Koalitionsvertrag: „Auch die neue Bundesregierung bekennt sich klar und deutlich zu einem starken Schienengüterverkehr und zum Wachstumsziel von mindestens 25 Prozent Marktanteil bis 2030. Zu begrüßen ist ferner, dass die Lärmsanierungsprogramme fortgeschrieben werden sollen und der Bund die Markteinführung innovativer Technik zur Lärmvermeidung oder die Markteinführung neuer Güterwagen weiter unterstützt. Das ist maßgebend für die Akzeptanz der weiteren Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene. Aber auch die angekündigte Förderung von Terminals im Kombinierten Verkehr, das Vorantreiben der Kranbarkeit von Standard- Sattelauflegern und die geplante Abschaffung der EEG-Umlage wird den Schienengüterverkehr wettbewerbsfähiger und für Verlagerer und Industrie attraktiver machen.“

Obwohl rein rechtlich in Deutschland die Länder und nicht der Bund für die Ausgestaltung des Nahverkehrs mit Bussen und Bahnen zuständig sind, bildet im Kapitel Mobilität des neuen Koalitionsvertrags der ÖPNV an vielen Stellen einen inhaltlichen Schwerpunkt. Der VDV wertet dies als klares Bekenntnis der neuen Bundesregierung, auch den ÖPNV mit Blick auf die Gesamtentwicklung des Verkehrssektors bei der Erreichung der Klimaschutzziele fest im Blick zu behalten.

„Dem ÖPNV kommt im Koalitionsvertrag eine zentrale Bedeutung für eine klimaschonende Mobilität in Deutschland zu. Mit dem vorgeschlagenen Ausbau- und Modernisierungspakt

sollen sich Bund, Länder und Gemeinden über ihre Beiträge zur gemeinsamen Finanzierung des Ausbaus und des Betriebs eines attraktiven öffentlichen Verkehrs in dieser Dekade verpflichten. Dazu müssen nicht nur die Regionalisierungsmittel ab 2022 als Beitrag des Bundes erheblich gesteigert, sondern auch die Aufwendungen der Länder und Kommunen kräftig wachsen“, stellt Hubert Jung, VDV-Vizepräsident für die Tram-Unternehmen, fest. Kernziel und erklärtes Ziel der Branche sei dabei eine deutliche Steigerung der Fahrgastzahlen bis 2030.

Förderung von Elektro- und Wasserstoffantrieben

Bei den Aussagen im Koalitionsvertrag zur Stärkung der Mobilität im ländlichen Raum steht auch der ÖPNV-Busverkehr im Fokus. Darüber hinaus bekennen sich die neuen Koalitionäre zur Fortführung der Förderung von Bussen mit Elektro- und Wasserstoffantrieben. Nach Angaben von Werner Overkamp, VDV-Vizepräsident für die Busunternehmen, „sind in Deutschland rund 35.000 ÖPNV-Linienbusse im Einsatz. Sie sind damit eine zentrale Säule für die Sicherstellung der Angebote im Nahverkehr und der Daseinsvorsorge von Mobilität in ländlichen Räumen.“

Eine besondere Rolle kommen den Bussen bis 2030 aber auch für schnelle Angebotsausweitungen in Städten und Ballungsräumen zu, weil der notwendige Ausbau der städtischen Bahnsysteme zeitintensiv ist. Der Koalitionsvertrag erkenne diese zentrale Rolle der Linienbusse an. „Demnach sollen Förderkataloge verlängert und an die Bedürfnisse der Unternehmen angepasst werden“, so Overkamp. **DK**

Wettbewerb

„Klimaaktive Kommune 2022“

Bis zum 31. März 2022 können Kommunen am Wettbewerb des Bundesumweltministeriums und des Deutschen Instituts für Urbanistik teilnehmen. Gesucht werden innovative Klimaschutzprojekte. Die Gewinner erhalten je 25 000 Euro für ihren vorbildlichen Klimaschutz.

Wer sind Deutschlands „Klimaaktive Kommunen 2022“? Das Bundesumweltministerium und das Deutsche Institut für Urbanistik rufen Städte, Landkreise und Gemeinden auf, sich mit erfolgreich realisierten, wirkungsvollen und innovativen Klimaschutzprojekten am Wettbewerb „Klimaaktive Kommune 2022“ zu beteiligen. Kooperationspartner des Bundeswettbewerbs sind der Deutsche Städtetag, der Deutsche Landkreistag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund.

Die Bewerbungsfrist läuft von Januar bis zum 31. März 2022. Bewerbungen sind in den Kategorien „Ressourcen- und Energieeffizienz“, „Klimagerechte Mobilität“ und - ganz neu - in der Kategorie „Klimafreundliche Verwaltung“ sowie im Rahmen des Sonderpreises zum Thema „Klimaschutz und Naturschutz“ möglich. Infos unter www.klimaschutz.de/wettbewerb2022 **□**

Bayreuther Grundschüler setzen sich für Klimaschutz ein

Ein großes Dankeschön sprach Oberbürgermeister Thomas Ebersberger an die jüngsten Bayreuther Klimaschützer, ihre Lehrerinnen und Eltern aus – für ihren Beitrag zu der Kampagne „Kleine Klimaschützer unterwegs – Grüne Meilen für das Weltklima“ des Klima-Bündnisses.

In vier Grundschulen hatten die Schüler in den vergangenen Monaten 9.633 klimafreundliche Wege, Energiesparaktionen und regional-saisonales Essen dokumentiert, die „Klimameilen“. Stellvertretend für mehr als 600 teilnehmende Kinder nahmen Stefanie Schmidt, Schulleiterin der Lerchenbüchschule, Christiane Masin, stellvertretende Schulleiterin der Jean-Paul-Schule, Evi Zinner, Lehrerin an der Grundschule Herzoghöhe, und Aleksandra Mook, Elternbeiratsvorsitzende der Luitpoldschule, Urkunden und Gutscheine für Umweltbildungsak-

tionen im Ökologisch-Botanischen Garten entgegen. Besonderer Dank galt auch allen Lehrerinnen, die sich trotz der schwierigen Pandemiesituation die Mühe machten, mit ihren Schulklassen Ideen zum Klimaschutz im Alltag zu erarbeiten.

Insgesamt sandten 350.000 Kinder aus ganz Europa dem Klima-Bündnis über fünf Millionen Klimameilen zu, die zusammen mit Wünschen und Bitten der Kinder auf der Weltklimakonferenz in Glasgow an die Exekutivsekretärin des UN-Klimasekretariats übergeben wurden. **□**

Panmax-Verfahren überzeugt Gemeinde Schäftlarn

Die Vorteile des Panmax-Verfahrens finden bei immer mehr Entscheidern Anklang. Bereits 2020 entschieden sich die Verantwortlichen der Gemeinde Schäftlarn dafür. Dabei saniert das Unternehmen mit Sitz in Lengdorf Verkehrswege wie Parkplätze, Straßen, Fahrradwege, Wirtschaftswege oder Lagerflächen auf besonders umweltschonende und kostengünstige Art. Im Mittelpunkt stehen nicht mehr der aufwändige Bodentausch, sondern die Stabilisierung von Straßenkörper und Tragschichten mit Nanopartikeln und handelsüblichem Zement.

In Schäftlarn war die Schorner Straße mit Schlaglöchern übersät und nur mit großen Personalaufwand in Stand zu halten. Aufgrund der hohen Kosten hatte die Gemeinde allerdings bislang von einer Sanierung abgesehen. Nachdem sich die Kostenschätzung für die Sanierung im Fräsrecyclingverfahren mit Nanotechnologie auf ca. 31 Euro brutto inklusive Oberflächenbehandlung belief, war die Realisierung einer Vollsanierung ein gutes Stück näher gerückt. Die wesentlich geringeren Kosten sowie die positiven Berichte aus anderen Gemeinden überzeugten auch Bürgermeister und Gemeinderat.

Besonders im kommunalen Bereich empfiehlt sich das Know-how von Panmax. Dadurch kann nach Angaben des Herstellers im Vergleich zur herkömmlichen Methode auch die Bauzeit erheblich verringert werden. Das Er-

gebnis ist ein sehr guter Belag mit gesteigerter Tragfähigkeit sowie hoher Frost- bzw. Taubeständig-



Vorher.

Bild: Panmax GmbH

keit. Zusätzlich werden die Ökobilanz verbessert und die Anzahl der Transporte und Deponievolumen reduziert.

Als Vorbereitung für die Maßnahme in Schäftlarn entnahm das

Unternehmen vor Ort Bodenproben für die Bestimmung der Rezeptur. Es folgten das Abziehen und Entsorgen der Bankette, ehe ein Streuwagen die vorher genau festgelegte Menge Zement aufbrachte. In einem weiteren Arbeitsschritt wurde die Fräse mit einem Tankwagen verbunden. Sie saugte die Wasser-Polymer-Mischung aus dem Vorratsbehälter und düste diese direkt über eine Einspritzvorrichtung in

die Fräskammer. Das frisch aufgetragene Gemisch wurde mit einer Walze vorverdichtet, anschließend wurde die plane Fläche mit der festgelegten Neigung zur Ableitung des Oberflächenwassers hergestellt. Für die nötige Endverdichtung sorgte ein Walzenzug mit integrierter Verdichtungskontrolle. Im Anschluss erfolgte die Herstellung der doppelten Oberflächenbehandlung (Tränkdecke/Spritzdecke).

900 Meter in drei Tagen

So konnte die Schorner Straße in drei Tagen auf einer Länge von knapp 900 Metern komplett saniert werden. Nach wie vor befindet sich die Straße laut Panmax in einwandfreiem Zustand. **DK**



Nachher.

Bild: Panmax GmbH

Die Herausforderung für jede Gemeinde:

STRASSEN-SANIERUNG

- LANGLEBIGER
- SCHNELLER
- TRAGFÄHIGER
- GÜNSTIGER
- ÖKOLOGISCHER

▶ Folgen Sie uns auf Youtube!

DIE LÖSUNG: DAS PANMAX-VERFAHREN ZUR STRASSEN- UND WEGESANIERUNG

- Kostengünstig
- Hochwertige Ausführung
- Schnelle Verfügbarkeit der Straße
- Einsparung von aufwändigem Bodenaustausch
- Verarbeitung von kontaminierten Böden (technisch möglich)

PANMAX

Nanotechnologie im Tiefbau

Tel. 08083 908 00 33 | office@panmax.de | www.panmax.de



Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms

Aiwanger: „Ein kraftvolles Paket für die wichtigen Themen Gleichwertigkeit, Klimawandel und Mobilität der Zukunft in Bayern“

Der Bayerische Ministerrat hat die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms (LEP) auf den Weg gebracht. Die Änderungen betreffen drei zentrale Handlungsfelder: „Gleichwertige Lebensverhältnisse und starke Kommunen“, „Klimawandel“ und „Nachhaltige Mobilität“. Federführend ist das Staatsministerium für Wirtschaft, Energie und Landesentwicklung, das die Anpassungen mit den anderen beteiligten Ministerien abgestimmt hat.

Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger: „Mit der LEP-Teilfortschreibung schnüren wir ein kraftvolles Paket, um den Zukunftsthemen Gleichwertigkeit, Klimawandel und Mobilität der Zukunft vorausschauend zu begegnen. Es gilt nötige Akzente zu setzen und Vorsorge zu treffen im Sinne der Generationengerechtigkeit sowie einer hohen Lebensqualität und wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit in ganz Bayern.“



Staatsminister Hubert Aiwanger.
Bild: Radmilla Kerl

Beim LEP handelt es sich um eine Rechtsverordnung. Sie verhilft zu einem bayernweit einheitlichen, verlässlichen und verbindlichen Rahmen für alle öffentlichen und privaten Planungsträger, um zum Beispiel nachhaltigen Klimaschutz und effiziente Flächeninanspruchnahme voranzutreiben. Hierzu sollen auch neue Akzente gesetzt werden: vom dezentralen Ausbau der erneuerbaren Energien und dem Erhalt kompakter Siedlungsstrukturen hin zu einer umweltfreundlichen Mobilität für jedermann. Dazu zählen auch verbesserte Radwegenetze und die klare Zusage an eine an den Verkehr der Zukunft angepasste Infrastruktur.

Kompetenzerweiterungen

Um dabei aber auch den spezifischen Herausforderungen der einzelnen Regionen gerecht zu werden, soll der Instrumentenkasten der Regionalplanung um entsprechende Kompetenzen erweitert werden. „Um die Bedürfnisse in Verdichtungsräumen und ländlichen Räumen, Bergregionen, Trockengebieten oder Überschwemmungsgebieten passgenauer zu steuern, werden den 18 Planungsregionen in Bayern viele zusätzliche Kompetenzen eingeräumt. Diese können künftig etwa hochwertige landwirtschaftliche Flächen oder Gebiete als CO₂-Senken besser schützen, Gebiete zur Speicherung von Wasser in feuchten und zur Bewässerung in trockenen Zeiten festlegen oder Trassen für schienengebundenen ÖPNV und für überörtliche Radwege sichern. Das ist wichtig, weil die Menschen vor Ort am besten wissen, was ihre Region braucht“, erläutert Staatsminister Aiwanger.

Die wichtigsten Änderungen im Themenfeld „Gleichwertige Lebensverhältnisse“:

- Chancen der Digitalisierung für Wettbewerbsfähigkeit, Daseinsvorsorge (zum Beispiel Telemedizin) und Mobilität sollen aufgegriffen und die digitale Infrastruktur flächendeckend ausgebaut werden.
- Attraktivität und Wirtschaftskraft im ländlichen Raum soll gestärkt werden – im Hinblick

auf qualifizierte Arbeitsmöglichkeiten, Grundschule, ÖPNV, Kulturpflege,

- Es gilt, überhitzte Verdichtungsräume in den Bereichen Siedlungs- und Mobilitätsentwicklung zu entlasten. Dafür ist ein angemessenes Wohnraumangebot, Freiraumstruktur, eine interkommunal abgestimmte Verkehrsentwicklung mit Ausbau von Umweltverbänden notwendig (ÖPNV, Fahrrad).

Die wichtigsten Änderungen im Themenfeld „Klimawandel und gesunde Umwelt“:

- Das Klima ist zu schützen, klimangepasste Strukturen sind zu schaffen. Zu diesem Zweck sollen alle raumbedeutsamen Planungen auf Klimaneutralität ausgerichtet; natürliche CO₂-Speicher gestärkt; mögliche Vorrang-/ Vorbehaltsgebiete (VRG/ VBG) für Klimaschutz und verpflichtende VRG/ VBG für Klimaanpassungen eingeführt werden.

- Voraussetzungen für nachhaltiges Wassermanagement sollen geschaffen werden. Unter anderem geht es um einen ausgeglichenen Landschaftswasserhaushalt auch in Trocken- und Hitzeperioden; Hochwasser-Risikomanagement beispielsweise für Starkniederschlagsperioden; mögliche Vorrang-/ Vorbehaltsgebiete für Maßnahmen des technischen Hochwasserschutzes und zur Sicherung von Stauanlagen in den Regionalplänen sollen eingeführt werden.

- Der Ausbau erneuerbarer Energien und die dezentrale Energiewende sollen vorangetrieben werden – unter anderem durch Windenergieanlagen. Ausreichende Möglichkeiten der Speicherung erneuerbarer Energien sollen geschaffen, insbesondere auf die nachhaltige Wasserstoffwirtschaft soll gesetzt werden.

- Die Flächeninanspruchnahme soll deutlich und dauerhaft reduziert werden. Ziele sind effiziente, wo möglich multifunktionale Flächennutzungen bei Siedlung und Verkehr. Das gilt auch beim Ausbau der erneuerbaren Energien wie der Agri-Photovoltaik. Vorrang hat die Innenentwicklung hin zu kompakten Siedlungsstrukturen.

- Um Zersiedlung noch besser zu vermeiden, werden Ausnahmen vom sogenannten Anbindegebot eingeschränkt, die neue Gewerbeflächen „auf der grünen Wiese“ erlauben. Vertrauensschutz bis zum 31.12.2028 genießen hierbei jedoch Bebauungspläne, deren Aufstellungsbeschluss nach § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch vor dem 14.12.2021 gefasst wurde.

Die wichtigsten Änderungen im Themenfeld „Nachhaltige Mobilität“:

- Mobilität soll vernetzt weitergedacht und öffentliche Verkehre gestärkt werden. Es gilt, neue Mobilitätsformen und deren Infrastrukturbedarf zu berücksichtigen und digitale Möglichkeiten für effektive Verkehre zu nutzen sowie intermodale Schnittstellen beim Güterverkehr zu stärken.
- Ziel ist es, die Voraussetzungen für den Radverkehr zu verbessern, unter anderem Wegenetze für Alltags- und Freizeitrad-

verkehr auszubauen.
• Die Straßeninfrastruktur soll auf die Zukunft vorbereitet werden. Zum Beispiel durch die Förderung von Wasserstoff-Tankstellen.

Das LEP als räumliche Zukunftsstrategie der Staatsregierung soll kein Produkt vom „grünen Tisch“ werden. Als nächster Schritt wird der Fortschreibungsentscheidungsprozess für die Öffentlichkeit gegeben. Hier können unter anderen Kommunen, Verbände, Fachstellen und selbst betroffene Stellen außerhalb Bayerns Stellungnahmen bis Ende März 2022 abgeben. Der Fortschreibungsentscheidungsprozess des LEP wird dafür noch vor Weihnachten auf der Internetseite des Wirtschaftsministeriums bereitgestellt. Im Anschluss folgen eine erneute Ministerratsbehandlung sowie das Zustimmungsverfahren des Landtags. Das Verfahren soll im Frühjahr 2023 abgeschlossen sein. □

Zweiter Platz für Senefelder-Schule Treuchtlingen:

Schülerwettbewerb der Landschaftsgärtner

Unter dem Motto „Grünes Licht für ... Artenvielfalt“ fand 2021 der bundesweite Schülerwettbewerb der Landschaftsgärtner statt. Gegen starke Konkurrenz sicherte sich die Klasse 10bG der Senefelder-Schule Treuchtlingen einen hervorragenden zweiten Platz. Der Verband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Bayern übergab nun das mit 2.000 Euro dotierte Preisgeld an das Gymnasium.

Seit rund 15 Jahren organisiert das Ausbildungsförderwerk Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e. V. (AuGaLa) den alle zwei Jahre stattfindenden Schülerwettbewerb. Dieses Jahr waren Schülerinnen und Schüler der Klassen 7 bis 10 aufgerufen, ihre Kreativität zum Thema Artenvielfalt unter Beweis zu stellen. Mit großer Resonanz bei den Jugendlichen: Über 70 Schulklassen und Arbeitsgemeinschaften beteiligten sich von 15.3. bis 7.6. 2021. Die Aufgabe bestand darin, jeweils 15 Fotos oder Videos geschützter heimischer Tiere und Pflanzen auf ihren eigens für den Wettbewerb eingerichteten Social-Media-Auftritten auf Instagram zu veröffentlichen. Darüber hinaus sollte der Name der Art, der Schutzstatus und die Erhaltungsmaßnahmen beschrieben werden.

#GrünesLichtFürArtenvielfalt

Bis zum Ende des Wettbewerbs reichten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer knapp 1.000 Fotos unter dem Hashtag #GrünesLichtFürArtenvielfalt ein.

Daraufhin bewertete eine Jury mit Experten aus dem Garten- und Landschaftsbau sowie einer Biologin die Beiträge. Keine leichte Aufgabe, denn die Veröffentlichungen waren auch in diesem Jahr auf einem sehr hohen



Hinterer Reihe v.l.: Stefan Reutner, Schulleiter des Gymnasiums sowie der Gesamtschule der Senefelder-Schule Treuchtlingen, Andrea Hofbeck, Klassenlehrerin der 10bG, Gerhard Zäh, Präsident des VGL Bayern, und Patrick Schmidt, stellv. Verbandsdirektor und Referent für Ausbildung und Nachwuchswerbung. Vordere Reihe v.l.: Stellvertretend für die Klasse nahmen Michaela König, Mathias Wiedemann, Laura Treiber und Leni Schmidt den Preis in Empfang. Bild: Günter Höfler



Die diesjährigen Finalisten und Sieger (Ausnahme Stuttgart) des Deutschen Nachhaltigkeitspreises für Städte und Gemeinden.
Bild: Christian Köstner

Deutscher Nachhaltigkeitspreis für Städte und Gemeinden:

Ausgezeichnete Bayern

Zehn Kommunen konnten sich 2021 im Wettbewerb um den „Deutschen Nachhaltigkeitspreis Städte und Gemeinden“ durchsetzen. Im Rahmen des Deutschen Nachhaltigkeitspreises in Düsseldorf wurden die Preisträger nun bekanntgegeben, darunter drei Kommunen aus Bayern. In der Kategorie „Deutschlands nachhaltigste Kleinstädte und Gemeinden“ siegte die Gemeinde Fuchstal (Landkreis Landsberg am Lech) vor der Gemeinde Ascha (Straubing-Bogen) und dem Markt Oberelsbach (Rhön-Grabfeld).

In Fuchstal wird die nachhaltige Dorfentwicklung auf Basis eines integrierten interkommunalen Dorfentwicklungskonzepts (ISEK) und weiterer Förderprojekte vorangetrieben. Dabei stehen besonders die regenera-

tive Strom- und Wärmeerzeugung und Planungen im Bereich der Mobilitätswende heraus. Ein eigenes Wärme- und Stromnetz wird durch das Projekt „Energiezukunft Fuchstal“ unter Einsatz von Photovoltaikanlagen, einem Wasserkraftwerk, vier modernen Bürgerwindanlagen und einer Biogasanlage realisiert. Im BMI Modellprojekt Smart Cities sollen weitere Mobilitätsformen wie Carsharing, der Aufbau einer MobilitätsApp (intermodal) sowie der Ausbau der E-Ladesäulen zur Umsetzung der Mobilitätswende erfolgen.

Bürger-Plattform

Darüber hinaus wurden Mitfahrerbanken und ein Fußwegkonzept in die Infrastruktur etabliert. Die nachhaltige Dorfentwicklung bindet die Bürgerschaft eng mit ein. Unter anderem ist eine Bürger-Plattform im Aufbau. Damit sollen eine digitale Vernetzung und bessere Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung geschaffen werden. Der Absatz lokaler Produkte soll über innovative Ideen wie die sogenannten Lechtalboxen zu einer nachhaltigen Daseinsvorsorge beitragen.

Mit der Einführung des Nachhaltigkeitskonzepts „Ascha – nachhaltig und klimaneutral“ plant die niederbayerische Gemeinde bis 2030 eine autarke Energiebereitstellung. Ziel dabei ist die Entwicklung und Gestaltung einer guten Lebensqualität unabhängig vom Wirtschaftswachstum. Bausteine auf diesem Weg sind unter anderem ein Biomasseheizkraftwerk, eine Biogasanlage und ein Bürgersolarkraftwerk.

Die vorbildliche Arbeit bei der Umsetzung des Konzepts zeichnet sich unter anderem durch das kommunale Flächenmanagement und die Umstellung der Straßenbeleuchtung und der Beleuchtung in öffentlichen Gebäuden auf LED-Lampen aus. Die Gemeinde hat ein Klimaschutzkonzept erstellt und beschäftigt einen Klimaschutzmanager. Ein Wohngebiet wird als modellhafte „Energiesiedlung“ ausgewiesen. In einem neuen Baugebiet fördert die Gemeinde über ein Bonussystem freiwillige Maßnahmen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung.

Mit einem sozialen Wohnungsbauprojekt in der Dorfmitte, der Sanierung der alten Grundschule, dem Bau einer Mehrzweckhalle und des Bürgerhauses in ökologischer und energietechnischer Hinsicht sowie modernen Sportanlagen stellt die Gemeinde ein breites Angebot zur nachhaltigen Daseinsvorsorge bereit. Durch interkommunale Kooperationen und Netzwerkarbeit werden diese Erfolge in Ascha ergänzt. Aktionen wie die plastiktütenfreie Gemeinde, „Ein Dorf spart Energie“ oder

die Gründung einer Solargemeinschaft binden zudem die Bürger in eine nachhaltige Lebensweise ein.

Eine herausragende Verknüpfung von Biodiversität und Umweltbildung gelingt dem Markt Oberelsbach: Die Kommune setzt auf Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE), dadurch ist eine nachhaltige Bildungslandschaft für alle Altersgruppen entstanden. Die beiden Kindertageseinrichtungen sind als „Biosphären-Kitas“ ausgezeichnet, das Biosphärenzentrum „Haus der Langen Rhön“ informiert und begeistert für das UNESCO-Biosphärenreservat Rhön und die Umweltbildungsstätte Oberelsbach bietet Bildungsmodule beispielsweise für Klassen, Studierende oder Multiplikatoren an. Den Ausbau erneuerbarer Energien fördern ein Biomasseheizkraftwerk, eine Holzvergasungsanlage und Photovoltaikanlagen in vorbildlicher Weise.

Vermeidung von Lichtverschmutzung

Ein besonderes Augenmerk legt die Kommune auf die Vermeidung von Lichtverschmutzung und stellt auf Basis eines interkommunalen Energiekonzepts auf LED-Leuchten um. Dabei berücksichtigt sie die Richtlinien der Dark-Sky-Association. Zudem beteiligt sich der Markt Oberelsbach an verschiedenen Mobilitäts-Projekten des Landkreises: Aus Sicht der Jury tragen der Einsatz eines Azubi-Shuttles, kommunale Kindergartenförderung, ein Rufbus und sieben Freizeitbuslinien erfolgreich dazu bei, die Mobilität im ländlichen Raum zu sichern.

Schwerpunkt Biodiversität

Durch nachhaltige Flächenverpachtung und den besonderen Schutz bedrohter Haustierrassen wird darüber hinaus ein besonderer Schwerpunkt auf Biodiversität gelegt. Zur Artenvielfalt trägt außerdem die PECF- und FFH-zertifizierte Waldbewirtschaftung (u.a. durch Aufforstungsprojekte) bei. Das Integrierte Ländliche und Städtische Entwicklungskonzept (ILEK und ISEK) binden die Bürger partizipativ auch in die Nachhaltigkeitspolitik der Kommune ein.

Seit 2012 vergibt die Stiftung Deutscher Nachhaltigkeitspreis e. V. den Deutschen Nachhaltigkeitspreis für Städte und Gemeinden. Gewürdigt werden Kommunen, die im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Möglichkeiten eine umfassende nachhaltige Stadtentwicklung betreiben oder in einzelnen Themenfeldern erfolgreiche Nachhaltigkeitsprojekte realisiert haben.

Die Auszeichnung ist mit je 20.000 Euro pro Sieger zweckgebunden für Nachhaltigkeitsprojekte von der Allianz Umweltstiftung dotiert und wird von der Bertelsmann Stiftung im Rahmen des SDG-Portals sowie von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global mit Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) unterstützt. DK

Grün schützt die Gesundheit

Auch vor Grippe, Depression und Herz-Kreislauf-Erkrankungen

Kälte, Nässe, Dunkelheit: In den Wintermonaten haben nicht nur Erkältungen und Grippe leichtes Spiel. Auch Depressionen treten jetzt gehäuft auf. Mit klug angelegten Grünflächen können Städte Gesundheit und Wohlbefinden der Menschen aber nachweislich positiv beeinflussen, sagt die Initiative „Grün in die Stadt“ des Bundesverbandes Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e. V. (BGL). Das belegen auch aktuelle Forschungsergebnisse.

„Die Auswirkungen städtischer Grünflächen auf die Gesundheit der Bevölkerung sind signifikant“, sagt Jan Paul, Vizepräsident des BGL. Entsprechend belegen wissenschaftliche Studien, dass Parks und Grünanlagen in der Stadt einen großen Beitrag zum körperlichen und geistigen Wohl der Menschen leisten. „Stadtgrün verbes-

sert nicht nur das Klima und die CO₂-Bilanz, sondern auch die gesundheitliche Situation der Menschen in den Städten“, so Paul. „Denn mitten in der fünften Coronawelle helfen Grünflächen und Parks auch bei der Stressbewältigung und gegen Bewegungsmangel. Dafür lohnen sich auch größere Investitionen. Langfristig führen sie sogar dazu, dass Gesundheitskosten eingespart werden.“ Frische Luft hilft auch im Win-

ter bei Erkältung. Denn sie befreit Atemwege und Bronchien, stärkt das Immunsystem – und die Bewegung bringt den Kreislauf in Schwung. Doch höhere Luftfeuchtigkeit im Grünen ist nicht nur gut für die Schleimhäute; sie hilft auch, Viren aus dem Körper zu transportieren.

Mehr noch: Stadtgrün trägt dazu bei, schweren Krankheiten vorzubeugen. Sowohl bei Menschen mit Krebs, Schlaganfall oder Herzinfarkt als auch bei Betroffenen mit psychischen Erkrankungen kann der Aufenthalt in grüner Umgebung vorbeugend und stärke-

kend wirken. Häufig sind nämlich Stress und Bewegungsmangel Ursachen für diese Krankheiten. Beim wirken begrünte Flächen in Städten entgegen.

Stadtgrün senkt das Risiko für Depressionen

Auch auf Puls und Blutdruck können Grünflächen positiv wirken. So fanden Medizinerinnen und Mediziner der University of Pennsylvania heraus: Auf einer Wegstrecke von 600 Metern sank der Puls eines Menschen durchschnittlich um 15 Schläge pro Minute, wenn er an gepflegten Grünflächen vorbeikam.

Und eine niederländische Studie ergab, dass an Orten mit weniger Grün häufiger Depressionen und Angststörungen auftreten. Zudem wurde eine Verbindung zwischen begrünten Flächen im Umfeld der eigenen Wohnung und bestimmten Krankheiten bei Kindern und Menschen aus sozial benachteiligten Familien nachgewiesen.

Therapeutische Wirkung: Grün hilft heilen

Grünflächen können zudem positiv auf die Genesung wirken. Eine Dissertation an der Universität Bonn zeigte 2020: Patientinnen und Patienten, die vom Krankenhausbett aus einen Park sahen, erholten sich schneller als jene, die auf Parkplätze oder Betonwände schauten. Denn Pflanzen stehen für Schutz, Regeneration und Nachhaltigkeit und lösen Ruhe und Gelassenheit aus. So hilft Grün, das Stressniveau zu

senken, Glückshormone auszuscheiden – und sogar zu heilen.

Neben dem (Mikro-)Klima und den CO₂-Werten verbessern Grünflächen in der Stadt auch die Lebensqualität. Schließlich tragen Wiesen, Bäume, Blumen und Sträucher ebenso wie Fassadengrün zur Attraktivität einer Stadt bei. Zusätzlich verbessert Stadtgrün die Luftqualität, senkt die Lärmbelastung und führt so zu mehr Wohlbefinden.

Beim Aufenthalt an der frischen Luft in einer grünen Umgebung wird weniger Cortisol (das „Stresshormon“) ausgeschüttet. Und da weniger Stress ebenso puls- und blutdrucksenkend wirken kann, mindert Stadtgrün letztendlich das Risiko eines Schlaganfalls oder Infarkts.

Fördermöglichkeiten durch „Grün in die Stadt“

Stadtgrün kann zunächst Aufwand und Investitionen bedeuten. Dafür stellen Bund und Länder in verschiedenen Förder-

töpfen Mittel zur Finanzierung von Grünprojekten zur Verfügung. Beim Finden der optimalen Finanzierung für städtisches Grün werden Stadtplanerinnen und -planer nicht allein gelassen: Denn der Förder-Check der Initiative „Grün in die Stadt“ des Bundesverbandes Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e. V. (BGL) hilft dabei. Die gleichnamige Website bündelt Informationen zu vielen positiven Aspekten städtischen Grüns und passenden Fördermöglichkeiten für Städte und Kommunen: www.gruen-in-die-stadt.de

Einsatz in Bangkok:

Zwei Unimog im Zweibege-Einsatz

Zwei neue Unimog U 423 mit Zweibege-Einrichtung – für Straße und Schiene – haben in Bangkok ihren Betrieb aufgenommen. An der neuen „Red-Line“-Metrostrecke in der thailändischen Hauptstadt führen sie unterschiedlichste Instandhaltungsarbeiten durch. Die Red Line umfasst zwei Linienstrecken, die sich im Zentrum von Bangkok am Bahnhof Bang Sue treffen.

Die stark emissionsbelastete Region Bangkok hat sich für den Bau der 40 km langen Hochbahnlinie entschieden, um ihr hohes Verkehrsaufkommen und den speziellen Zweibege-Technologie können die Fahrzeuge auch auf der schmalen Meterspur fahren und arbeiten. Zum Vergleich: Normalspur-Schienennetze haben ei-



Zwei Zweibege-Fahrzeuge Unimog U 423 mit einer Schienenführungseinrichtung der Zagro Bahn- und Baumaschinen GmbH führen Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten an der neuen Metrostrecke Red Line in der thailändischen Metropole Bangkok durch. Bild: Daimler Truck

Smog zu minimieren. Als Servicefahrzeuge wurden zwei Unimog mit umweltfreundlicher Euro VI-Abgastechologie angeschafft.

Die Schienenführungseinrichtung der Unimog U 423 stammt von der Zagro Bahn- und Baumaschinen GmbH. Aufgrund der

ne Spurbreite von 1435 mm. Einer der beiden Unimog ist mit einem Ladekran ausgerüstet. Das zweite Fahrzeug verfügt über eine Hubarbeitsbühne von Zagro mit einer Tragfähigkeit von maximal 200 kg. Damit ist der Unimog ideal ausgerüstet für Mon-

Bezirk Oberfranken:

400 Setzlinge auf bezirkseigener Forstfläche gepflanzt

Eine circa 0,5 Hektar große Forstfläche der Landwirtschaftlichen Lehranstalten in der Nähe von Geigenreuth wurde dank 25 tatkräftigen Helferinnen und Helfern mit zukunftsorientierten Baumarten bepflanzt. Aufgrund von Borkenkäferbefall wurde diese teilweise durchforstet, weshalb nun lichtere Stellen in der Fläche zu finden sind. Bezirkstagspräsident Henry Schramm und Leiter der Landwirtschaftlichen Lehranstalten Sebastian Thiem waren vor Ort und haben das Team des Klimawaldes Bayreuth und Dr. Gregor Aas, Leiter des Ökologisch-Botanischen Gartens Bayreuth, bei der Pflanzaktion von 400 Setzlingen unterstützt.

„Der Bezirk Oberfranken bewirtschaftet ca. 30 Hektar Wald. Als öffentliche Institution ist es uns wichtig, die Flächen nachhaltig aufzuforsten und so einen Beitrag zur Klimaentlastung, Biodiversität und einen gesellschaftlichen Nutzen mit Hilfe des Klimawald-Modells zu leisten, welches einen ganzheitlichen Ansatz ver-

folgt“, betont Bezirkstagspräsident Henry Schramm.

Vor der Bepflanzung wurde das Waldstück zum Schutz vor Tieren mit einem Zaun, den die Auszubildenden der Landwirtschaftlichen Lehranstalten errichteten, abgetrennt. Die Fläche wurde nicht wie vorher mit Fichten und Kiefern bepflanzt, sondern mit ei-

ner Auswahl von sieben zukunftsweisenden Baumarten: Weißtanne, Hemlocktanne, Esskastanie, Rotbuche, Hainbuche, Speierling und Vogelkirsche.

Leiter der Landwirtschaftlichen Lehranstalten Sebastian Thiem weist auf die Wichtigkeit des nachhaltigen Rohstoffs Holz hin: „Auf der Forstfläche merken wir die Auswirkungen der letzten drei Trockenjahre extrem. Das dürrer Holz wurde geerntet, entsprechend vermarktet und in eigene Baumaßnahmen wie die Installation einer neuen Einstreutechnik im Mutterkuhstall der Landwirtschaftlichen Lehranstalten berücksichtigt. Der Kreislaufgedanke ist für uns dabei besonders wichtig.“

Die studentische Initiative Klimawald Bayreuth ist in einem Projekt-Seminar aus der Idee heraus entstanden, auf die Gefährdung der Wälder unter den sich verändernden Klimabedingungen aufmerksam zu machen und gemeinsam mit der Bayreuther Bevölkerung Forstflächen zu bepflanzen. Aufgrund der großen Resonanz sind seit April 2019 bereits fünf Klimawälder rund um Bayreuth entstanden. Mehr Informationen zum Projekt stehen unter www.klimawaldbayreuth.com zur Verfügung.



V.l.: Leiter der Landwirtschaftlichen Lehranstalten Sebastian Thiem, Bezirkstagspräsident Henry Schramm und Mitarbeiter Tobias Wegel. Bild: Nicole Fleischer

Naturwaldreservat in Pullach

Der Prozess ist erfolgreich abgeschlossen: Pullach besitzt ein Naturwaldreservat. 37,9 der 74,6 Hektar Gemeindewald wurden als neues „Naturwaldreservat Isarleiten“ in das Verzeichnis der Naturwaldreservate von Bayern aufgenommen. Auch Teile der staatlichen Waldfläche Bayerns sind als Naturwälder ausgewiesen, 10 Prozent sollen es werden. In Naturwaldreservaten finden grundsätzlich weder Bewirtschaftung noch Holzentnahmen statt. Eine durch menschliche Eingriffe ungestörte Entwicklung wird ermöglicht und die Ursprünglichkeit eines Waldes, der in Ruhe gelassen wird, erhalten.

Weil kein Holz entnommen wird, aber immer neues hinzukommt, kann sich jährlich etwa die doppelte Menge an CO₂ anreichern wie in einem bewirtschafteten Wald – ein wichtiger Beitrag zur Erreichung der gemeindlichen Klimaziele bis 2030, deshalb ist die Einrichtung des Naturwaldreservates im Gemeindewald auch integraler Bestandteil des Klimaschutzkonzeptes der Gemeinde Pullach.

Die Anreicherung von Totholz und starken Altbäumen bietet zudem Lebensräume für viele Tierarten. Auch für den Mensch ist der Erholungsfaktor naturnaher Wälder aufgrund ihrer Ursprünglichkeit viel höher, als in bewirtschafteten Waldgebieten, sie dienen dem Naturerleben der Bürgerinnen und Bürger. Der entgangene Gewinn durch fehlende Holzentnahme und deren Verkauf wird durch staatliche Förderungen ausgeglichen.

tage- und Wartungsarbeiten am Oberleitungsnetz der neuen Metrostrecke.

Spezialist für Rangier- und Zweibegetechnik

Der Unimog ExpertPartner Zagro ist seit fünf Jahrzehnten ein ausgewiesener Spezialist für Rangier- und Zweibegetechnik. Das Unternehmen produziert neben Rangier- auch Zweibege-Arbeitsfahrzeuge, die abwechselnd auf der Straße und der Schiene zum Einsatz kommen. Konzeption und Ausrüstung werden nach Kundenwunsch für den vorgesehenen Einsatzzweck maßgeschneidert.



Voller Einsatz gegen Schnee und Eis.

Im Winterdienst zählen **Schnelligkeit, Zuverlässigkeit und Wirtschaftlichkeit**. Der Unimog ist in jeder dieser Disziplinen ein Profi. Dafür sorgen zum Beispiel innovative Eigenschaften wie der synergetische Fohrantrieb EasyDrive,

der während der Fahrt den Wechsel zwischen mechanischem und stufenlosem Antrieb (0–50 km/h) erlaubt, der komfortable Arbeitsplatz mit intuitivem Bedienkonzept oder modernste Euro-6-Motoren bis 220 kW (299 PS).



Mehr dazu bei Ihrem Unimog Partner oder unter mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal

Mercedes-Benz
Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29–33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

GZ ZU GAST BEI ...

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Ich vertrete die Gemeinde Röhrmoos mit 6.498 Einwohnern. Röhrmoos liegt im Landkreis Dachau.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten?

Erster Bürgermeister der Gemeinde Röhrmoos bin ich seit dem 1. Mai 2014. In der Wahlperiode von 2008 bis 2014 war ich Zweiter Bürgermeister.

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Ich hatte mich schon als junger Erwachsener für die Kommunalpolitik interessiert. Durch meine berufliche Tätigkeit mit den gesammelten Erfahrungen bei einer größeren Gemeinde im Nachbarlandkreis Freising, kam die Überlegung, wie



Dieter Kugler

Erster Bürgermeister der Gemeinde Röhrmoos und Mitglied im Ausschuss der kreisangehörigen Verbandsmitglieder des Bayerischen Städtetags
Vor der Bürgermeisterzeit als Kämmerer elf Jahre Vorsitzender der Kämmerer der oberbayerischen Mitglieder des Bayerischen Städtetags

kann ich mich für meine eigene Gemeinde einbringen.

Grundsätzlich kann man als Bürgermeister mit seinem Gemeinderatsgremium das unmittelbare Lebensumfeld mitgestalten. Ein Bürgermeister ist irgendwie auch ein Kümmerer.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Die jahrzehntelange Tätigkeit als Verwaltungsfachwirt war für mich eine sehr gute Ausgangsbasis. Außerdem war ich vor meiner Bürgermeisterzeit zwölf Jahre Mitglied im Gemeinderat.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Es gab verschiedene Bereiche in denen ich neue Akzente setzen konnte. Als Beispiel nenne ich ein Baugebiet im zentralen Bereich der Gemeinde nur etwa 150 m von der S-Bahnstation entfernt. Die ersten Planungen erfolgten bereits 1992. Letztendlich gab es immer wieder verschiedene Gründe, warum das Baugebiet scheiterte. Jetzt steht die Bauleitplanung kurz vor dem Abschluss.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Derzeit beschäftigen mich unzählige große und kleine Themen. Beispielsweise: Die Bauleitplanung für das fünfte Landkreisgymnasium; ein Bestattungswald in interkommunaler Zusammenarbeit mit der Nachbargemeinde; Schaffung zusätzlicher Krippen- und Kindergartenplätze wegen der steigenden Nachfrage. Im Abwasserbereich hört es nie auf, da investie-

ren wir jedes Jahr hohe Summen. Auch der Wohnungsbereich und die Seniorenthemen beschäftigen mich. Hier bin ich auch ganz stolz auf ein gemeinsames Projekt mit der Wohnungsbaugesellschaft im Landkreis Dachau. Das war die Schaffung von zwanzig sozialen Seniorenwohnungen, die wir im April 2021 eingeweiht haben.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Mit der Schaffung von Radwegen. Hier ist das große Problem der Grunderwerb. Es soll eine Steuerreduzierung für die Veräußerung von Grundstücken geben, die der Infrastruktur dienen.

Weitere Themen sind finanzielle Defizite im Kinderbetreuungsbereich, Grundstücksverwaltungs politik, Einheimischenmodell und Schaffung von Wohnraum. Innerhalb der kommunalen Familie liegt mir eine Verbesserung der finanziellen Ausstattung der Kommunen am Herzen. Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Ich habe zwei Ratschläge:
• Man muss die „Menschen“ mögen.
• Wichtig ist es Entscheidungen zu treffen und nicht immer sind Kompromisse, die beste Lösung.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Die Bürgermeister im Landkreis Dachau tauschen sich regelmäßig aus. Wir sehen uns alle als Kollegen und nicht als Konkurrenten. Interkommunale Zusammenarbeit funktioniert bei uns. Mit den Bürgerinnen und Bürgern komme ich verschieden in Kontakt, bei runden Geburtstagen, bei Vereinsveranstaltungen oder einfach auf der Straße. Wir sind eine Landgemeinde, da ist der Kontakt einfacher möglich, weil man sich kennt. Nützlich sind auch die vielen Kontakte mit ehrenamtlich aktiven Menschen. Da bekommt man die Meinung der Bevölkerung auch mitgeteilt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind ganz wichtig, denn sie haben nicht nur die fachliche Kenntnis, sondern auch eine private Meinung. Die Gespräche bringen mir sehr viel. Auch ein „Flurfunk“ ist wichtig.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Es wird nicht unbedingt besser, aber manches wird schneller gehen. Die Qualität von Entscheidungen wird teilweise besser und teilweise schlechter werden.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Vordenken muss man, wer nachdenkt ist zu spät dran!

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Nicht nötig, denn ich bin nicht wichtig. Aber freuen würde ich mich über die Aussage: „Guad hod er's gmacht.“

Stadt Würzburg:

Wie wollen wir im Alter leben?

Mit dieser Frage beschäftigt sich das 3. Seniorenpolitische Gesamtkonzept der Stadt Würzburg, das nun zum zweiten Mal fortgeschrieben wurde. Alter ist schließlich nicht nur Last, Einschränkung und Unterstützungsbedarf. Alter ist auch Chance auf Freiheit, Selbstbestimmung, Genuss und Aktivität. Dafür gilt es, Unterstützungsbedarf zu erkennen, Unterstützung zu planen und zu mobilisieren, auch von Älteren für Ältere. Wichtig ist es auch, für dieses dritte Lebensalter Angebote zu gestalten, die eine umfassende Teilhabe, aber auch Teilhabe der älteren Generation ermöglichen.

Die Grundlage für diese Teilhabe liegt in der Infrastruktur, für die das Seniorenpolitische Gesamtkonzept den Fahrplan bildet. Zu Beginn des Jahres 2022 werden die Ziele und Maßnahmen des Konzeptes in einem seniorenpolitischen Forum inhaltlich diskutiert werden.

Für diese Fortschreibung hat das Institut für soziale Planung, Beratung und Gestaltung GmbH BASIS Würzburger Bürgerinnen und Bürger im Alter von über 55

gen für Seniorinnen und Senioren, bei der häuslichen Vereinigung und bei der Barrierefreiheit größere Problemanzeigen vorhanden. Die Corona-Pandemie hat als Brennpunkt diese Themen deutlich sichtbar gemacht.

„Gerade im Rahmen der pflegerischen Versorgung, der Mobilität, der Alltagsversorgung und Teilhabe sowie beim Wohnen gilt es“, so Dr. Hülya Düber, Sozialreferentin der Stadt Würzburg, „die Maßnahmenempfehlungen als

Parallel können sorgende Netzwerkstrukturen aufgebaut und der Alltag der Seniorinnen und Senioren im Miteinander der Generationen in ihrer unmittelbaren Wohnumgebung gestaltet werden. Auch die Wünsche zu neuen Wohnformen als möglicher Lösungsansatz sollten verstärkt ausprobiert werden.

Die tragenden Akteure in der Seniorenarbeit sind vor allem die verschiedenen Kirchen und Religionsgemeinschaften, Sozial- und Wohlfahrtsverbände, Vereine sowie ehrenamtliche Gruppen. Diese sind maßgebliche Mitgestalter und potenzielle Wegbegleiter im Kampf gegen Vereinsamung und soziale Isolation. „Mit neuen Möglichkeiten der Digitalisierung und mit ersten bereits erfolgreichen umgesetzten Quartierskonzepten haben wir soziale Werkzeuge in der Hand um ‚Türen zu öffnen‘ und dieser Entwicklung etwas entgegenzusetzen“, so Dr. Düber.

Der Soziologe Dr. Hanspeter Buba als Autor des Konzeptes beschreibt die Quartierskonzepte, die bereits erfolgreich in den Stadtteilen Lindleinsmühle, Heuchelhof und in Heidingsfeld umgesetzt werden. Diese sollten gewürdigt und gefördert werden.

Das neue Seniorenpolitische Gesamtkonzept ist auch auf der Homepage der Stadt Würzburg zu finden: <https://www.wuerzburg.de/413269>



V.l.: Oberbürgermeister Christian Schuchardt, Sozialreferentin Dr. Hülya Düber, Dr. Renate Fielder, Vorsitzende der Seniorenvertretung Würzburg, Hendrik Lütke, Seniorenarbeit Stadt Würzburg, Thomas Stolzenberg, Leiter Fachbereich Integration, Inklusion und Senioren.

Bild: Georg Wagenbrenner

Jahren um ihre Einschätzungen gebeten. Ihre Meinung wurde in das Seniorenpolitische Gesamtkonzept aufgenommen, wie auch die Rückmeldung der Träger der ambulanten, teilstationären und stationären Einrichtungen. Dabei geht es unter anderem um unterschiedliche Wohnformen im Alter, aber auch um Gesundheitsversorgung sowie Barrierefreiheit und Mobilität. Einen weiteren Schwerpunkt bilden auch die Versorgung und Unterstützung im Alltag sowie die sozialen Kontakte der Seniorinnen und Senioren.

Spirale des sozialen Rückzugs durchbrechen

Diese müssen weiter ausgebaut werden, da sie bedeutende Stellschrauben sind, um menschliche Kontakte für Seniorinnen und Senioren zu erhalten und die Spirale des sozialen Rückzugs zu durchbrechen: „Denn Einsamkeit hat auch in unserer Stadt viele Gesichter und Erscheinungsformen“, so Dr. Düber. Doch „zu Hause alt werden“ ist nach wie vor der überwiegende Wunsch der Befragten. Politisch zu fördern sei daher der Ausbau und die Entwicklung wohnortnaher Hilfestrukturen.

Schiltberger Bürgermeister Fabian Streit verstorben

Trauer und Fassungslosigkeit herrschen im schwäbischen Schiltberg, Landkreis Aichach-Friedberg. Nach kurzer schwerer Krankheit starb Bürgermeister Fabian Streit am 23. Dezember in einem Augsburger Krankenhaus. Er wurde nur 54 Jahre alt.

Mehr als 25 Jahre lang betrieb Streit ein Fußbodengeschäft samt Natursteinverlegung, ehe er im Mai 2020 zum Bürgermeister der Weilachtalgemeinde gewählt wurde. Zuvor war er sechs Jahre lang Dritter Bürgermeister und gehörte bereits 20 Jahre dem Gemeinderat an.

„Wir können den Wind nicht ändern, aber die Segel richtig setzen“, lautete die Devise des für die CDU/Freie Wählergemeinschaft/Parteilose Wählergemeinschaft Schiltberg angetretenen zweifachen Familienvaters. Für den Teamplayer hatten ein respektvoller und fairer Umgang untereinander sowie das gemeinsame Handeln oberste Priorität. „Es wird in meiner Amtszeit keine parteipolitischen Entscheidungen geben. Wir packen das miteinander an, und alle sollen an einem Strang ziehen“, lautete seine Botschaft beim Amtsantritt.

Streits Ziel war es, Schiltberg modern zu machen, aber bei den Wurzeln zu bleiben. Als Rathauschef hatte er mit viel Elan und Sachverstand damit begonnen, die erfolgreiche Arbeit seines Vorgängers fortzusetzen. Sein Augenmerk lag zuvörderst auf der Weiterentwicklung der Infrastruktur, der Erschließung neuer Baugebiete und dem Hochwasserschutz. Entsprechende Planungen konnte Streit freilich nicht mehr zu Ende führen.

Die Bestürzung über den plötzlichen Tod des überaus beliebten Bürgermeisters geht über die Gemeindegrenzen hinaus. Landrat Dr. Klaus Metzger sprach von einem „unfassbaren Verlust“. Man werde dem Verstorbenen stets ein ehrendes Andenken bewahren. **DK**

Deutscher Nachbarschaftspreis für Gute Stube Schwabing

Viele engagierte Nachbarschaftsprojekte stärken nicht nur das gute Miteinander, sondern helfen auch im Kleinen die großen gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit anzugehen. Um diese thematische Vielseitigkeit abzubilden, wurde der Deutsche Nachbarschaftspreis erstmals in fünf Kategorien verliehen: Generationen, Kultur & Sport, Nachhaltigkeit, Öffentlicher Raum sowie Vielfalt. Zudem wurden 16 Landessieger ausgewählt. Aus allen eingehenden Bewerbungen nominierte die nebenan.de Stiftung etwa 100 Projekte für den Deutschen Nachbarschaftspreis.

In der Kategorie Generationen siegte das Projekt „Die gute Stube e.V.“, ein geselliges „Zweitwohnzimmer“ für Jung und Alt im Kultviertel München-Schwabing. Um die Vereinsamung vieler Großstädter im Alter zu bekämpfen, richtet sich „Die gute Stube e.V.“ an Senioren und alle, die es werden wollen. Nachbarn jeden Alters sind eingeladen, den Treffpunkt nach ihren Interessen mitzugestalten. Das Projekt motiviert dazu, alte Hobbys wieder aufleben zu lassen und gibt Impulse, mit neuen Dingen zu experimentieren. So schafft es als konstanter Alltagsbegleiter die Möglichkeit, generationenübergreifend soziale Kontakte zu knüpfen.

Der Verein wurde 2018 gegründet. Zunächst diskutierten die rund 30 Mitglieder ihre Ideen wöchentlich auf einem Freilufttreff

im Münchner Luitpoldpark. Im Herbst des gleichen Jahres wurde der Initiative ein ehemaliges Kloster mit großen Freiflächen für die kommenden Jahre zur Nutzung überlassen. Während der Corona-Pandemie konzentrierten sich die Aktivitäten größtenteils auf den großen Garten, aber auch die Werkstatt erfreute sich großer Beliebtheit. In den Innenräumen stehen außerdem jeweils ein Musik- und Sportzimmer zur Verfügung. Das Freizeitprogramm soll weiter ausgebaut werden.

Wunschgroßeltern

Als Landessiegerprojekt Bayern wurde die Wunschgroßeltern-Initiative in Altmühlfranken ausgewählt. Seit 2014 vermittelt sie Senioren aus der Nachbarschaft an Familien mit Kindern

von 0 bis 3 Jahren. Dabei hilft eine zentrale Koordinierungsstelle Familien und potenziellen Großeltern sich zu finden und begleitet den Kennenlernprozess. Das Projekt Wunschgroßeltern in Altmühlfranken legt Wert auf einen leichten Zugang und ehrenamtliche Teilnahme. So entsteht eine familiäre Atmosphäre, von der alle drei Generationen sozial profitieren. Die nachbarschaftlichen Wunschgroßeltern holen zum Beispiel ihre Wunschkel aus der Kita, wenn die Eltern keine Zeit haben und bekommen durch Spiele mit den Kindern ein Stück Lebensqualität zurück.

Die Teilnehmer des Projekts berichten begeistert, dass sie sich das Leben ohne ihre Wunschkel nicht mehr vorstellen können oder ihre Wunschkel für sie wie ihre eigenen Enkel sind. Mittlerweile sind die inzwischen 33 Wunschgroßeltern aus dem Leben der Eltern und Kinder nicht mehr wegzudenken. Für den Austausch der ehrenamtlichen findet regelmäßig das Großelterncafé als Anlaufstelle für offene Fragen rund um das Thema Kinderbetreuung und Freizeitgestaltung statt. **DK**

RAUERSCHE
GEMEINDEZEITUNG
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHN. ANW.

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chessel vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Sebastian Franz (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-12
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 56 vom 01.01.2022
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel

Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergsstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.



V.l.: Bürgermeister Franz Heilmeier, Gemeinde Neufahrn, Bürgermeister Christoph Böck, Stadt Unterschleißheim, Bürgermeister Sebastian Thaler, Gemeinde Eching, Bürgermeister Dr. Dietmar Gruchmann, Stadt Garching, Anna-Laura Liebenstund, Leiterin der Geschäftsstelle NordAllianz, Bürgermeister Josef Niedermaier, Gemeinde Hallbergmoos, Bürgermeister Dr. Alexander Greulich, Gemeinde Ismaning, Bürgermeister Andreas Kemmelmeyer, Gemeinde Unterföhring, Bürgermeister Markus Böck, Gemeinde Oberschleißheim.

Bild: Ursula Baumgart

WHO-Grenzwert überschritten:

Autoabgase belasten die Luft in der Nordallianz

Luftverschmutzung ist neben dem Klimawandel eine der größten umweltbezogenen Bedrohungen für die menschliche Gesundheit. Mit dem Smart Air Quality Projekt haben auch die acht Kommunen der Nordallianz Metropolregion München Nord – Garching, Ismaning, Ober- und Unterschleißheim, Unterföhring, Eching, Hallbergmoos und Neufahrn – das Thema Luftqualität ins Visier genommen. Seit 1982 widmet sich der Interessensverbund gemeindeübergreifend Themen wie Wohnraum, Umweltschutz und Verkehr.

Im Rahmen des Smart Air Quality Projekts erfasste man digital zwei Jahre lang Luftschadstoffe an insgesamt 35 von den Kommunen festgelegten Standorten. Gemessen wurden die Luftschadstoffe Stickstoffdioxid (NO₂), PM_{2,5} und PM₁₀ (Feinstaub) sowie bodennahes Ozon. Aus diesen Werten ließ sich der europäische Luftqualitätsindex (CAQI) berechnen, der Auskunft darüber gibt, wie es um die aktuelle Luftqualität bestellt ist. Die öffentlich zugänglichen Messungen sollten mehr Transparenz und Vergleichbarkeit für Bürgerinnen und Bürger bringen.

len in der Nordallianz wurde der WHO-Grenzwert für Stickstoffdioxid von 10 µg/m³ überschritten. Der niedrigste Wert lag bei 13 µg/m³.

Enttäuschend allgemein formulierte Stellungnahmen

„Würden die WHO-Grenzwerte bei uns gelten, müsste die Regierung von Oberbayern aktiv werden“, stellt der Rathauschef klar. Einen entsprechenden Hinweis mit der Bitte um Stellungnahme habe man auch an das Landes-

amt für Umwelt und das Bayerische Umweltministerium adressiert, jedoch sei die Antwort „enttäuschend allgemein formuliert“. Man sehe sich nicht in der Pflicht, das Verkehrsaufkommen in der Region zu reduzieren bzw. weitere rechtlich bindende Luftmessungen durchzuführen. Im Übrigen gälten die Richtwerte der 39. Bundesimmissionschutzverordnung, heißt es dort.

„Wir Bürgermeister der Nordallianz sind daher gespannt, welche Maßstäbe die neue Bundesregierung zukünftig bei den Grenzwerten ansetzen wird“, erklärt Gruchmann. „Und natürlich hoffen wir, dass eine rasche Zunahme der Elektromobilität in Europa auch eine entsprechende Absenkung der Grenzwerte mit sich bringen wird. Wir werden das Thema auf jeden Fall weiterverfolgen.“

DK

Viele „Freie“ sprangen ab

Lockdowns ließen den Pool an Museumspädagogen in Bayern deutlich schrumpfen

Inzwischen ist es so, dass Museen von Glück reden können, wenn sie noch Museumspädagoginnen und -pädagogen zur Verfügung haben. Aufgrund der Lockdowns letztes Jahr haben sich viele museumspädagogische Fachkräfte beruflich umorientiert. Das ist in ganz Bayern so, sagt Petra Mайдt, stellvertretende Vorsitzende des Landesverbands Museumspädagogik. Der Würzburgerin zufolge bedeutet dies für Museen einen „enormen Qualitätsverlust“.

Für Petra Mайдt war es ein Fehler, dass im Lockdown ausnahmslos alle Museen geschlossen wurden. Zumindest bei größeren Museen wäre dies nicht notwendig gewesen: „Denn dort gibt es ausreichend große Räume.“ Man hätte durchaus einzelne Besucher durch diese Räume streifen lassen können. Sicher wäre es für kleine Museen schwierig gewesen, die Hygienemaßnahmen umzusetzen. Doch das rechtfertigt nach Petra Mайдts Ansicht keine pauschalen Schließungen. Wie fatal die gewesen sind, stellt sich jetzt erst heraus: Die in den meisten Museen auf freiberuflicher Basis tätigen Museumspädagoginnen gingen. Und fehlen nun an allen Ecken und Enden.

Endlich feste Arbeitsverträge

In existenzieller Hinsicht ist es prinzipiell eine heikle Sache, freiberuflich tätig zu sein. Doch Männer und Frauen, die es lieben, Besucher auf eine spannende Reise durchs Museum mitzunehmen, haben meist keine Wahl. „Es gibt bayernweit nur wenige festangestellte Museumspädagogen“, sagt Petra Mайдt. Rund 80 Prozent der Vermittlungsarbeit im Museum wurde bisher durch freie Mitarbeiter geleistet. Vor dem Hintergrund der Corona-Krise plädiert die Lehrbeauftragte an der Uni Würzburg dafür, endlich feste Arbeitsverträge zu schaffen.

Noch ein Zweites wäre laut der Expertin für museologische Fragen wichtig: Der Museumsbesuch müsste im Lehrplan verankert werden. „Damit würden Museen endlich als wichtige Bildungsorte anerkannt“, sagt sie. Vor allem im Geschichtsunterricht könnten Schüler enorm von einem Besuch im Museum profitieren: „Dort sehen sie die authentischen Objekte.“ Aber auch der Kunst- oder Biologieunterricht würde durch einen Museumsbesuch bereichert. Natürlich sei es auch jetzt schon jedem Lehrer unbenommen, im Rahmen seines Unterrichts ein Museum zu besuchen: „Doch ob das geschieht, hängt im Moment eben noch allein von der jeweiligen Lehrkraft ab.“

Dank der Möglichkeiten der IT wurde auch in den Phasen des Lockdowns zumindest in reduziertem Umfang museale Vermittlungsarbeit geleistet. „Hier ist viel Gutes entstanden, auf das man aufbauen kann“, bestätigt Petra Mайдt. Doch der große Schatz, den Museen hätten und den sie auch nicht aufgeben wollten, seien die authentischen Objekte: „Und die wirken nun mal, schaut man sie sich vor Ort an, wesentlich wahrhaftiger als über digitale Formate.“ Vor allem Geschichte könne nur „wirklich und wahrhaftig“ erlebt werden, wenn das jeweilige Objekt, das sich zum Beispiel aus der Antike erhalten hat, direkt betrachtet werden könne.

GZ PINOS WELT

Für mich war der vergangene Jahreswechsel wieder einmal hochinteressant im Hinblick auf die Kenntnis dieses hochkomplexen Systems, das als des Menschen Fähigkeit zum logischen Denken bezeichnet wird.

Was ist nicht alles angekündigt worden: Uns Haustieren eine stille Silvesternacht ohne Böllerlärm, der uns versreckt und traumatisiert, der Umwelt versprochen man eine klare Nacht ohne pyrotechnische Verbrennungsrückstände und den Krankenhäusern eine ruhige Kugel ohne abgerissene Finger oder Verbrennungen in Gesichtern.

Nun weiß ich nicht, wie es bei Ihnen war, aber bei uns war trotz des Verkaufsverbotes für Feuerwerkskörper, Böller und Kracher der Teufel los. Gut, es war farbenfroher, liebevoller und ausgewählter als in normalen Jahren, auch weniger laut und vor allem wurde nicht



gische Gedanke jedoch, dass der Mensch immer versuchen wird ein Schlupfloch zu finden, blieb auf der Strecke.

Gleiches gilt wohl auch für die derzeit laufende Diskussion, ob Atomkraftwerke und die Verfeuerung von Erdgas nun nachhaltige und klimafreundliche Formen der Energieerzeugung sein können.

Wenn ich die Diskussion richtig verstehe, dann soll wohl Gas klimafreundlich und nachhaltig sein, obwohl bei dessen Verbrennung CO₂ freigesetzt wird und es als so genannter fossiler Brennstoff endlich ist, also die Vorräte irgendwann zur Neige gehen werden (wenn auch vielleicht nicht zu Lebzeiten Gerhard Schröders).

Kernenergie ist aber nicht klimafreundlich, obwohl bei der Energieerzeugung in Atomkraftwerken nullkommajosef CO₂ oder andere Umweltgase freigesetzt werden. Diese Logik ist für eine schlichte Hauskatze zu hoch und zeigt eindrucksvoll die Überlegenheit des homo sapiens über die Kreaturen – jedenfalls soweit der Mensch deutsch und umweltbewegt ist.

Halt, klar, man darf die Frage der Atomabfälle und der Endlagerung nicht vergessen. Richtig. Aber Fakt ist, dass Atomabfall bisher schon angefallen ist und man ihn endlagern muss, egal ob man die Kraftwerke jetzt abschaltet oder noch etwas laufen lässt. Zudem liegen derzeit über die ganze Republik verteilt eine Reihe von Brennstäben in Zwischenlagern, deren „Lebensdauer“ noch nicht abgelaufen ist und die durchaus noch Potential zur Stromerzeugung haben. Das ist, als ob man eine Batterie auf den Müll wirft, bevor sie ausgelaugt ist.

Aber klar, wenn man die Atomkraftwerke nicht abschaltete und keine neuen Gaskraftwerke baute, dann müsste man ja einen Fehler zugeben. Oder zumindest das Publikum mit der steilen These überraschen, dass man eine Entscheidung im Lichte neuer Bewertungen revidiert hätte. Jedenfalls aber müsste der Justamentstandpunkt umweltbewegter Unfehlbarkeit geräumt werden. Warum wohl fällt mir gerade Albert Einstein ein: „Logik bringt dich von A nach B. Deine Fantasie bringt dich überall hin.“

Die Suche nach dem Schlupfloch

drei Tage vor und fünf Tage nach Silvester geballert, aber das Jahr wurde dennoch standesgemäß begrüßt. Wie das? Nun, wir haben zwar in Deutschland die Produzenten von Pyrotechnik ein weiteres Mal um den Absatz und den Handel um ein gutes Geschäft gebracht, aber so gut wie alle Nachbarländer um uns rum lachten sich ins Fäustchen wegen der Kaufkraftumlenkung aus den Kassen der hiesigen Geschäfte, in diejenigen der jeweiligen Grenzgebiete. Und zwar wurden nicht etwa nur die ach so gefährlichen Kracher aus den Hinterhofwerkstätten ohne Gütesiegel und Zulassung verkauft, sondern eben in der EU zugelassene und damit handelbare.

Im Stadtrat erhielt der Bürgermeister steifen Gegenwind, als er ein von der Stadt organisiertes zentrales Feuerwerk vorschlug, weil dies die Feinstaubbelastung unnötig vergrößern würde, während sich die Bürger in Selbsthilfe zu Hamsterkooperativen zusammenraufen und ganze Vans im Ausland mit Brillantfeuerwerk vollgestopft wurden. Aber die hehren Prinzipien wurden mit Grazie geritten. Der lo-

Ihr Pino

Dass Vermittlungsexperten in der Museumslandschaft derzeit dünn gesät sind, macht es auch schwierig, ein neues Ziel der Museumspädagogik in Bayern umzusetzen. „Bildung für nachhaltige Entwicklung soll in Museen verstärkt Einzug halten“, erläutert Petra Mайдt. Als Einrichtungen hätten Museen längst damit begonnen, sich nachhaltiger aufzustellen: „Das betrifft zum Beispiel die Frage, ob es so viele Leihgaben wie bisher geben muss.“ Schließlich belasten die Transporte die Umwelt. Im Museum könne aber auch aufgezeigt werden, wie unselbstverständlich unser moderner Lebensstil ist. Besonders kulturhistorische Museen seien hierfür gut geeignet.

Ressourceneinsatz in früheren Zeiten

Weil es dieser Tage auch der Job von Museumsmitarbeitern ist, sich um das Thema „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ zu kümmern, bietet Petra Mайдt derzeit hierzu ein Seminar für angehende Museologinnen und Lehrerinnen in Würzburg an. In Freilandmuseen, erklärt sie, kann zum Beispiel sehr gut veranschaulicht werden, wie Menschen früher mit Ressourcen umgingen. Also welche Materialien sie zum Beispiel auf welche Weise verwendet haben, um Häuser zu bauen. Ein niederländisches Seestück im Martin-von-Wagner-Museum der Uni Würzburg eignet sich dazu, mit Kindern über die Verschmutzung unserer Meere nachzudenken.

Insgesamt zwölf Studentinnen entwickeln gerade auf dem Würzburger Campus unter Petra Mайдts Leitung ein Bildungsprogramm zur Vermittlung der glo-

balen Nachhaltigkeitsziele. Petra Mайдt freut sich sehr, dass es nach zwei digitalen Semestern wieder möglich ist, ein Präsenzseminar in der Museologie anzubieten. Wünschenswert wäre, könnten die Studentinnen, wie das auch in früheren Seminaren

immer der Fall gewesen war, das, was sie erarbeitet haben, am Ende mit einer Schulklassen ausprobieren. Aufgrund der aktuellen Situation ist dies jedoch fraglich. Die Abschlusspräsentation der Ergebnisse ist für den 3. Februar geplant.

Pat Christ



Freude über den zeitgemäßen Glasfaser-Internetzugang: Brigitt Spahn (links) und Barbara Thoma, Leiterinnen der katholischen und evangelischen Bahnhofsmision, dahinter Nelson Killius (links), Sprecher der M-net-Geschäftsführung und Andreas Mattivi, Leiter der Netzinfrastruktur bei der SWM Services GmbH. Bild: M-net

Internet zu Weihnachten:

Münchner Bahnhofsmision erhält Glasfaseranschluss

SWM und M-net sorgen für zeitgemäßen Internetzugang

Die Bahnhofsmision am Gleis 11 des Münchner Hauptbahnhofs ist Anlaufstelle für Menschen, die sich in einer Notlage befinden und Unterstützung brauchen. Nun brauchte die Bahnhofsmision selbst Unterstützung: Die sehr schwache Internetanbindung machte es teils schwierig, die für schnelle Hilfe notwendigen Internetseiten zu öffnen oder Mails mit Anhängen zu handhaben.

Während andere Anbieter auf die Nachfrage nach einer besseren Anbindung aufgrund der vorhandenen Infrastruktur abwinkten, haben sich die SWM und M-net der Herausforderung gestellt und eine Lösung für die Versorgung dieser wichtigen sozialen Einrichtung entwickelt.

Die Stadtwerke München (SWM) sorgten für die Glasfaseranbindung und M-net für den leistungsfähigen Anschluss. Die Erschließungskosten tragen die SWM, während M-net der Bahnhofsmision ein vergünstigtes Angebot für den laufenden Betrieb ermöglicht. □

IT-Administration an Schulen besser finanzieren!

Haarer Bürgermeister Dr. Andreas Bukowski wendet sich an Ministerpräsident Söder

IT-Administration an Schulen ist eine wichtige und zeitintensive Aufgabe, die seitens des Freistaats als Bildungsträger nach Auffassung von Dr. Andreas Bukowski, Bürgermeister der Gemeinde Haar, nicht angemessen bemessen und vergütet wird. Vor dem Hintergrund, dass ab 2025 lediglich 50 Prozent der Kosten übernommen werden sollen, hat sich der Rathauschef nun direkt an Ministerpräsident Dr. Markus Söder gewandt. In seinem Schreiben plädiert er für bessere Rahmenbedingungen für Lehrkräfte und Schulen sowie für die Kommunen.

Dank des Digitalpakts ist es aus Bukowskis Sicht zwar gelungen, die Ausstattung zweier Grundschulen, einer Mittelschule und eines Gymnasiums in Haar auf ein gutes Niveau zu bringen, jedoch zeige sich in der Praxis, dass es nach wie vor erhebliche Defizite bei der technischen Betreuung und Unterstützung gibt. Die IT-Beauftragten in den Kollegien leisteten

den überwiegenden Anteil ihrer wertvollen Arbeit unbezahlt, da die vorgesehenen Stundenkontingente bei Weitem nicht ausreichen. So seien beispielsweise im Ernst-Mach-Gymnasium Haar bezogen auf eine 40-Stunden-Woche 300 Überstunden von September 2019 bis Mai 2020 aufgelaufen.

Von einer Entlastung über die von Kultusminister Prof. Dr.

Michael Piazzolo angekündigte BayernCloud sei in den Schulen – zumindest bisher – nichts zu spüren, so Bukowski. So blei-



Dr. Andreas Bukowski

Bild: Gemeinde Haar

be die Hauptlast weiter auf den Schultern der Lehrkräfte liegen, die sich seit Jahren engagieren und zudem mit ihrer didaktischen Expertise auch die Medienkonzepte weiterentwickeln.

Betrachte er die IT-Administration im Rathaus, so könne er nicht feststellen, dass sich durch die zunehmende Digitalisierung Stellen verkürzen – im Gegenteil: „Je mehr technisches Equipment und Software im Einsatz sind, desto mehr Pflege, Wartung und Sofort-Support ist bei

Störfällen nötig. Nicht zu vergessen die rasante technische Weiterentwicklung, die auch in den Schulen ihren Niederschlag finden wird.“

Kostenübernahme nicht ausreichend

Neben Pflichtbeiträgen für das stetig wachsende Ganztagsangebot kommen Bukowski zufolge in zunehmendem Maße IT-Kosten auf die Kommunen zu. Eine anteilige Übernahme von 50 Prozent der Kosten ab 2025 für die IT-Systembetreuung halte er ausdrücklich nicht für ausreichend. Vielmehr plädiert er dafür, die Stelle nicht beim Sachaufwandsträger zu verorten, da diese Aufgabe keineswegs die eines digitalen Hausmeisters sei, sondern eng mit der pädagogischen Arbeit verknüpft ist.

Effektiv werde die digitale Ausstattung erst dann, wenn sie einer laufenden Evaluierung und Anpassung aus didaktischer Sicht unterzogen wird. „Aus Gründen der Bildungsgerechtigkeit sollte dies nicht vom individuellen Einsatz Einzelner abhängen“, macht der Bürgermeister deutlich und ergänzt: „Sicher spreche ich nicht nur für die Gemeinde Haar, wenn ich Sie dringend darum bitte, die Rahmenbedingungen für die Lehrkräfte deutlich und schnell zu verbessern und die Schulen dauerhaft strukturell für das digitale Unterrichten und Lernen fit zu machen.“

Regierung von Unterfranken:

Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit

Bewilligung von 90.000 Euro für eine Kooperation des Landkreises Bad Kissingen mit kreisangehörigen Gemeinden auf dem Gebiet des Vergabewesens

Die Regierung von Unterfranken hat dem Landkreis Bad Kissingen eine Förderung von 90.000 Euro für eine Kooperation zwischen dem Landkreis Bad Kissingen und kreisangehörigen Gemeinden im Bereich der Ausschreibung und Vergabe von Aufträgen für Liefer-, Dienst- und Bauleistungen auf der Grundlage einer Zweckvereinbarung bewilligt. In einer maximal einjährigen Pilotphase beteiligen sich zunächst neben dem Landkreis Bad Kissingen sieben Kommunen, bevor auf der Grundlage dieser Erfahrungen weitere – im Idealfall alle – kreisangehörige Gemeinden an der Kooperation teilnehmen.

Grundlage der Förderungen ist die Richtlinie für Zuwendungen des Freistaates Bayern zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit. Die Regierung von Unterfranken hat die Kooperationen als vorbildhaft und förderungswürdig anerkannt. Die Förderung beträgt 85% der zuwendungsfähigen Ge-

samtkosten bis zu einer Höchstgrenze der Fördersumme von 90.000 Euro.

Die staatliche Förderung erfolgt im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration im Rahmen des vom Bayerischen Landtag beschlossenen Staatshaushalts. □



Schornsteinfeger wünschen Regens Landrätin Rita Röhl stellvertretend für alle Landkreisbürger viel Glück im neuen Jahr. v.l.: Michael Wisnet, Andreas Plötz, Stefan Bielmeier, Schulungsstellenleiter Werner Rankl, Werner Rankl jun., Manuel Ertl, Landrätin Rita Röhl, stellvertretenden Obermeister Alois Pinzl, Klaus Fuchs, Thomas Bauer und Wendelin Wisnet.

Bild: Langer/Landkreis Regen

Vorschau auf GZ 3/2022

In unserer Ausgabe Nr. 3, die am 27. Januar 2022 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunaler Bau
- Schulen, Kindergärten, Horte, Spielplätze
- Ortskernbelebung
- Renovierung/Denkmalerschutz
- Gestaltung öffentlicher Räume, Stadtmobiliar
- Freizeitanlagen, Tourismus
- Kommunale Finanzthemen
- Wasser/Abwasser

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahren-koch.de info@fahren-koch.de

Fahren Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com

ERLUS
Qualität aus Deutschland

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
www.etschel.de

Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etschel.de

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah
www.erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN **juwi**

Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldbau. Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.

juwi AG - Martha Müller - 0711/900357-72 - windimwald@juwi.de - www.juwi.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahren-koch.de info@fahren-koch.de

Fahren Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerberg 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahren-koessinger.de

Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Glasfaserausbau

UG
Unsere
Grüne
Glasfaser

powered by Allianz

VERNETZEN SIE IHRE GEMEINDE MIT DER ZUKUNFT.

Jetzt UGG-Glasfaser-Ausbaukapazitäten für 2022 sichern unter: **0800 410 1 410 111**

Adalperstraße 82-86, 85737 Ismaning

Informationssicherheit und Datenschutz

insidas
INFORMATIONSSICHERHEIT DATENSCHUTZ

Daten sind das wichtigste Thema des 21. Jahrhunderts. Sind Sie vorbereitet? Kontaktieren Sie uns für eine professionelle, nachhaltige und tatkräftige Unterstützung in Sachen Datenschutz und Informationssicherheit. Tel.: 0871 205494-0 oder vertrieb@insidas.de

www.insidas.de

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.

Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.

www.schweitzer-online.de **schweitzer**
Fachinformationen

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung

www.bayerngrund.de **Bayern Grund**

Kommunale IT

www. **AKDB** .de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de **Bayern Labo**

KFB Leasfinanz GmbH

Kommunaler Mietkauf
Kommunales Leasing

für Mobilien und Immobilien

www.kfb-reuth.de **KFB**

Abonnieren Sie unseren

KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

SEW

**HYGIENISCH EINWANDFREIE
WÄRMERÜCKGEWINNUNG**

✓ 100% Außenluft
✓ umluftfrei
✓ betriebssicher
✓ energieeffizient

Vorteile für Ihre Lüftungsanlage:

- + keim- und schadstoffübertragungsfreie Wärmerückgewinnung durch getrennte Luftströme
- + Ersatzleistung für Heizkessel, Kältemaschine und Rückkühlwerk
- + kurze Amortisation, sicherer Betrieb
- + Neubau oder Sanierung im Bestand
- + Wegfall von Rückkühlwerken möglich

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):

Kliniken in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Murnau, Schweinfurt • Universitäten in Regensburg und Würzburg • FH Aschaffenburg • Saturn Arena Ingolstadt • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, O2-Tower, The Charles Hotel, TUM, Villa Stuck • div. Polizeistationen etc.

SEW® GmbH | 47906 Kempen | Tel. 02152 91560
www.sew-kempen.de

GZ Akademie

Termine unter:
www.gemeindezeitung.de/akademie



Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

GemeindeZeitung auf folgenden Social Media Kanälen:

